

Preußische Allgemeine



Nr. 14 · 6. April 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Frohe Ostern!

Die Preußische Allgemeine wünscht all ihren Lesern besinnliche Feiertage



Im Gespräch General Harald Kujat zur Lage im Ukrainekrieg Seiten 2–3



Geschichte Deutschlands erste ordentliche Professorin Seite 11

VON RENÉ NEHRING

GEDANKEN ZUM FEST

Es ist wieder Ostern. Das bedeutendste Fest der Christen, die am Karfreitag der Kreuzigung des Herrn gedenken und am Ostersonntag dessen Auferstehung feiern. Es ist auch das Fest, das eine lange Zeit der Passion beendet, sieben Wochen für gewöhnlich von Aschermittwoch an.

In diesem Jahr geht jedoch zu Ostern ganz offiziell eine Passionszeit zu Ende, die weitaus länger dauerte. Mit dem Auslaufen der Maskenpflicht in den Gesundheitseinrichtungen fällt die letzte jener Maßnahmen, die seit dem Frühjahr 2020 in unterschiedlichen Intensitäten und Abstufungen beschlossen wurden, um die weitere Ausbreitung des Coronavirus zu verhindern. Auch der Corona-Expertenrat der Bundesregierung stellte in dieser Woche seine Arbeit offiziell ein. Faktisch hatte das Virus ohnehin schon seit längerer Zeit für die meisten Menschen seinen Schrecken verloren, weshalb viele Maßnahmen bereits längst aufgehoben waren.

Das Zusammenfallen vom Ende der christlichen Passionszeit und dem faktischen Ende der langen Corona-Passion ist ein guter Anlass, noch einmal kritisch auf die letzten drei Jahre zurückzublicken. Schließlich dient die Passionszeit auch der stillen Einkehr und der Buße, des Bekenntnisses begangener Sünden und der Bitte um Vergebung. Wann also, wenn nicht jetzt, wäre der Zeitpunkt für eine innere Einkehr und Buße all jener, die seit Beginn der Pandemie allzu oft geirrt haben?

Das Versagen der Politik

Da sind vorneweg jene Politiker mitsamt ihren wissenschaftlichen Beratern zu nennen, die in den vergangenen drei Jahren an verantwortlicher Stelle den Corona-Takt vorgegeben haben. Fast immer brauchten sie viel zu lange, wenn sich die Lage veränderte – und fast immer kompensierten sie ihre anfängliche Schläfrigkeit mit anschließender Härte und Unerbittlichkeit.

Als es zu Beginn der Pandemie geraten gewesen wäre, schnell globale Ansteckungsketten zu unterbrechen, kämpfte die Politik für offene Grenzen und „europäische Lösungen“. Kurze Zeit später sah sie sich gezwungen, mit „Lockdowns“ das gesamte öffentliche Leben herunterzufahren. Schulen, Theater und Gastronomiebetriebe mussten schließen, vor allem für Kinder hatte die häusliche Verbannung oft fatale Folgen. Tiefpunkte waren sicherlich auch die Vorgaben, wie viele Menschen zusammen Weihnachten feiern durften, oder auch das „Osterruhe“ genannte totale Ausgehverbot im Frühjahr 2021.

Als anfänglich keine Atemschutzmasken zur Verfügung standen, erklärte manch angeblicher Experte diese noch für wenig hilfreich bis schädlich. Kurz darauf galten sie plötzlich nicht nur als empfehlenswert, sondern wurden zum obligatorischen Accessoire für alle öffentlichen Einrichtungen und Verkehrsmittel.

Als die ersten Impfstoffe verfügbar waren und andere Länder schnell zugriffen, delegierte die deutsche Politik die Verantwortung abermals nach Brüssel – und verspielte so wertvolle Zeit. Als dann die Impfmachine lief, wurde aus einem Angebot zum Selbstschutz schon bald eine moralische Pflicht. Wer Bedenken geltend machte und sich auf das verfassungsmäßig verankerte Recht auf körperliche Unversehrtheit berief, wurde schnell zur Gefährdung der Volksgesundheit erklärt.

Eine Aufüstung aller Maßnahmen, mit denen die Politik versuchte, der Situation Herr zu werden, würde den Rahmen eines jeden Artikels sprengen. Viele – zum Beispiel das Verhängen von Bußgeldern für nächtliche Spaziergänge oder die Versuche, Demonstrationen gegen die Corona-Politik durch Versammlungsverbote zu verhindern – erscheinen heute nur noch surreal. Doch galten sie vor nicht allzu langer Zeit noch als geltendes Recht.

Schweigende Medien – und Kirchen

Möglich wurde dieses absolutistische Irren, weil viele Kontrollinstanzen versagten. Vornean viele Medien, die oft genug nicht nur kritiklos die Äußerungen der Politik übernahmen, sondern vielmehr mit reißerischer Berichterstattung an einem Klima der Angst mitwirkten. Mit der einseitigen Auswahl ihrer Experten und der Ignoranz anderslautender Stimmen (darunter weltweit anerkannte Kapazitäten) sowie dem Ausblenden aller Fakten, die nicht in ihr Bild passten, waren die meisten Medien ein treibender Faktor der deutschen Corona-Gesellschaft. Bis auf wenige Ausnahmen wie Markus Lanz und Dieter Nuhr fragte kaum ein Journalist, welche Folgen die Lockdowns und welche Nebenwirkungen möglicherweise die Impfungen hatten. Ja, die meisten Medien hinterfragten noch nicht einmal, ob die verhängten Maßnahmen überhaupt zur Eindämmung des Coronavirus beitrugen.

Zu den Institutionen, die in diesen Tagen selbstkritisch in sich gehen sollten, gehören nicht zuletzt auch die Kirchen. Sie schwiegen nicht nur zur verordneten Schließung ihrer Gotteshäuser, sondern vor allem auch zu ihrer Verdrängung aus den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie zur Abschottung der Patienten von ihren Angehörigen, wodurch – worauf unter anderem die frühere thüringische Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht hinwies – zehntausende Menschen in den letzten Stunden ihres Lebens allein und ohne Seelsorge blieben.

Vielleicht sollten in dieser Bußzeit auch manche – beileibe nicht alle! – von jenen selbstkritisch in sich gehen, die in den vergangenen Jahren zu den Kritikern der Corona-Politik gehörten? Wo vielfach einfach nur Unsicherheit und Unvermögen von überforderten Amtsträgern im Spiel war, was jede Kritik rechtfertigt, unterstellten sie gleich einen großen Plan zur Errichtung einer „Corona-Diktatur“. Dass die meisten Maßnahmen auch wieder ausliefen, als die pandemische Lage abflaute, stört manchen Kritiker bis heute nicht daran, an seiner Meinung festzuhalten.

Noch fast am Anfang der Corona-Zeit sagte der damalige Gesundheitsminister Jens Spahn, der zweifellos nicht frei von vielen Fehlern war: „Wir werden einander viel verzeihen müssen.“ Wie recht er damit hatte, zeigt sich nun in der Rückschau auf drei außergewöhnliche Jahre.

Zu Ostern enden nach drei außergewöhnlichen Jahren die letzten Corona-Maßnahmen. Es ist Zeit für eine stille Einkehr – und Bitten um Vergebung

Das Ende einer langen Passionszeit

IN DIESER AUSGABE

Politik

Schottland hat nun einen muslimischen Regierungschef Seite 6

Kultur

Vor 50 Jahren starb der spanische Künstler Pablo Picasso Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Die Deutsche Minderheit wehrt sich gegen ihre Diskriminierung durch Polen Seite 13

Lebensstil

Zimmermeister Bernhard Thoma – ein Handwerker mit göttlichem Auftrag Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt



Eskalation, aber keine unmittelbare Bedrohung? Ein russisches Raketensystem vom Typ „Iskander“, von dem nun einige von Russland nach Weißrussland verlegt wurden

Foto: pa

„Ich sehe keine Strategie, die zur Beendigung des Krieges führen könnte“

Über die jüngsten Entwicklungen des Ukrainekriegs, die Gefahr einer Eskalation des Konflikts zwischen Russland und dem Westen sowie die fehlende Suche nach politischen Lösungen

IM GESPRÄCH MIT
GENERAL A.D. HARALD KUJAT

Droht ein Übergreifen des Kriegs im Osten auf andere Schauplätze? Während das Geschehen in der Ukraine stagniert, sorgen Aufrüstungsankündigungen der verschiedenen Parteien und kleinere Zwischenfälle für eine Eskalation des Konflikts. Zeit für eine nüchterne Analyse der Lage.

Herr Kujat, in den letzten Tagen gab es mehrere besorgniserregende Meldungen: Der russische Präsident Putin kündigte die Verlegung taktischer Atomwaffen nach Weißrussland an. Großbritannien meldete, uranhaltige panzerbrechende Munition in die Ukraine liefern zu wollen. Und Norwegen berichtete von vermehrten Sichtungen russischer U-Boote vor seiner Küste. Droht der Ukrainekrieg nun auf andere Schlachtfelder überzugreifen?

Beginnen wir mit der Stationierung von russischen Nuklearwaffen in Weißrussland. Präsident Putin hat erklärt, dass bereits Iskander-Raketen nach Weißrussland verlegt wurden, dass aber sowohl das Trägersystem als auch die Nuklearwaffen unter russischer Kontrolle bleiben. Außerdem erklärte er die Absicht, auch Nuklearwaffen nach Weißrussland zu verlegen, und dass bereits zehn weißrussische Flugzeuge so ausgerüstet wurden, dass sie nukleare Waffen einsetzen können. Putin sagte aber auch, dass dies im Grunde nichts Spektakuläres sei, da die US-Amerika-

ner in Mittel- und Westeuropa seit Jahrzehnten ähnlich agieren würden. Zum Beispiel in Deutschland, wo Nuklearwaffen gelagert werden, die von deutschen Flugzeugen und deutschen Piloten eingesetzt werden, aber unter amerikanischer Kontrolle bleiben.

Diese Aussagen haben im Westen einige Wellen geschlagen. Ich bewerte den Schritt jedoch nicht als eine unmittelbare Eskalation. Denn schon jetzt könnte Russland von Königsberg aus praktisch die gleichen Ziele erreichen wie mit den nun in Weißrussland stationierten Waffensystemen. Russland erweitert damit jedoch das Spektrum seiner nuklearen Optionen. Ich habe deshalb den Eindruck, dass der jetzige Schritt eher über den Ukrainekrieg hinaus zielt, weil Russland von einer längeren Konfrontation mit den Vereinigten Staaten ausgeht. Darauf bereitet sich auch die NATO vor. So werden nun erstmals amerikanische Streitkräfte dauerhaft in Polen stationiert. Der polnische Präsident Duda hatte im Oktober letzten Jahres sogar eine stärkere Beteiligung an der nuklearen Abschreckung der NATO gefordert. Nach der russischen Ankündigung, Nuklearwaffen in Weißrussland zu stationieren, hat die polnische Regierung ihre Bereitschaft bekräftigt, im Rahmen der nuklearen Abschreckung Verantwortung zu übernehmen.

Woher nehmen Sie die Zuversicht, in den jüngsten Schritten keine unmittelbare Eskalation zu sehen?

Dagegen, dass es eine unmittelbare Eskalation gibt, spricht einiges. So hat etwa China, der wichtigste Verbündete Russlands, jede Dro-

hung mit dem Einsatz von Nuklearwaffen verurteilt. Wobei das nicht nur auf Russland bezogen war, sondern auch auf die Ukraine, die zwischenzeitlich sogar einen präventiven Einsatz westlicher Nuklearwaffen gefordert hatte.

Außerdem gab es in letzter Zeit mehrere Kontakte zwischen der amerikanischen und russischen Regierung, und zwar ganz speziell in Bezug auf das Risiko einer nuklearen Eskalation. Es gab Telefongespräche zwischen den Verteidigungsministern und den Generalstabschefs Russlands und der USA. Darin hat der russische Generalstabschef Gerassimow betont, dass Russland sich so verhalten wird, wie es seine Nuklearstrategie besagt. Diese sieht nur dann einen nuklearen Einsatz vor, wenn Russland mit Nuklearwaffen angegriffen wird, oder wenn bei einem konventionellen Angriff ein existentielles Risiko für das Land oder die russische Bevölkerung entsteht.

Gebannt ist das Risiko einer nuklearen Eskalation damit natürlich nicht. Vieles hängt davon ab, wie der Krieg weiter verläuft – auch, wie sich der Westen dazu verhält. Die NATO-Staaten unterstützen die Ukraine mit immer weiteren Waffensystemen. Was der Westen jedoch nicht ersetzen kann, sind die personellen Verluste der Ukraine. Früher oder später kommt der Punkt, an dem die westlichen Waffenlieferungen die materiellen und vor allem die personellen Verluste der ukrainischen Streitkräfte nicht mehr ausgleichen können. Folgen dann unseren Waffen auch unsere Soldaten? Das wäre ein enormes Eskalationsrisiko und könnte eine direkte Konfrontation zwischen der NATO und Russland zur Folge haben.

Natürlich ist alles, was die Front auf der russischen Seite verstärkt, ein zusätzliches Risiko für die Ukraine. Wir sehen aber auch eine Zunahme der Konfrontation – im Westen würden wir sagen: „der Verteidigungsfähigkeit“ – auf unserer Seite

Ihre Bewertung der Lage klingt rational und nachvollziehbar. Aber können Sie verstehen, dass gerade die Stationierung russischer Waffensysteme in Weißrussland von der Ukraine als Bedrohung empfunden wird? Schließlich gehörte das Land zu den Aufmarschgebieten für den Krieg.

Natürlich ist alles, was die Front auf der russischen Seite verstärkt, ein zusätzliches Risiko für die Ukraine. Wir sehen aber auch eine Zunahme der Konfrontation – im Westen würden wir sagen: „der Verteidigungsfähigkeit“ – auf unserer Seite. Wir haben eine Menge Soldaten verlegt – nicht so viele, wie eigentlich nötig wären, aber eine Menge – und zwar nicht nur nach Polen, sondern auch in die baltischen Staaten, nach Rumänien und Bulgarien.

Jeder Schritt der einen Seite bedeutet natürlich aus Sicht der anderen eine Eskalation – und führt zu weiteren Schritten und diese wiederum zu weiteren Schritten ... Deshalb sind jetzt neben der Steigerung unserer Verteidigungsfähigkeit auch Stimmen gefragt, die sagen: „Moment mal! Lasst uns ruhig miteinander reden und überlegen, wie wir eine Ausweitung oder weitere Eskalation des Konflikts verhindern und schließlich den Krieg beenden können!“

Wie ist die Lieferung uranhaltiger britischer Munition an die Ukraine zu werten? Die Geschosse dieser Munition enthalten angereichertes Uran. Dadurch entsteht eine besondere Härte und damit eine größere Durchschlagskraft und eine sofortige Entzündung in Panzern. Allerdings wissen wir aus Gutachten von vergangenen Einsätzen

etwa auf dem Balkan, dass diese Munition auch schwere Folgewirkungen für die Zivilbevölkerung im Einsatzgebiet haben kann. Insofern finde ich es bedenklich, wenn die ukrainischen Streitkräfte Munition einsetzen, deren negative Auswirkungen die eigene Bevölkerung treffen können.

Und wie deuten Sie die Sichtung russischer U-Boote vor Norwegen?

Jeder Krieg wird nicht nur militärisch ausgetragen, sondern auch ökonomisch und publizistisch. Die Präsenz russischer U-Boote gehört zur dritten Kategorie. Auch die Vereinigten Staaten zeigen derzeit verstärkt Präsenz im hohen Norden, etwa durch B-52-Bomber. Über dem Schwarzen Meer gab es sogar einen Zwischenfall zwischen einem russischen Flugzeug und einer US-Drohne, der zu deren Absturz führte. Die Drohne wurde offenbar zur militärischen Zielaufklärung eingesetzt. Oft handelt es sich dabei auch um den Versuch der Einschüchterung des Gegners, und der eigenen Öffentlichkeit soll gezeigt werden, dass man einsatzbereit ist. Allerdings sind diese Provokationen brandgefährlich. Ein technisches Versagen oder menschliches Fehlverhalten kann jederzeit eine fatale Eskalation auslösen, die eigentlich nicht gewollt ist.

Wie steht es um das Kriegsgeschehen in der Ukraine? Die Frontberichte klingen inzwischen nach Erich Maria Remarque, nur dass es diesmal nicht im Westen „nichts Neues“ gibt, sondern im Osten.

In der Tat ähnelt die Situation dem Stellungskrieg des Ersten Weltkriegs. Es finden wechselseitige Artillerie-Duelle statt, jedoch keine dynamischen Operationen. Das Gelände ist allerdings gegenwärtig noch nicht für mechanisierte Verbände geeignet. Ende April, Anfang Mai dürfte der Boden jedoch so weit trocken sein, dass der Einsatz schwerer gepanzerter Fahrzeuge möglich ist.

Das Zögern der Ukrainer liegt auch daran, dass sie noch auf einen Teil der versprochenen westlichen Waffensysteme warten. Ihre Bestände sind weit von denen entfernt, die der ukrainische Generalstabschef als für größere Offensiven erforderlich bezeichnete. Zudem wird wegen des Stellungskrieges derzeit jeden Tag sehr viel Munition verschossen. Das führt dazu, dass nicht nur – wie in den Nachrichten ständig zu hören ist – den Russen die Munition ausgeht und auch nicht nur der Ukraine, sondern auch dem Westen. Der US-Generalstabschef Mark A. Milley erklärte dieser Tage dem Streitkräfteausschuss, dass der Ukraine-Konflikt zu einem unglaublich hohen Verbrauch an konventioneller Munition geführt habe, die bei einem Krieg zwischen den USA und Russland oder den USA und China fehlen würde. Es werde mehrere Jahre dauern, die Lücken aufzufüllen.

Wie ist diese Aussage zu deuten? An den Mangel bei den europäischen Armeen hat man sich längst gewöhnt, aber dass auch die Amerikaner Engpässe haben, ist neu.

In der Tat. Allerdings klingt Milleys Aussage für mich etwas anders als unsere Lage. Wir kannelisieren die Bundeswehr ja schon seit längerer Zeit nach dem Motto: „Wir haben zwar nicht viel, aber das Wenige, das wir haben, geben wir gern ab.“ Milleys Aussage deutete ich eher als Weckruf, der anzeigt, dass die Unterstützungsfähigkeit der US-Truppen nicht unendlich ist. Die Amerikaner haben inzwischen nicht nur bei der Artilleriemunition Fehlstände, sondern auch bei den HIMARS-Raketen. Wie weit ihre Bestände tatsächlich heruntergefahren sind, sagen sie natürlich nicht. Das wäre auch fahrlässig.

Im November nächsten Jahres stehen in den USA wieder Präsidentenwahlen an. Die aussichtsreichsten Bewerber der Republikaner, Donald Trump und Ron DeSantis, stellen weitere Waffenlieferungen ihres Landes an die Ukraine offen infrage. Könnte sich damit schon bald das Zeitfenster für einen ukrainischen Sieg schließen?

Durchaus. Das eigentliche Problem der USA ist jedoch, dass die Amerikaner bis heute keine Strategie, jedenfalls keine publizierte, haben, was sie eigentlich erreichen wollen, beziehungsweise, wie dieser Krieg enden soll. Wenn man einmal davon absieht, dass das erklärte

Ziel die Schwächung Russlands als geostrategischer Konkurrent ist, damit man sich dem eigentlichen Rivalen zuwenden kann, der allein in der Lage wäre, die globale Vormachtstellung der USA zu gefährden – China.

Die Unklarheit der US-Ziele ist für die Ukraine ein ernsthaftes Problem. Denn da nicht nur das ukrainische Militär am Tropf des Westens und insbesondere der USA hängt, sondern auch die Wirtschaft und damit die Zahlungsfähigkeit des Landes, würde sich beim Einstellen der westlichen Unterstützung umgehend die Frage nach der Überlebensfähigkeit des Landes stellen. Spätestens dann bliebe nichts anderes übrig, als den Verhandlungsweg einzuschlagen. Und schon jetzt teilt die USA nicht mehr jedes Ziel der Ukraine. So sagte Außenminister Blinken unlängst, dass ein Angriff der Ukraine auf die Krim zu weit gehen würde.

Sie haben wiederholt für Verhandlungen geworben und auch gesagt, dass Sie glauben, dass Präsident Putin dazu bereit wäre. Woher nehmen Sie die Zuversicht?

Zum einen hat Putin bereits mehrfach erklärt, dass er zu Verhandlungen bereit ist. Im Dezember 2022 hat er sogar gesagt: „Ich bin bereit, mit jedem zu verhandeln, der an diesem Konflikt in irgendeiner Weise beteiligt ist.“ Damit meinte er die USA. Natürlich bedeuten solche Aussagen nicht, dass Putin auch tatsächlich verhandeln will. Allerdings hat es durchaus schon Gespräche zwischen Russland und der Ukraine gegeben. Und die Vereinigten Staaten haben selbst mit Russland über das „New START“-Abkommen verhandelt. Es ist also nicht so, dass man mit Russland nicht verhandeln könnte.

Leider haben beide Seiten in den letzten Monaten ihre Vorbedingungen für Friedensgespräche immer höhergeschraubt. So hat die Ukraine erklärt, nur dann verhandeln zu wollen, wenn die Russen zuvor vollständig abgezogen sind. Und die Russen haben durch die Annexion der Bezirke Donezk, Lugansk, Saporischschja und Cherson Tatsachen geschaffen, die für die Ukraine inakzeptabel sind.

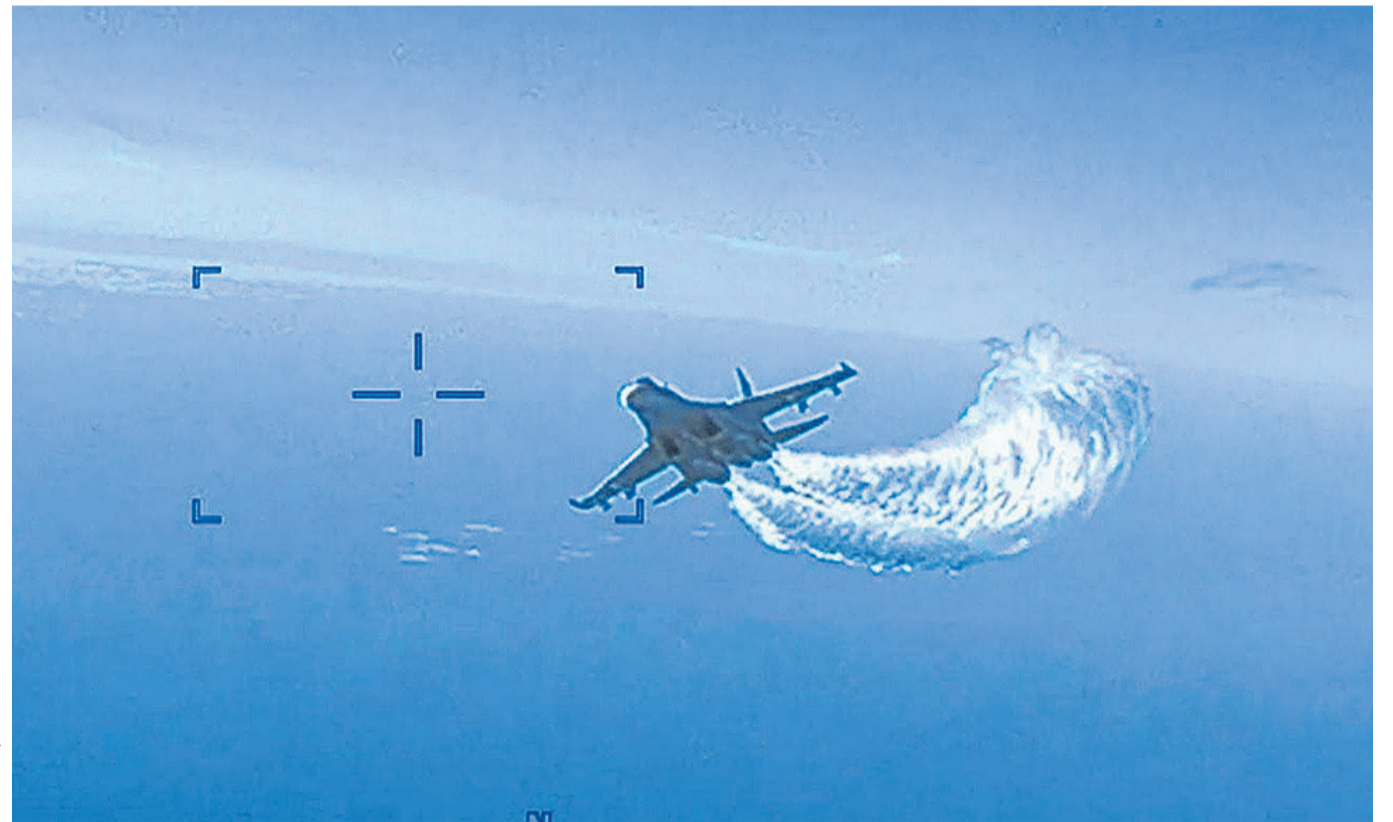
Sehen Sie einen Ausweg aus dem Dilemma?

Vermutlich lässt sich der Knoten nur durch eine externe Macht zerschlagen, die bislang nicht am Geschehen beteiligt war, und deren Einfluss groß genug ist, um beide Parteien zu bewegen. Eine solche Macht wäre zum Beispiel China, das als Russlands engster Bündnispartner gilt, aber auch zur Ukraine Kontakte hält. Deshalb habe ich auch die fast schon reflexartige westliche Ablehnung des chinesischen Zwölf-Punkte-Positionspapiers zur Beilegung des Konflikts für falsch gehalten. Wie kann es angehen, dass wir einerseits im UN-Sicherheitsrat zu Verhandlungen aufrufen, und auf der anderen Seite erklären, dass allein die Ukraine entscheiden soll, unter welchen Bedingungen diese Gespräche stattfinden sollen? Der chinesische Vorschlag fordert ausdrücklich dazu auf, die Anfang April 2022 abgebrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen, also dort zu beginnen, wo man einer „friedlichen Lösung“ bereits sehr nahe war.

Können die Chinesen als Verbündeter Russlands auch ein „ehrlicher Makler“ sein, wie es Bismarck einst für das Deutsche Reich auf dem Balkan reklamiert hat?

Natürlich sind die Chinesen – auch als globaler Gegenspieler der USA – nicht neutral. Aber sie befinden sich nicht in einem Konflikt mit der Ukraine und sie haben das nötige internationale Gewicht, um auf die Kriegsparteien einzuwirken. Hinter China steht zudem die gesamte BRICS-Organisation mit Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, die zusammen auf 40 Prozent der Weltbevölkerung und 25 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts kommen. Außerdem steht hinter China die Schanghai Organisation für Zusammenarbeit, in die gerade Saudi-Arabien drängt. Das ist also ein Block, der größten geopolitischen Einfluss hat – und zwar nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich.

Diese Macht bedeutet jedoch für die Vereinigten Staaten neben dem Ukrainekrieg eine weitere strategische Herausforderung, die noch einmal deutlicher wird, wenn man die heutige Situation mit den siebziger Jahren vergleicht. Damals stellten die USA unter Richard



Spiel am Rande des Abgrunds: Die Kollision einer US-Aufklärungsdrohne mit einem russischen Kampffjet (im Bild ein Standbild aus dem Film der Bordkamera der Drohne) zeigt, dass es jederzeit zu einer ungewollten Eskalation kommen kann

Nixon sowohl ein gutes Verhältnis zu China als auch zu Russland her – mit dem Ergebnis, dass ein Schulterchluss zwischen Moskau und Peking verhindert wurde. Heute befinden sich die USA mit beiden Mächten im Konflikt, was wiederum diese zusammenführt. Der Politologe Harlan Ullman, Professor an der US-Marine-Akademie in Annapolis und Entwickler der Strategie „Shock and Awe“ (Schrecken und Furcht), die im Irak-Krieg eingesetzt wurde, fragte deshalb besorgt, ob die USA einen vermeidbaren Fehler begangen haben, indem sie eine strategische militärische Zweifrontkonfrontation gegen Russland und China eröffnet haben, eine tickende Zeitbombe.

Wie ernst die Lage für die Amerikaner ist, zeigt auch ein Zitat von Admiral Charles A. Richard, von 2019 bis 2022 Befehlshaber des US Strategic Command, dem die strategischen Nuklearkräfte der Vereinigten Staaten unterstehen. Admiral Richard sagte wörtlich: „Diese Ukraine-Krise, in der wir uns gerade befinden, ist nur das Aufwärmen. Die große Krise kommt noch. Wir werden auf eine Weise getestet werden, wie wir es schon lange nicht mehr erlebt haben. Wenn ich den Grad unserer Abschreckung gegenüber China einschätze, dann sinkt unser Schiff langsam, aber es sinkt.“

Der Politologe Paul Kennedy hat in seinem Opus Magnum „Aufstieg und Fall der großen Mächte“ den Begriff von der „imperialen Überdehnung“ geprägt, die im Laufe der Geschichte das Ende eines jeden Weltreichs eingeläutet hat. Stehen die USA an einem Wendepunkt der von ihnen etablierten Weltordnung?

Wenn Sie sich ansehen, an wie vielen Krisenherden der Welt die Vereinigten Staaten Truppen stationiert haben, können Sie durchaus eine Überdehnung der Kräfte erkennen.

Wie schätzen Sie den Kurs Deutschlands in diesem Konflikt ein? Bundeskanzler Scholz hat auf der einen Seite das enge Bündnis zu den USA auf eine Weise betont, wie es vermutlich nicht einmal die überzeugten Transatlantiker Helmut Schmidt und Helmut Kohl getan haben. Auf der anderen Seite pflegt Scholz ein ebenso enges Verhältnis zu China wie seine Vorgängerin Angela Merkel. Könnte das früher oder später zu einer Sollbruchlinie innerhalb des westlichen Bündnisses werden?

Ihre Beobachtung ist korrekt. Und es verhält sich nicht nur Deutschland so, sondern auch Frankreich. Präsident Macron hat schon vor einiger Zeit eine europäische Agenda der Zusammenarbeit mit China verkündet. Offensichtlich fahren die Europäer in Bezug auf das „Reich der Mitte“ noch einen relativ unabhängigen Kurs, obwohl die Vereinigten Staaten sich darum bemühen, über die NATO einen engeren Schulterchluss der Europäer gegen China zu erreichen.

Was mich an der deutschen Politik stört, ist vor allem das Fehlen einer eigenen Strategie. Wenn wir erklären, die Ukraine muss entscheiden, wie lange sie Krieg führt und wann sie ihn beendet, und dass wir sie unterstützen,

—
Welche militärischen und politischen Ziele der Ukraine ist die Bundesrepublik gewillt zu unterstützen? Und in welchem Ausmaß ist die Bundesregierung bereit, durch Sanktionen verursachte langfristige, möglicherweise sogar irreversible Schäden der deutschen Volkswirtschaft zu akzeptieren?

solange es nötig ist, dann überlassen wir der Ukraine die Entscheidung über elementare sicherheitspolitische Fragen unseres Landes.

Wir brauchen eine Strategie, weil wir bereits jetzt die Folgen dieses Krieges mitzutragen haben und weil dieser Krieg eine für unser Land schicksalhafte Entwicklung nehmen könnte. Deshalb ist die Bundesregierung in der Verantwortung, Fragen zu beantworten, wie: Welche militärischen und politischen Ziele der Ukraine ist die Bundesrepublik gewillt zu unterstützen? Unterstützen wir die Ukraine auch dann, wenn dadurch Gefahren für deutsche Sicherheitsinteressen entstehen können? Würden wir zum Beispiel die Eroberung der Krim unterstützen, obwohl dies zu einer gewaltigen Eskalation zwischen NATO und Russland führen könnte? Und in welchem Ausmaß ist die Bundesregierung bereit, durch Sanktionen verursachte langfristige, möglicherweise sogar irreversible Schäden der deutschen Volkswirtschaft zu akzeptieren?

Das alles sind grundlegende Fragen mit schwerwiegenden Auswirkungen. Umso erschreckender, dass diese Fragen bei uns kaum diskutiert werden. Das Bundeskabinett hat in seiner letzten Klausur mehr als dreißig Stunden praktisch nur über ein Thema verhandelt: das Klima. Aber für die wesentlich größeren Konsequenzen für unser Land, die sich aus dem Ukrainekrieg ergeben können, war keine Minute Zeit. Ich halte es deshalb für eine sehr berechtigte Frage, weshalb die Bundesregierung nicht in der Lage ist zu erklären, in welchen durch die deutschen nationalen Sicherheitsinteressen gezogenen Grenzen die Unterstützung der Ukraine erfolgt.

Kriege werden zwar immer militärisch begonnen, aber nur durch politische Lösungen beendet. Sehen Sie bei irgendeinem Akteur den Ansatz für eine politische Lösung des Ukrainekriegs?

Nein. Ich sehe derzeit weder die Bereitschaft zu einer politischen Lösung, noch sehe ich im Augenblick eine Strategie, die zur Beendigung des Krieges führen könnte. Was bleibt, ist die Hoffnung darauf, dass – wie ich es schon früher in dieser Zeitung sagte – alle Seiten möglichst bald erkennen, dass sie ihre politischen Ziele nicht mit militärischen Mitteln erreichen können, und deshalb auf einen Verhandlungskurs einschwenken. Ansonsten droht, um zum Ausgang dieses Gesprächs zurückzukommen, tatsächlich eine Ausweitung des bislang auf die Ukraine begrenzten Konflikts.

Nach dem Ersten Weltkrieg fragte sich die Welt, wie es zu dieser „Ur-Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ kommen konnte. Hoffentlich werden sich die Historiker nicht in einigen Jahren fragen müssen, wie der Ukrainekrieg zur Ur-Katastrophe des 21. Jahrhunderts werden konnte.

Das Interview führte René Nehring.

● **General a. D. Harald Kujat** war von 2000 bis 2002 Generalinspekteur der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.

● MELDUNGEN

Linksextreme Anschlagsserie

Leipzig – In Sachsen gab es den nächsten linksextremen Brandanschlag. Auf dem Gelände eines Skoda-Händlers im Leipziger Osten wurden 19 Fahrzeuge schwer beschädigt oder komplett zerstört. Dem Bekenner schreiben der Täter zufolge haben diese dort zugeschlagen, weil sich das zum VW-Konzern zählende tschechische Unternehmen Skoda „stolz an der Ausrüstung von Polizeieinheiten auf der ganzen Welt“ beteilige. Vorher steckten Linksextremisten in Sachsen bereits Dutzende Kraftfahrzeuge des Autovermieters Hertz, der Deutschen Post, des Staatsbetriebs Sachsenforst und der Landespolizei in Brand. Auslöser der Anschlagsserie sind wohl die Razzien und Hausdurchsuchungen bei Linksextremisten in Leipzig und Jena sowie der Prozess gegen einige besonders gewalttätige Mitglieder der Szene um Lina Engel vor der Staatschutzkammer des Oberlandesgerichts Dresden, dessen Urteile im April fallen sollen. W.K.

Eine Steuer gegen Männer

Berlin – Die französische Gender-Aktivistin Emilia Zenzile Roig, die in Berlin das Center for Intersectional Justice leitet, hat sich in einem Interview mit dem Norddeutschen Rundfunk für die vollständige Abschaffung der Ehe ausgesprochen. Dies begründete sie mit den Worten: „Die Ehe ist eine der wichtigsten Säulen des Patriarchats. Und die Ehe ist nicht nur ein Stück Papier beim Standesamt, sondern ... ein gesamtes politisches, wirtschaftliches System“, das „nach wie vor den finanziellen Interessen von Männern“ und der Unterdrückung der Frauen diene. Zugleich forderte Roig die Einführung einer „feministischen Lohnsteuer“ für Männer mit höherem Einkommen. Mit dem so eingenommenen Geld könne der Staat dann Frauen mit geringerem Verdienst unterstützen und deren Abhängigkeit von der Männerwelt beenden. Es sei dringend an der Zeit, „dass wir die Wege des Seins neu denken“. W.K.

Spitzenreiter bei Betrug

Berlin – Die meisten Corona-Betrüger leben in Berlin. Dies ergab eine Umfrage des Rundfunks Berlin-Brandenburg bei allen Landeskriminalämtern. In der Bundeshauptstadt wurden bislang 13.229 Verfahren eingeleitet, wobei die mutmaßliche Schadenssumme bei 211 Millionen Euro liegt. Auf Platz zwei folgt Nordrhein-Westfalen mit 5400 Verfahren und einem geschätzten Gesamtschaden von 80 Millionen. Am Ende der Rangliste steht Thüringen mit lediglich 33 Verfahren. Insgesamt haben Kriminelle mit falschen Corona-Schnelltest-Abrechnungen und ergaunerten Wirtschaftshilfen einen Schaden von mindestens 500 Millionen Euro verursacht – bei einer nicht bekannten Dunkelziffer. Dass Berlin zur absoluten Hochburg der Betrüger werden konnte, resultierte ganz wesentlich daraus, dass die zuständigen Behörden hier besonders leichtfertig Geld verteilten und die beizeiten ergangenen Warnungen des Landeskriminalamtes ignorierten. W.K.



Problem Flüchtlingsunterbringung: In diese Wohncontainer im Dresdner Stadtteil Sporbitz sollen 52 Personen einziehen Foto: pa

ASYLPOLITIK

Kommunen sind überfordert

Nach zwei Flüchtlingsgipfeln: Keine Lösung der Kostenfrage in Sicht

VON HAGEN RITTER

Deutschlandweit sehen sich Bürgermeister und Landräte bei der Bewältigung der Flüchtlingskosten vom Bund im Stich gelassen. In vielen Kreisen und Kommunen macht sich mittlerweile ein Gefühl der Überforderung breit.

Auf einem Kommunalgipfel der Unionsfraktion mit gut 200 Bürgermeistern und Landräten zur Asyl- und Flüchtlingspolitik beklagte etwa der Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises, Achim Brötel (CDU): „Wir fühlen uns alleingelassen.“ Gemünzt war dies auf die Bundesregierung, die nach Ansicht des Landrats ihrer Verantwortung nicht gerecht wird. Der eigentliche „Gipfel“ sei gewesen, dass der Kanzler während des Migrationsgipfels des Innenministeriums eine Bäckerei in Hannover besucht habe, so der Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises.

CDU-Chef Friedrich Merz warnte auf dem Treffen, die große Zahl von ukraini-

schen Flüchtlingen und von Asylbewerbern werde Deutschland „an die Grenzen dessen bringen, was die Gesellschaft noch bereit ist zu akzeptieren“. Der CDU-Fraktionschef konstatierte, die Bundesregierung habe zwar zwei Mal zu einem Flüchtlingsgipfel eingeladen. Die Ergebnisse beider Treffen seien für die Kommunen aber „unverändert sehr unbefriedigend und unzureichend“, so Merz.

Regierung enttäuscht Hoffnungen

Der Unionspolitiker spielte damit auf die beiden sogenannten Flüchtlingsgipfel an, zu denen Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) im vergangenen Herbst und im Februar dieses Jahres geladen hatte. Länder und Kommunen hatten vom Bund konkrete Zusagen zur Übernahme von Kosten erwartet. Diese sind offenbar so hoch, dass sie von den Betroffenen nicht einfach nebenbei gestemmt werden können.

In welchen Dimensionen sich die Gesamtkosten bewegen, lässt ein Positionspapier der hessischen Kommunalverbände vom vergangenen Jahr erahnen. In dem Papier heißt es mit Blick auf die ukrainischen Kriegsflüchtlinge, die nach Deutschland gekommen sind: „Städte, Landkreise und Gemeinden in Hessen setzen einen Forderungsbetrag gegenüber dem Bund von 3500 Euro pro Flüchtling und Monat an.“

Nach der Berechnung des Hessischen Städtetags müssen im Durchschnitt pro Person täglich mit 75 Euro für „Unterbringung, Verpflegung, Betriebskosten“ aufgewendet werden. Als weitere Kosten führte der Städtetag 25 Euro für „psychosoziale Betreuung“, 15 Euro für „Sozialarbeit“ und zehn Euro für „Sicherheitsdienst“ an. Das macht zusammen 125 Euro pro Tag und Person. Brandenburgs Städte- und Gemeindebund teilte gegenüber der „Welt am Sonntag“ mit, er teile „im Grundsatz die Kosteneinschätzung des Hessischen Städtetages“.

45 Milliarden Euro Zusatzbelastung
Seit dem Februar 2022 haben sie nämlich bereits mehr als eine Million Flüchtlinge

45 Milliarden Euro Zusatzbelastung
Seit dem Februar 2022 haben sie nämlich bereits mehr als eine Million Flüchtlinge

LINKSPARTEI

Wechsel in der Fraktion gefordert

Wahniederlagen und Dauerstreit – Ex-Parteivorsitzender Bernd Riexinger fordert neue Köpfe an der Spitze

Die Linkspartei kommt aus dem Krisenmodus einfach nicht heraus. Nach einer Serie von Wahniederlagen und dem Dauerstreit um eine mögliche Parteigründung Sahra Wagenknechts hat sich nun der ehemalige Parteivorsitzende Bernd Riexinger wenig deeskalierend zu Wort gemeldet.

„Wir brauchen neue Leute an der Fraktionsspitze, in der die alten Blockbildungen keine Rolle mehr spielen. Die Fraktion hat zu wenig Kontur“, sagte der frühere Gewerkschafter mit Blick auf die derzeitige Doppelspitze Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch.

Beide standen bereits unmittelbar nach dem schwachen Wahlergebnis bei der Bundestagswahl in der Kritik. Alarmiert durch schlechte Umfragewerte und die Aussicht, bei einem neuen Wahlrecht erhebliche Probleme zu bekommen, aber-

mals ins Parlament einzuziehen, herrscht in weiten Teilen der Partei ein Hauen und Stechen.

Wagenknecht, Ehefrau des früheren SPD- und Linken-Politikers Oskar Lafontaine, liebäugelt seit einiger Zeit mit der Gründung einer neuen Partei. Sie hat angekündigt, bis zum Jahresende eine Entscheidung zu treffen. Eine erneute Kandidatur für die Linke schloss sie aus. Sie werde entweder mit einer neuen Formation antreten oder sich auf ihre Tätigkeit als Publizistin konzentrieren, erklärte sie. Eine Aussage, die viele Funktionäre als Provokation empfinden.

Denn noch ist Wagenknecht Mitglied der Bundestagsfraktion, und dort hat sie einige Anhänger. Dies erklärt, warum die derzeitige Fraktionsführung den ultimativen Bruch mit ihr scheut. Denn bei der vergangenen Bundestagswahl schaffte die

Linke nur über den Umweg dreier gewonnener Direktmandate den Sprung ins Parlament. Derzeit gehören ihr 39 Abgeordnete an, laut Geschäftsordnung des Bundestags können fünf Prozent der Parlamentsvertreter eine Fraktion bilden.

Wagenknecht wird zum Problem

Da Wagenknechts Anhängerschaft etwa aus einem Dutzend Parlamentarier besteht, könnte ihr Rauswurf dazu führen, dass die Linke ihren Fraktionsstatus verliert. Dies würde weniger Personal, weniger Geld und weniger Einfluss bedeuten.

Umgekehrt weiß Wagenknecht selbst, dass ein Schattendasein mit einer kleinen Parlaments-Gruppe kein optimaler Neustart für eine Partei wäre. Eine Parteigründung hänge „an Voraussetzungen, auch juristischer Art“, erklärte sie kürzlich und fügte hinzu: „Man muss Struktu-

ren aufbauen.“ Die Erwartung, es lasse sich „mal eben so eine Partei aus der Taufe heben, von einer Woche zur nächsten, das wäre zum Scheitern verurteilt“.

Innerhalb der Partei wächst nun der Druck auf die Fraktionsführung, nicht nur durch Riexingers Vorstoß. „Man möchte mir eine andere Fraktion zeigen, die es dulden würde, dass eines ihrer Mitglieder unter Ausnutzung der Ressourcen, Personal und Social-Media-Push ein Konkurrenz-Projekt aufbaut und am liebsten noch Redezeit im Bundestag gegen die bisherige Partei bekommen möchte“, sagte die Bundestagsabgeordnete Martina Renner, und Bundesvorstandsmitglied Janis Ehling legte Wagenknecht nahe, ihr Mandat ruhen zu lassen: „Ein Mandat mit mehr als 10.000 Euro ist eine Verpflichtung. Ein Sabbatical kann man auch ohne Mandat machen.“ Peter Entinger

Gemeinden sorgen für Wohlstand

Fratzschers erinnerte daran, dass die deutschen Kommunen einen großen Teil der Infrastruktur für Schulen, für den Verkehr, für Energie- und Wassernetze, für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen bereitstellen. Diese Grundversorgung ermöglicht es Unternehmen, Produktionsstätten aufzubauen und Arbeitsplätze zu schaffen. Werden die Kommunen nun aber vom Bund auf den Kosten für die Flüchtlinge sitzen gelassen, müssen sie bei anderen Ausgaben sparen und Mittel in ihrem jeweiligen Haushalt umschichten. Einen Teil der Kommunen trifft diese Herausforderung nach Angaben des DIW-Chefs in einer ohnehin schon sehr schwierigen Lage: Diese Städte und Gemeinden sind nämlich bereits überschuldet.

In Brandenburg kämpfen viele Kommunen noch mit einem sehr speziellen Problem. Ein Großteil der märkischen Gemeinden hängt bei der Prüfung ihrer Jahresabschlüsse nämlich weit zurück. Im uckermärkischen Amt Brüssow datiert der jüngste geprüfte Jahresabschluss aus dem Jahr 2014 vor.

Laut der brandenburgischen Kommunalverfassung droht diesen Kommunen ab Ende 2024 eine automatische Verhängung einer Haushaltssicherung, wenn sie keinen geprüften Jahresabschluss vorlegen, der sich maximal auf einen drei Jahre zurückliegenden Haushalt bezieht.

Fallen die Gemeinden unter den Status einer „Haushaltssicherung“, dürfen sie nur noch Geschäfte der laufenden Verwaltung tätigen, aber keine freiwilligen Leistungen, etwa Förderungen für Vereine, zahlen. Oliver Hermann, der Vorsitzende des Städte- und Gemeindebundes, warnte, dass in Brandenburg flächendeckend Kommunen drohe, in eine vorläufige Haushaltsführung zu geraten. Als Grund für die schleppende Erledigung der Jahresabschlüsse gilt vor allem die Personallage vieler Kommunen.

KRIMINALITÄT

Eine Kleinstadt ruft um Hilfe

In Prenzlau verbreiten „Schutzsuchende“ Angst und Schrecken – Brandbrief an die Landesregierung

VON HERMANN MÜLLER

Bereits seit Wochen kursiert in den Sozialen Medien ein Video, das auf massive Probleme mit tschetschenischen Jugendlichen in der uckermärkischen Kreisstadt Prenzlau schließen lässt. Zu sehen ist dort eine Gruppe von zehn jungen Männern, die am 2. März gegen 22.30 Uhr in ein Mehrfamilienhaus eingedrungen waren und dann versucht haben, mit brachialer Gewalt in eine Wohnung einzubrechen. Der Versuch, die Tür aufzubrechen, scheiterte, weil die Bewohner die Tür verbarriadiert hatten. Nach Polizeiangaben sollen zur Gruppe der Angreifer mindestens zwei Tschetschenen gehört haben, die bereits durch Körperverletzungsdelikte aufgefallen waren.

Möglicherweise, weil Videoaufnahmen existieren, löste der gewaltsame Versuch, in eine Wohnung einzudringen, Reaktionen von Politikern aus. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) und Innenminister Michael Stübgen (CDU) erhielten am 10. März einen Brandbrief aus Prenzlau, in dem einleitend von einer „dringenden Bitte, einem Hilferuf“ die Rede ist. Absender des Schreibens sind der parteilose Bürgermeister der Stadt, Hendrik Sommer, und Ludger Melters (CDU), der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung.

Massiv bedroht, verprügelt, beraubt

In dem Brandbrief ist von einer „Welle der Gewalt und Unruhe von Seiten überwiegend tschetschenischer Geflüchteter“ die Rede. Aufgezählt werden in diesem Zusammenhang Diebstahl, räuberische Erpressung, Sachbeschädigung, Bedrohung und Drogendelikte, sogar von Straßenkämpfen ist die Rede. Im Zuge der Berichterstattung wurden mittlerweile auch Vorwürfe bekannt, dass tschetschenische Jugendliche schon länger Schüler in Prenzlau so massiv bedroht, verprügelt und beraubt haben sollen, dass diese sich nicht mehr in die Schule trauen.

Der „Uckermark-Kurier“ berichtet über eine Mutter, die Strafanzeige gegen drei Tschetschenen gestellt hat. Nach Darstellung der Frau soll ihr 14-jähriger Sohn schon seit längerer Zeit im Visier der Asylbewerber aus dem Kaukasus gestanden haben. Der Polizei warf die Mut-



Die märkische Idylle ist massiv getrübt: Blick in die malerische Innenstadt von Prenzlau

Foto: action press

ter vor, der Bedrohungslage nicht genug Augenmerk geschenkt zu haben. Die Polizeiinspektion Uckermark versicherte dem gegenüber, sie nehme den Hilfeschrift der betroffenen Familie sehr ernst. Auch seien nach der Strafanzeige gegen die tschetschenischen Jugendlichen Ermittlungen wegen Bedrohung aufgenommen worden. Polizeihauptkommissar Stefan Hahlweg warnte gegenüber dem „Uckermark-Kurier“ allerdings auch davor, Tschetschenen unter einen Generalverdacht zu stellen: „Schwarze Schafe hat man überall. Und eins kann ich unterschreiben: Wir haben hier keine Verhältnisse wie in Görlitz, Bautzen oder Dresden.“

Nach Angaben der uckermärkischen Landrätin Karina Dörk (CDU) gehen die Probleme in Prenzlau von einer kleinen Gruppe von Intensivtätern aus tschetschenischen Familien aus, die in einem Asylbewerberheim untergebracht sind. Nachgedacht wird laut der Landrätin nun über die Verlegung einzelner Familien, Sorgerechtsentzug und die Unterbringung krimineller Jugendlicher in geeigne-

ten Einrichtungen. Dörk sagte, es könne nicht länger so bleiben, dass durch die Ballung dieser Personen die Kriminalität in Prenzlau weiter zunehme.

Die Landrätin aus der Uckermark war es auch, die in Potsdam den Brandbrief der Prenzlauer Stadtoberen an die Landesregierung übergeben hat. In dem Schreiben erheben die Kommunalpolitiker den Vorwurf, dass Gewalt und Kriminalität „anscheinend keine Konsequenzen haben, fehlt es doch an entsprechenden Maßnahmen der Justiz“.

Starker Unmut macht sich breit

Die Kommunalpolitiker beklagen auch, dass es zunehmend schwieriger werde, den sozialen Frieden in ihrer Stadt zu gewährleisten: „Eine fehlende oder nicht erkennbare Strafverfolgung nach erfolgter polizeilicher Ermittlung, lange Bearbeitungszeiten in den Behörden und keine Rückführungen erwecken in der Bevölkerung den Eindruck, dass der Staat nicht in ausreichendem Maß reagiert.“ Verbunden war dieser Vorwurf mit der Bitte um eine

schnellstmögliche Lösung, die auch der Bevölkerung vermittelt werden könne. Tatsächlich macht sich unter den Bürgern Prenzlaus mittlerweile starker Unmut breit. Als der AfD-Kreisverband unter dem Motto „Kein Ort für kriminelle Migrantenclans“ zu einer Demonstration aufrief, versammelten sich am 20. März mehrere Hundert Prenzlauer auf dem Marktplatz der Kreisstadt.

Auf der Ebene der Landespolitik kann die Welle der Kriminalität in Prenzlau auch die Spannungen innerhalb der rot-schwarz-grünen Landesregierung wachsen lassen. CDU-Innenminister Stübgen hatte vor wenigen Wochen ein Eckpunkt Papier vorgelegt, das zur Entlastung der Kommunen vorsah, Asylbewerber mit geringen Anerkennungschancen bis zu 24 Monate in den zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen unterzubringen. Innerhalb der „Kenia-Koalition“ hatte das Papier allerdings für so heftigen Streit gesorgt, dass der Innenminister ganz kurzfristig einen geplanten Flüchtlingsgipfel mit den Landräten wieder absagte.

REGIERUNGSBILDUNG

Schwarz-Rot setzt Klimaschutz ganz nach oben

Die neue Berliner Landeskoalition stellt die Schwerpunkte ihrer Politik vor

Nach ihrem sensationellen Wahlsieg am 12. Februar und dem Scheitern der Volksabstimmung über einen massiv verschärften Klimaschutz für Berlin am 23. März könnte die Berliner CDU bei der Bildung einer Großen Koalition mit der SPD daran gehen, die schlimmsten Missstände in der Stadt zu beheben. Im Bereich des Verkehrs, des Wohnungsbaus und der Sicherheit erhoffen sich viele Berliner eine Wende. Das Gleiche gilt für die verfahrenen Asylpolitik.

Der kommende Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) dürfte daran gemessen werden, wie viele Abschiebungen durchgesetzt, wie viele Wohnungen und wie viele U-Bahn-Kilometer neu gebaut und wie viele unsinnige Radschienen wieder abgebaut werden. Daher erstaunt es etwas, wenn Wegner erklärt: „Die kommende Koalition aus CDU und SPD setzt

den Klimaschutz ganz oben auf ihre Prioritätenliste.“ CDU-Generalsekretär Stefan Evers ergänzt: „Unsere Freunde sind auch die Bäume!“ Aus dem Bereich Wohnen, der unter Rot-Grün-Rot meist von der Linkspartei verantwortet wurde, war zu hören, CDU und SPD wollten den kommunalen Wohnungsbestand in Berlin auf eine halbe Million Mietwohnungen erhöhen. Das erklärten SPD-Chefin Franziska Giffey und ihr Unionskollege Wegner gleichlautend.

Zweiter Anlauf für Tempelhof

Bislang haben die landeseigenen Wohnungsunternehmen etwas mehr als 350.000 Wohnungen in ihrem Besitz. Für den Ankauf in den kommenden Jahren sollen „nennenswerte Milliardenbeträge“ investiert werden. Dafür wollen die künftigen Regierungspartner auch die sechs

landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften mit mehr Eigenkapital ausstatten. Zwar soll auch ein „Schneller-Bauen-Gesetz“ kommen, dort wolle man laut Evers beim Klimaschutz wegkommen vom Fördern und „übermäßigen Regelungen“ hin zum Fördern. Er spricht von einer „neuen Dimension von Beschleunigung“.

Auch an die Bebauung auf dem Terrain des stillgelegten Flughafens Tempelhof wollen die Koalitionäre „ran“. Giffey will hierzu einen „internationalen städtebaulichen Wettbewerb“ ausloben und hofft anschließend auf ein positives Votum bei einer erneuten Volksabstimmung. Mittels einer solchen Abstimmung war die Bebauung der riesigen Brache vor Jahren blockiert worden.

Zur Verkehrs- und Ausländerpolitik hört man wenig bis gar nichts. Was aus dem ambitionierten Plan der BVG werden

soll, das U-Bahn-Netz auf 300 Kilometer auszubauen, bleibt unklar. Linkspartei und Grüne verdammen den U-Bahn-Bau weiterhin als „umweltschädlich“.

Über die Aufteilung der Senatensitze hat man sich indes bereits geeinigt. Danach soll die SPD trotz ihres schlechteren Abschneidens bei der Abgeordnetenhauswahl mit fünf Senatssitzen ebenso viele erhalten wie die siegreiche CDU. Die Abmachung soll möglicherweise den linken Flügel der SPD so weit besänftigen, dass am Ende bei der Mitgliederbefragung eine Zustimmung zum Koalitionsvertrag herauskommt. Die Berliner Jusos zeigen sich indes wenig beeindruckt. Sie lehnen die Zusammenarbeit mit der Union weiter ab und haben angekündigt, die größte Kampagne zu starten, die die Hauptstadt-SPD je gesehen habe. Frank Bücker

KOLUMNE

Wie die Irren

VON THEO MAASS

Manch neugieriges Kind greift nach einer zu heißen Heizung und verbrennt sich die Finger. Künftig lässt es das dann bleiben. In den Irrenanstalten gibt es Insassen, die so lange mit dem Kopf gegen die Wand rennen, bis er blutig ist, weil sie glauben, sie könnten die Mauer zum Einsturz bringen. So ähnlich muten die Berliner Klimaextremisten derzeit an. Sie können ihre Niederlage bei der Volksabstimmung am 26. März einfach nicht verkraften. Trotz millionenschwerer Unterstützung – an jeder großen Straßenecke standen die teuren großflächigen Plakat-Stelltafeln – und Dauerbeschallung durch die dominierenden Medien, votierten nicht einmal 20 Prozent der Wähler für die extremistischen Forderungen der Fanatiker (die PAZ berichtete).

„Fridays for Future“ will weiter demonstrieren und „streiken“. Ein Streik ist das natürlich nicht, wenn Schüler ihren Unterricht versäumen, Streik nennt man Arbeitsniederlegungen der Arbeitnehmer, um die Arbeitgeber zu Zugeständnissen zu zwingen. Wenn Luisa Neubauer dann den Rücktritt von Bundesverkehrsminister Volker Wissing fordert, wird es langsam lächerlich.

Das bisher rot-grün-rot regierte Berlin war ein Eldorado für Klimafanatiker. „Extinction Rebellion“ wechselt sich mit „Fridays for Future“ und der „Letzten Generation“ ab. Erstere belästigten die Kunden der Filialen von Jaguar und Landrover am Kuddamm und stellten dort selbst gebastelte Treträder auf. Und so soll es offenbar weitergehen.

Dabei ist das gleichsam Nichtakzeptierenwollen des Volksabstimmungsergebnisses leider bezeichnend für das ideologische Fundament der Klimafanatiker. Sie sehen sich über den Regeln der Demokratie stehend. Warum der Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, sie dennoch nicht für extremistisch hält, bleibt sein Geheimnis.

MELDUNG

Bröselbeton stoppt Bau

Berlin – Die Entdeckung massiver Mängel am Berliner Hauptbahnhof hat zu einem Baustopp am Nord-Süd-Tunnel für die S-Bahnlinie S21 geführt. Nach Angaben eines Sprechers der Deutschen Bahn sind die Baumängel an der Humboldthafenbrücke gefunden worden. Unter Verweis auf ein vertrauliches Konzernpapier der Deutschen Bahn hatte zuerst der „Spiegel“ über „gravierende Betonagefehler an einem Trägerrost“ berichtet. Erste Mängel sollen laut dem Bericht der Bahn bereits 2020 festgestellt worden sein. Im Zuge von begonnenen Sanierungsarbeiten wurden in den Jahren 2021 und 2022 dann weitere Baufehler entdeckt. Bei den Schäden soll es sich laut dem Bericht um bröseligen Beton handeln. Wie weiter berichtet wird, soll von den betroffenen Stellen des Bauwerks ein erhebliches Risiko ausgehen. Ursprünglich ausgeführt hatte die Arbeiten ein österreichisches Unternehmen Ende der 1990er Jahre. H.M.

● MELDUNGEN

Bulgarien bleibt neutral

Bukarest – Das NATO- und EU-Mitglied Bulgarien bleibt bei seinem neutralen Kurs im Konflikt zwischen der Ukraine und Russland. Dies bekräftigte der seit 2017 amtierende bulgarische Präsident Rumen Radev: „Bulgarien unterstützt die gemeinsame Beschaffung von Munition für die Ukraine nicht und ist auch nicht daran beteiligt. Wir werden jedoch die Bemühungen um die Wiederherstellung des Friedens unterstützen. Bis dahin wird Bulgarien der Ukraine keine Kampfflugzeuge, Flugabwehrraketensysteme, Panzer und andere Ausrüstung zur Verfügung stellen.“ Darüber hinaus sagte der ehemalige Kampfpilot, Generalmajor und Oberkommandierende der bulgarischen Luftstreitkräfte, wer Waffen an die Ukraine liefere, sei ein „Kriegstreiber“. Damit teilt er die Meinung von zwei Dritteln aller Bulgaren, welche darüber hinaus der Ansicht sind, ihr Land werde in den Konflikt hineingezogen, wenn es der Ukraine militärisch beistehe. **W.K.**

Milliarden für Wiederaufbau

Washington – Eine von der Weltbank, UN, EU-Kommission und ukrainischen Regierung vorgelegte Studie beziffert die Kosten für den Wiederaufbau der Ukraine auf 411 Milliarden US-Dollar beziehungsweise 380 Milliarden Euro. Das entspricht etwa dem 2,5-fachen des Bruttoinlandsprodukts der Ukraine. Die Schätzung deckt allerdings nur die Schäden ab, welche zwischen dem russischen Einmarsch vom 24. Februar 2022 und dem jetzigen Zeitpunkt entstanden sind. Im September lag die Prognose noch bei 349 Milliarden Dollar. Die Kostenrechnung berücksichtigt die Zerstörung von Infrastruktureinrichtungen und Gebäuden sowie die Auswirkungen auf den Lebensunterhalt der Ukrainer. Rund ein Fünftel des Geldes für den Wiederaufbau soll in die Verkehrsanlagen der Ukraine fließen. Dem folgen die Bereiche Wohnen und Energieversorgung mit 17 beziehungsweise elf Prozent sowie der Landwirtschaftssektor mit sieben Prozent. **W.K.**

Mehr Qualität bei Migration

Moskau – Bis zum 1. Juli soll die russische Regierung Vorschläge zur Modernisierung der Migrationspolitik vorlegen. Präsident Wladimir Putin befahl, die Migration in Hinsicht auf die Entwicklung des Landes auszurichten und auf mehr Qualität als Quantität zu achten. Insbesondere müsse geprüft werden, in welchen Regionen und Branchen Einwanderer benötigt werden. Das Ministerkabinett ist aufgefordert, einen Gesetzentwurf „zur sozialen und kulturellen Anpassung und Integration“ vorzubereiten und die Bekämpfung der illegalen Immigration zu verbessern. Beim Thema Zuzug von Ausländern gibt es einen Interessenkonflikt zwischen Wirtschaft und Sicherheitskräften. Die bisherigen Vorschläge betrafen ebenso die Verschärfung der Kontrolle und die Begrenzung des Immigrantenzustroms wie die Legalisierung der Regeln durch die vereinfachte Vergabe russischer Pässe an arbeitsfähige Ausländer. **MRK**

SCHOTTLAND

Mit Allah in Edinburgh

Schottland hat jetzt einen muslimischen Ministerpräsidenten – Er übernimmt eine geschwächte Partei

VON CLAUDIA HANSEN

Keine 24 Stunden nach seinem Amtsantritt setzte Humza Yousaf ein deutliches Zeichen: In seiner Edinburgher Amtsresidenz Bute House aus dem späten 18. Jahrhundert arrangierte der Nachfolger von Nicola Sturgeon demonstrativ ein muslimisches Abendgebet zum Ramadan.

Der neue schottische First Minister mit pakistanischen Wurzeln und fünf weitere Männer beteten stehend zu Allah. Frauen waren auf dem Twitter-Foto nicht zu sehen. Die weiblichen Familienmitglieder durften nur auf einem gesonderten Foto mit Yousaf auf einem Sofa sitzen. Während die Bilder auf Twitter mehr als fünf Millionen mal gesehen wurden und tausendfach Begeisterung hervorriefen, vor allem von Muslimen aus aller Welt sowie linksgerichteten Politikerkollegen, kamen vereinzelt auch Fragen auf.

Wie wären die Reaktionen gewesen, wenn Yousafs Konkurrentin um den Vorsitz der Scottish National Party (SNP), die praktizierende Christin Kate Forbes, ein Foto von Freunden ihrer Freikirche beim Vater-Unser-Beten in Bute House

verschickt hätte? „Sicherlich wäre das ebenso warm willkommen worden“, schrieb der Tory-Politiker Murdo Fraser ironisch. In der Realität hätte es wohl einen Aufschrei gegeben. Forbes war in den vergangenen Wochen scharf angegriffen worden wegen ihres christlich-konservativen Glaubens. Die 32-Jährige, damals SNP-Finanzministerin in der Regionalregierung, musste verhörartige Interviews über sich ergehen lassen, in denen sie ihren Glauben, ihre Kirche und ihre persönliche Ansicht, dass die Ehe nur zwischen Mann und Frau geschlossen werden könne, rechtfertigen sollte.

Umso überraschender war für Yousaf sein nur knapper Sieg im SNP-Basisentscheid. Trotz Unterstützung fast des gesamten Parteiestablishments stimmten bloß 52 Prozent der Mitglieder für ihn, knapp 48 Prozent für Forbes. Objektiv gesehen war es ein schlechtes Ergebnis für den 37-Jährigen, der mit Emphase für die „progressiven Werte“ der SNP in der Koalition mit den Grünen geworben hatte – einschließlich des umstrittenen Transgender-Gesetzes, das die Mehrheit der Schotten ablehnt. Dieses Gesetz – und der Wirbel um einen Transgender-Vergewal-

„Als du Verkehrsminister warst, waren die Züge niemals pünktlich, als du Justizminister warst, war die Polizei kurz vorm Zusammenbruch, und jetzt als Gesundheitsminister haben wir rekordlange Wartelisten für die Krankenhäuser“

Christin Kate Forbes
SNP-Politikerin

tiger – hatte den abrupten Abstieg der langjährigen SNP-Vorsitzenden und Ministerpräsidentin Sturgeon angestoßen. Während sie als charismatische Landesmutter galt, ist Yousaf laut Umfragen wenig beliebt.

Die SNP wirkt nun gespalten. Als Yousaf die bisherige Finanzministerin Forbes im Kabinett degradieren wollte, reichte sie ihren Rücktritt ein. Forbes hatte ihm schon im Wahlkampf eine verheerend schlechte Bilanz in seinen bisherigen Ministerämtern vorgeworfen: „Als du Verkehrsminister warst, waren die Züge niemals pünktlich, als du Justizminister warst, war die Polizei wegen Überlastung kurz vorm Zusammenbruch, und jetzt als Gesundheitsminister haben wir rekordlange Wartelisten für die Krankenhäuser.“

Der Mitgliederentscheid geriet für die SNP zum mittleren Desaster, in dessen Verlauf mehrere hochrangige Politiker und Funktionäre zurücktreten mussten. Zum Skandal wurde die Manipulation der Mitgliederzahl. Sturgeons Ehemann Peter Murrell musste als Parteigeschäftsführer abtreten, weil er dafür verantwortlich war, dass die Presse über die SNP-Mitgliederzahlen belogen worden war. Tatsächlich hat die Partei in einem Jahr von 100.000 Mitgliedern rund 30.000 verloren. Außerdem drohen noch polizeiliche Ermittlungen wegen des dubiosen Finanzgebarens der Partei.

Die SNP ist nun deutlich geschwächt – was in London bei der konservativen Regierung von Rishi Sunak und bei Unionisten allgemein für gute Laune sorgt, weil dadurch die Wahrscheinlichkeit stark gesunken ist, dass das Vereinigte Königreich zerbrechen wird. Der Angriff der schottischen Unabhängigkeitsbewegung auf die Union hat stark an Schwung verloren.

In neuen Umfragen sind nicht nur die SNP-Werte gesunken, sondern auch die Zustimmung für die Unabhängigkeit unter den Schotten. Ein neues Referendum ohne Zustimmung von Westminster hatte das Londoner Höchstgericht juristisch blockiert. Sturgeon wollte die Unterhauswahl zum De-Facto-Referendum erklären, hatte die Partei aber in eine Sackgasse manövriert. Für Yousaf wird es schwierig, daraus wieder herauszukommen.

Profiteur der SNP-Schwäche dürfte die Labourpartei sein, die bei der nächsten Unterhauswahl wohl bis zu 20 Sitze von der SNP erobern wird. Das wiederum ist eine schlechte Nachricht für die Tory-Regierung von Rishi Sunak, die kommenden Herbst um ihr Überleben kämpfen muss.



Neuer Premierminister Schottlands: Der aus Pakistan stammende Humza Yousaf vor seinem Amtssitz

Foto: pa

KASACHSTAN

Zwischen Profit und Sanktionsgefahr

Erdölexporteur für die EU und Partner Russlands – Astanas Gratwanderung beim politischen Machtpoker

Der kasachische Energieminister Bolat Aktshulataw teilte kürzlich mit, dass Kasachstan seine Öllieferungen in die Bundesrepublik vereinfachen werde. Sollten ursprünglich 20.000 Tonnen Rohöl in diesem Monat nach Deutschland exportiert werden, so erhöhte der Minister die voraussichtliche Menge auf 100.000 Tonnen. Insgesamt plant Kasachstan, in diesem Jahr 1,2 Millionen Tonnen Öl zu liefern. Die kasachische Regierung hat bei der russischen Pipelinegesellschaft Transneft bereits dafür die Durchleitung über die Druschba-Pipeline beantragt.

Zum Problem für das Geschäft könnte die enge politische, wirtschaftliche und

militärische Verflechtung des Landes mit Russland werden. Einerseits ist Kasachstan durch seine Zugehörigkeit zur Eurasischen Wirtschaftsunion (EAEU) wirtschaftlich abhängig, andererseits militärisch durch seine Mitgliedschaft beim von Moskau dominierten Militärbündnis Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) – Bündnisse, die sich nicht ohne schwerwiegende Folgen kaputt lassen. Politisch hat Wladimir Putin 2021 Kassim-Schomart Tokajew bei Umsturzversuchen den Rücken gestärkt.

Von westlicher Seite droht Ungemach, weil Kasachstan bei der Umgehung der Sanktionen für Russland eine wichtige

Rolle spielt. Parallelimporte können dank EAEU ohne Zollkontrolle die gut 7500 Kilometer lange gemeinsame Grenze passieren. So sind die kasachischen Exporte nach Russland im vergangenen Jahr um ein Viertel auf 8,8 Milliarden US-Dollar gestiegen. Kasachstan hat aus der EU unter anderem Kugellager, Kunststoffrohre, Haushaltsgeräte, Smartphones und Computer in einem Umfang importiert, die den eigenen Bedarf des Landes weit übersteigen.

Aus Sorge vor Sekundärsanktionen des Westens hat die Regierung in Astana seit dem 1. April neue Regeln aufgestellt, um den Schwarzhandel einzudämmen. Um den Westen nicht zu verprellen, ar-

beitet die Regierung in bestimmten Fragen auch mit dem US-Finanzministerium zusammen.

Mit Moskau wird Astana sich nicht überwerfen können, weil der zentralasiatische Staat keine alternative Lieferroute zu den europäischen Märkten unter Umgehung Russlands hat. Würde der Westen Sanktionen gegen Kasachstan verhängen, könnte Moskau den Öltransit über die Druschba-Pipeline sofort stoppen. So ist davon auszugehen, dass die Kasachen sich weiterhin ein Hintertürchen offenlassen, um Russland und den Westen zufriedenzustellen sowie selbst dabei noch zu verdienen. **Manuela Rosenthal-Kappi**

VON HANS HECKEL

Eines schien klar: Sobald die Zinsen wieder nach einer historischen völlig einmaligen Niedrig-, real sogar Negativzinsphase steigen, dann brechen die Preise für Aktien, Immobilien und Gold ein. Denn es waren diese Niedrigzinsen, die Kredite einmalig günstig machten, weshalb etwa Immobilien günstig zu finanzieren waren, was die Preise nach oben trieb. Zinsanlagen wie gewöhnliche Bankkonten verloren durch den Nullzins jedwede Attraktivität, weshalb Anleger sich in Aktien und auch Gold stürzten.

Sobald die Zinsen wieder steigen, würde sich dieser Trend umdrehen. Viele Aktien gaben auch stark nach, der Immobilienmarkt steckt in der Krise. Die Überraschung ist, dass sich der Goldpreis dem Abwärtstrend robust entgegenstemmt. In Euro gemessen erreichte das Metall am 17. März, mitten in der jüngsten Zinserhöhungskampagne der EZB und der US-Notenbank Fed, mit 1864 Euro pro Unze (31,1 Gramm) beinahe sein Allzeithoch vom 8. März des Vorjahres wieder.

Was steckt dahinter? Zunächst hat die jüngste Bankenkrise das Vertrauen in die Stabilität des Finanzsektors und damit auch der gesamten Weltwirtschaft erneut erschüttert. Schon mehren sich die Warnungen, dass der Kollaps von Credit Suisse und Silicon Valley Bank nur ein Vorbeben gewesen sein könnte und das Schlimmste noch bevorstehe. Das und eine Reihe weltweiter Krisen und Spannungen (Ukrainekrieg, Taiwan-Krise, die Rivalität USA-China) verunsichern die Märkte. Solche Verwerfungen machen Gold als Krisenwährung attraktiver.

Renaissance als Reservewährung

Das ist aber nicht alles. In immer stärkerem Maße drängen Akteure als Käufer in den Markt, die über lange Zeit eher auf der Verkäuferseite standen: Die Notenbanken haben im vergangenen Jahr so viel Gold gekauft wie seit 1950 nicht mehr. Kritiker der Notenbanken mögen da lästern, dass die Institute offenbar ihrem eigenen Produkt, dem „Papiergeld“ nämlich, nicht mehr über den Weg trauen. Daher schichteten sie ihre eigenen Reserven vorsichtshalber in Gold um, derweil sie den Menschen auf der Straße predigten, dass deren Anlagen in Euro, Dollar etc. sicher seien.

Ein Grund für die neue Liebe der Notenbanken zum Gold hat indes geopolitische Wurzeln. Als Sanktion wegen des Ukrainekrieges wurde Russland maßgeblich auf Betreiben der USA aus dem internationalen Zahlungssystem Swift ausgeschlossen. Damit hat Washington sichtbar gemacht, dass es entschlossen ist, die Systeme des internationalen Zahlungsverkehrs als Instrument seiner eigenen Weltpolitik in Dienst zu nehmen.



Notenbanken kauften 2022 so viel wie seit 1950 nicht: Gold gewinnt an Bedeutung im internationalen Finanzwesen

Foto: pa

FINANZMÄRKTE

Warum Gold wieder glänzt

Das Edelmetall hat – anders als andere Sachwerte – die Zinswende erstaunlich gut verkräftet. Dennoch bleiben Risiken, die es zu beachten gilt

Die Macht, die ihnen die Möglichkeit eröffnet, schöpfen die USA aus der globalen Dominanz ihrer Währung. Der US-Dollar ist die vorherrschende Leit- und Reservewährung der Welt: Währungsgrenzen überschreitende Geldtransfers werden vornehmlich in der US-Valuta abgewickelt, und Notenbanken halten einen Großteil ihrer Devisenreserven ebenfalls in US-Dollar. Schon vor dem Ukrainekrieg und den Russlandsanktionen bemühten sich etliche Regierungen und Notenbanken, diese Dominanz abzubauen. Der Rauswurf Russlands aus Swift hat diese Neigung offenbar noch verstärkt, denn auch andere Regierungen fürchten, ebenfalls irgendwann auf einer US-Sanktionsliste zu landen, allen voran China.

Vorgänger des Dollar als Weltleitwährung war vordergründig das britische Pfund. In Wahrheit aber war es Gold selbst, denn das damalige Pfund war eine Goldwährung, deren Wert fest an den des Edelmetalls gebunden war. So kehrt die Welt möglicherweise einfach zum Status

vor der Zeit der Dollar-Dominanz zurück. Sollte der Ausschluss Russlands aus Swift hier wirklich als entscheidender Treiber gewirkt haben, so könnte sich diese Sanktion einmal als Eigentor Washingtons erweisen. Denn unbestreitbar basiert die Stellung der USA als „einzige Weltmacht“ auch auf der überragenden Stellung des Dollar im Weltfinanzsystem.

Ungetrübt nach oben? Nicht ganz!

Soweit betrachtet müsste es beim Goldpreis nunmehr ungetrübt nach oben gehen – von kurzfristigen Schwankungen einmal abgesehen. Dem ist dann aber doch nicht ganz so. Experten warnen vor Risiken, die aus Marktmechanismen herühren, die mit Gold an sich wenig zu tun haben, den Kurs des Metalls aber massiv beeinflussen können.

Schon in der jüngsten Vergangenheit – wie etwa beim Corona-Börsenschock vom März 2020 – war zu beobachten, dass der Goldpreis parallel zu Anlageklassen wie Aktien zu Tal rauschte, statt, wie es

derzeit scheint, eine Gegenbewegung auszubilden. Denn Gold führt kein isoliertes Eigenleben, sondern ist Teil des Weltfinanzsystems und wird daher sowohl positiv wie negativ von der Entwicklung der übrigen Vermögenswerte und der Währungen beeinflusst.

Bei einem plötzlichen Einbruch von Aktien oder Anleihen (Letzteres stand hinter dem vergangenen Bankenbeben, siehe PAZ vom 24. März, Seite 8) können Marktteilnehmer in akute Geldnot geraten. In dem Fall können sie gezwungen sein, alles zu Geld zu machen, was sich kurzfristig flüssigmachen lässt. Dazu zählen dann oft auch Gold oder auf Gold basierende Wertpapiere. In diesem Fall wird das Edelmetall mit in die Tiefe gerissen.

Langfristig sehen Experten jedoch eher einen steigenden als einen fallenden Goldkurs, empfehlen aber angesichts der beschriebenen Risiken wie bisher, sein Vermögen zu streuen, wobei Gold einen wichtigen, aber keinesfalls den einzigen Pfeiler ausmachen sollte.

WIRTSCHAFTSKLIMA

US-Banken kommen nicht zur Ruhe

Nach Rettung von Silicon Valley und Signature Bank – Zinswende erhöht Risiken auch für kleine Banken

Ist sie schon vorüber oder steht der große Knall noch bevor? Analysten im In- und Ausland rätseln über die Auswirkungen der Bankenkrise in den USA. Der US-Präsident war in der vergangenen Woche jedenfalls bemüht, das Ausmaß der Turbulenzen zu beschwichtigen. „Ich denke, es wird eine Weile dauern, bis sich die Dinge beruhigen“, sagte Joe Biden.

Ohne wirkliche vorherige Anzeichen verlor die kalifornische Silicon Valley Bank (SVB) Anfang März das Vertrauen von Anlegern und Kunden, eine Woche später übernahm die US-Einlagensicherung Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC) die Kontrolle und schloss das auf Start-up-Finanzierung spezialisierte Institut. Weitere kleine Geldhäuser in den

USA bekamen Probleme, die Signature Bank brach sogar komplett zusammen. Aktienkurse von Bankhäusern weltweit gerieten unter Druck, die Schweizer Großbank Credit Suisse musste per Notkauf gerettet werden.

Bisher richtete sich der Fokus bei Turbulenzen an den Märkten immer auf größere Häuser. Doch in den USA zeigt sich, dass auch die kleineren, regionalen Banken anfällig sind. Die Daten des viel beachteten Kobeissi Briefes, einer wöchentlichen Kapitalmarkt-Analyse, sind besorgniserregend. Laut seiner Zahlen werden in den nächsten fünf Jahren mehr als 2,5 Billionen US-Dollar an gewerblichen Immobilienschulden fällig. Die Zinssätze für Immobilienfinanzierungen haben sich

demnach mehr als verdoppelt, und dies sei ein elementares Problem. „Die Refinanzierung dieser Kredite wird unglaublich teuer werden und wahrscheinlich zur nächsten großen Krise führen“, heißt es in der Analyse. Und die Aussichten sind nicht besser: „Das Schlimmste daran ist, dass 70 Prozent der gewerblichen Immobilienkredite im Besitz kleinerer Banken sind“, schreiben die Autoren weiter.

Dass die steigenden Zinsen eine Belastung für die Banken sind, unterschreibt auch der Chef der EU-Bankenaufsicht, José Manuel Campa: „Eine so drastische Zinswende erhöht nicht nur die Ertragschancen für Banken, sondern auch die Risiken.“ Die unabhängige Analytikerin Genevieve Roch-Decter malt ein regelrechtes

Schreckensszenario an die Wand: Die Anfang März kollabierte Silicon Valley Bank sei nur ein Ausreißer gewesen.

Zuvor hatte bereits eine gemeinsame Studie mehrerer US-Wirtschaftsexperten für Unruhe gesorgt. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass neben der SVB noch weitere 186 kleinere Banken vom Kollaps bedroht seien, sollte nur die Hälfte der Kunden beschließen, ihre Einlagen aufzulösen.

In Deutschland hält sich die Aufregung in Grenzen. Die „Wirtschaftsweise“ Ulrike Malmendier, die dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung angehört, sieht „derzeit keine Gefahr der Finanzstabilität“. Die Lage stelle sich anders dar als bei der Finanzkrise 2008. Peter Entinger

MELDUNGEN

Immer weniger neue Patente

München – Das Europäische Patentamt (EPA) mit Sitz in München hat 2022 eine Rekordzahl an Patentanmeldungen registriert, nämlich 193.460, was eine Steigerung gegenüber 2021 um 2,5 Prozent bedeutet. Gleichzeitig ging jedoch die Zahl der Anmeldungen aus der Bundesrepublik um 4,7 Prozent auf 24.684 zurück. Das ist der niedrigste Stand seit zehn Jahren. In der Rangliste der deutschen Patentanmelder stehen Siemens, BASF und Bosch an der Spitze. Siemens brachte es 2022 auf 1735 Patente und Bosch noch auf 1214. Demgegenüber reichte der chinesische Huawei-Konzern aber 4505 Anmeldungen ein. Und auch sonst holen die Unternehmen aus der Volksrepublik kontinuierlich auf. Momentan kommen die meisten Patentanmeldungen noch aus den USA, während Deutschland hier auf Platz Zwei liegt und damit vor Japan rangiert. Wenn sich die Entwicklung der letzten Jahre fortsetzt, wird China dann allerdings bis 2026 den zweiten Platz erobern. W.K.

Null Investition aus China

Shanghai – Seit der ersten Hälfte vergangenen Jahres hat China in Russland nicht mehr investiert, auch neue Verträge mit russischen Firmen wurden nicht geschlossen. Das betreffe auch solche zur Neuen Seidenstraße. Das ging aus einer kürzliche veröffentlichten Studie der Universität Fudan in Shanghai hervor, die von der britischen „Financial Times“ als seriös eingestuft wurde. Obwohl China sich nicht von Russland abwendete, sei die Perspektive wirtschaftlicher Zusammenarbeit begrenzt, da Peking Sanktionen des Westens befürchte, heißt es in der Studie. Seit dem Beginn des Ukrainekrieges haben lediglich die Energieimporte aus Russland nach China zugenommen. Profiteur von chinesischen Investitionen ist laut den Experten der Fudan-Universität Saudi-Arabien. Ende vergangenen Jahres schloss Peking mit Riad insgesamt 34 Investitionsabkommen ab. MRK

Nord Stream 1 neu versichert

München – Laut Reuters haben die deutschen Versicherer Allianz und Münchener Rück die durch Explosionen stark beschädigte Gaspipeline Nord Stream 1 neu abgesichert. Reuters verweist bei seiner Meldung auf fünf Insider aus der Versicherungs- und Energiehandelsbranche. Die Police beziehe sich sowohl auf Schäden an der Pipeline als auch auf Geschäftunterbrechungen. Diese Meldung gibt Anlass zu Spekulationen. Wenn Versicherungsunternehmen ein solches Risiko eingehen, wie ein Objekt abzuschließen, das bereits zum Ziel von Anschlägen geworden ist, muss ein vorausehbarer Nutzen für die Versicherer möglich sein. Das legt den Rückschluss nahe, dass eine Reparatur der Leitung nicht ausgeschlossen ist. Über Nord Stream 1 gelangten elf Jahre lang bis zu 55 Milliarden Kubikmeter Gas durch die Ostsee von Russland nach Deutschland. Weder die Bundesregierung noch die Versicherer waren bislang zu einer Stellungnahme bereit. MRK

ANALYSE

Aramäer für Frankfurt

BODO BOST

Frankfurt ist zwar nur die fünftgrößte Stadt der Bundesrepublik, dafür aber seit 1945 die Wirtschaftsmetropole und seit einigen Jahren Sitz der Europäischen Zentralbank, der einzigen Euro-Regulierungsbehörde in Deutschland. Welche Rolle die Banken in der globalisierten Welt spielen, wurde gerade wieder an der Bankenkrise deutlich, die zur Insolvenz der Credit Suisse und dem damit verbundenen Beben auch in der Frankfurter Bankenwelt führte.

Auch in der Frankfurter SPD gab es seit einigen Jahren ein Beben, das mit der Korruption des aus dem Amt gewählten ehemaligen Bürgermeisters Peter Feldmann zu tun hatte. Feldmann hatte seiner damaligen Ehefrau lukrative Posten bei der Arbeiterwohlfahrt zugesichert und dies jahrelang abgestritten, bevor ein Gericht es ihm bewiesen hatte. Zurücktreten wollte der verurteilte Bürgermeister dennoch nicht, Teile seiner Partei standen noch immer hinter ihm.

Zuletzt wurde der Druck aus dem Stadtrat so groß, dass Mike Josef als Frankfurter SPD-Vorsitzender im vergangenen Jahr in einem Volksentscheid über den Amtsverbleib ihres Bürgermeisters zustimmen musste, den Feldmann verlor. Feldmann war darüber sehr erzürnt, er sprach häufig von wachsendem Antisemitismus und meinte dabei auch sich selbst als Jude.

Auch Josef ist Angehöriger einer seit Jahrhunderten verfolgten religiösen Minderheit. Als Kind kam er 1987 mit seinen Eltern als aramäischer Christ aus dem syrischen Qamischi als Asylbewerber nach Deutschland. Die Stadt Qamischi war 1920 von Überlebenden des Genozids an den Armeniern und anderen christlichen Minderheiten in der Türkei auf der Südseite der von Deutschen als Verbündete der Türken kurz zuvor gebauten Bagdadbahnlinie im französischen Mandatsgebiet Syrien errichtet worden.

Die Familie Josef fand in Baden-Württemberg eine christliche Willkommenskulturgemeinde, die sich um die Ankömmlinge kümmerte. Der junge Mike besuchte ein Gymnasium und studierte danach in Frankfurt Geschichte und Jura. Schon während des Studiums trat er den Jusos bei und wurde ASTA-Mitglied. Der Kampf gegen Studienge-

bühren war sein politischer Durchbruch, obwohl er eine Klage vor dem Staatsgerichtshof, die er mit einem breiten Bündnis eingereicht hatte, verlor.

Sein rascher Aufstieg in der SPD hing auch mit Feldmann zusammen. Josef wurde die rechte Hand des Oberbürgermeisters. Schon im parteiinternen Duell um die Oberbürgermeisterwahl im Jahr 2012 gegen Michael Paris unterstützte er ihn. Auch Feldmann als OB sprach nur in den höchsten Tönen von Josef. Es hatte den Eindruck, als ob Feldmann bereits seinen eigenen Nachfolger aufbaute.

Ein „ordentlicher Kerl“

Dass das Stadtparlament im vergangenen Jahr dem Oberbürgermeister sein Misstrauen aussprach und es zur Abwahl Feldmanns kam, war letztlich nur möglich, weil der SPD-Vorstand unter Josef von Feldmann abrückte und ihn wegen der Korruptionsanklage zum Rücktritt aufforderte. Dies fiel Josef nicht leicht, denn er wusste, was er der SPD und vor allem Feldmann zu verdanken hatte.

Auch nach Josefs jetzt knapp errungenem Wahlsieg von 51,3 Prozent waren seine ersten Äußerungen Worte des Dankes an seine Partei und an die Wähler. Er wolle der OB aller Frankfurter sein. Der unterlegene CDU-Kandidat Sven Becker gratulierte Josef und bezeichnete ihn als „ordentlichen Kerl“, angesichts seiner positiven Rolle bei der Abwahl von Feldmann.

Als Gewerkschaftsmann versuchte Josef im Wahlkampf als Schulexperte beim Thema Wohnungsnot zu punkten. Ob er der richtige OB für Frankfurt ist, wird die Zukunft zeigen. Eigentlich hätte die Stadt nach Jahrzehnten SPD und Klügel-Wirtschaft einen wirklichen Neuanfang verdient. Entgegen anderen Immigranten, vor allem bei den Grünen, die zum Teil noch ohne deutschen Pass und ohne Schulabschluss schon in die Politik gehievt werden und dann ihren Migrationshintergrund gegen die „schlimme deutsche Asylpolitik“ vermarkten, wehrt sich Josef dagegen, seinen Migrationshintergrund politisch vermarkten zu lassen.

Josef wolle nach eigenen Aussagen Politik für alle machen, nicht nur für die SPD und nicht nur für Flüchtlinge wie einige Berufsmigranten bei den Grünen und auch bei der SPD.



Mehr Platz für Beamte und damit für mehr unnötige Regulierung: Das Bundeskanzleramt soll erweitert werden

KOLUMNE

Berliner Regulierungslücken

FLORIAN STUMFALL

Deutschland hat das zweitgrößte Parlament der Welt und das größte Regierungsgebäude. Der Leistungsfähigkeit der Politiker ist es bis jetzt allerdings nicht gelungen, diesen pompösen Anspruch widerzuspiegeln. Im Gegenteil. Das Land erlebt einen beispiellosen Niedergang, gemessen an den grundlegenden politischen wie wirtschaftlichen Eckdaten.

Doch Bundeskanzler Olaf Scholz scheint nach wie vor an die Möglichkeit zu glauben, er könne im Verein mit seiner grün-gelben Gefolgschaft doch noch den dimensional Sprung von Masse zu Klasse erzwingen. Diese Hoffnung drückt sich darin aus, dass er nicht von dem Vorhaben lassen will, das Bundeskanzleramt in seiner spektakulären Größe noch zu verdoppeln.

Der Bürger, seit geraumer Zeit an politische Wege gewöhnt, die man früher nicht für möglich gehalten hatte, erlaubt sich dennoch, zu staunen. Denn da sind zunächst einmal die Kosten. Veranschlagt wurden diese auf 777 Millionen Euro, wobei die von der EZB herbeigeschnehte Inflation gar nicht eingerechnet ist. Nach aller Erfahrung wird man sich glücklich schätzen können, wenn die Milliarden-Grenze nicht allzu weit überschritten wird.

Das ist aber – wenn auch ein großes Ärgernis – nur die eine Seite. Das eigentliche Problem jedoch fängt erst nach Fertigstellung an. Denn die zahllosen Räume müssen mit ebenso zahllosen Beamten besetzt werden, und deren Aufgabe ist es, Rechtsakte vorzubereiten oder zu erlassen. Das heißt, auf die Bürger kommt eine weitere Welle von Einschränkungen, Verfügungen und Vorschriften zu.

Der Staat rückt noch näher heran, er nimmt Einblick in das persönliche Gehabe, steigert die Bevormundung, lenkt die Lebensführung des einzelnen und beschneidet immer mehr Freiheitsrechte. Denn dass eine erhöhte legislative oder Verwaltungs-Aktivität insgesamt zu einer Liberalisierung des Lebens geführt hätte, ist nicht erinnerlich. Darüber kann auch, beispielsweise, eine weitere Destruktion des Namensrechts nicht hinwegtäuschen.

Die Einhegung und Gängelung des Bürgers aber ist gewollt. Sie ist nicht die Folge erhöhter Bürokratie, sondern diese stellt die Voraussetzung dafür dar, dass man die Menschen immer mehr konditionieren und kontrollieren kann. Da gab es

vor rund 15 Jahren im Bundesfinanzministerium einen beamteten Staatssekretär mit Namen Asmussen, der als Zeuge gelten mag für einen politischen Willen, den normativen Druck auf die Bevölkerung stetig zu erhöhen und zu vervollständigen. Er nämlich hat einen Begriff in die Welt gesetzt, bei dem einem kalt werden kann. Dieser Asmussen nämlich sprach von einer „Regulierungslücke“, die ihm untergekommen war.

„Regulierungslücke“ also – ein Ausdruck, überaus verräterisch und anmaßend. Er bezeichnet die politische Ziel-

heit geben, so ist das doch längst in Vergessenheit geraten. Gesetze, welche die Freiheit festschreiben, verlieren an Kraft gegenüber solchen, die sie beschneiden. Und diese nehmen an Zahl ständig zu – nicht wegen einer ungewollten, denaturierten Wucherung, sondern aus Absicht, aus politischem Willen. Dafür steht das Bundeskanzleramt in Berlin bereits in seiner heutigen Größe und beseitigt letzte Zweifel, wenn es verdoppelt sein wird.

Fast überflüssig, darauf hinzuweisen, dass in diesem Zusammenhang die EU eine verheerende Rolle spielt. Derzeit erheben 1900 Brüsseler Richtlinien Anspruch auf Gehör und Gehorsam und darauf, in den nationalen Parlamenten in Kraft gesetzt zu werden. Dieser Akt wurde niemals verweigert. Die Parlamente begnügen sich damit, die Vorlagen abzuzicken. Ihre einzige Funktion ist es, dem Gesetzestext noch ein Vielfaches an Ausführungsbestimmungen zuzufügen, um der Gefahr vorzubeugen, es könne sich eine Regulierungslücke auftun.

Doch die Richtlinien sind nur das eine. An Zahl und Wirkung erheblich bedeutender sind die Verordnungen. Es ist nicht einfach zu erfahren, wie viele es sind, die amtlichen Stellen weisen das nicht aus. Doch es gibt eine Zahl, wenn auch nicht mehr ganz aktuell, die wenigstens eine Größenordnung darstellt. Von 1998 bis 2008 wurden in Brüssel 25.257 Verordnungen erlassen. Diese unterscheiden sich von den Richtlinien in zweierlei. Zum einen müssen sie nicht in den nationalen Parlamenten bestätigt werden, sie stellen diktatorische Bestimmungen dar.

Zum anderen richten sich die Verordnungen nicht nur an Staaten, sondern auch an Privatpersonen. Wie sehr sie dabei tief in das Privatleben eingreifen, mag ein außerordentlich groteskes Beispiel zeigen. So ist es verboten, gebrauchte Teebeutel zum Kompost zu geben. Die EU fürchtet Keime. Dass es aber ohne Keime gar keine Kompostierung geben kann, ist in Brüssel nicht von Belang.

Man sieht: Zugunsten einer möglichst hohen Zahl von Vorschriften nimmt man auch solche in Kauf, die unsinnig sind. Denn nicht die Sinnhaftigkeit ist ihr Zweck, sondern die Erhöhung der Staatsintensität durch die große Zahl. So nämlich mindern sie die Freiheit der Bürger.

● Der Autor ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Ein Lebensbereich,
der dem Gutdünken
des Einzelnen
anheimgegeben
bleibt? Undenkbar!

vorstellung der kompletten Kontrolle des Lebens, die Verhängung einer Vorschrift für jede denkbare Lebenslage, die Einordnung der Menschen in ein vorgefertigtes System. Das Leben solle, wie der Ausdruck bezeugt, lückenlos reglementiert sein – die Idee der Freiheit, der Staatsgewalt, die vom Volk ausgeht, des Bürgers als Souverän: all das wird in letzter Konsequenz hingegeben für ein Regelwerk von Befehl und Gehorsam.

Man spürt, wie die Regulierungslücke jeden Regulierer mit Entsetzen, Empörung und Abscheu erfüllt. Ein Lebensbereich, der dem Gutdünken des Einzelnen anheimgegeben bleibt? Undenkbar!

Mehr Gesetze, weniger Freiheit

Im Verhältnis des einzelnen Bürgers zu seiner Obrigkeit gibt es ein Merkmal, das man die „Staatsintensität“ nennen könnte. Diese beschreibt, wie stark und wie umfassend die öffentlichen Autoritäten auf den Einzelnen einwirken, welche Lebensbereiche sie abdecken und wie die Ahndung des Fehlverhaltens aussieht. Das Maß der Staatsintensität bestimmt das Maß der Freiheit. Je mehr nach Regulierungslücken gefahndet wird, umso mehr nimmt die Freiheit Schaden.

Wenn auch Goethe recht hatte mit seiner Aussage, nur das Gesetz könne Frei-

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.
ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFF33 oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDE33 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Meister und Musketier der Kunst

„Ich habe immer mehr zu sagen und immer weniger Zeit“ – Vor 50 Jahren starb der spanische Künstler Pablo Picasso bei Cannes

VON VEIT-MARIO THIEDE

Sobald der Name „Picasso“ fällt, hat man zunächst nicht seine Werke vor dem geistigen Auge, sondern den Künstler selbst. Zwar war der 1881 in Spanien geborene Picasso den Freunden moderner Kunst seit Jahrzehnten bestens bekannt. Aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg brachte es der in Frankreich lebende Künstler zu weltweiter Popularität. Zu der trug seine Bereitschaft bei, sich wieder und wieder von Pressefotografen ablichten zu lassen. Als er am 8. April 1973 starb, war das Ereignis des Todes nicht nur einen Nachruf im Kulturteil der Zeitungen wert, sondern machte Schlagzeilen auf den Titelseiten der internationalen Presse.

Picassos Popularität ist 50 Jahre nach seinem Tod ungebrochen. Unter der Federführung des Pariser Musée national Picasso finden weltweit Gedenkveranstaltungen statt. Auch deutsche Museen sind beteiligt. Das Picasso-Museum von Münster in Westfalen präsentiert „Eine Hommage zum 50. Todestag Pablo Picassos“. Ausgestellt sind Schenkungen an das Museum: Zeichnungen, Druckgraphiken und Malerbücher, die Picasso vornehmlich in seinen letzten 20 Jahren schuf. Hinzu treten Fotografien, die der Fotojournalist David Douglas Duncan von seinem Freund Picasso aufnahm.

Das Kunstmuseum Moritzburg in Halle an der Saale zeigt die Schau „Der andere Picasso. Zurück zu den Ursprüngen“. Zu sehen sind Graphiken und Keramiken. Seit 1947 bemalte Picasso Teller und Schalen mit Pan und anderen unbeschwerten mythologischen Gestalten, mit Stierkampfszenen, lustigen Gesichtern oder komischen Vögeln. Vor allem die Eule hatte es ihm angetan. Mit ihr identifizierte sich der bevorzugt in der Nacht künstlerisch aktive Picasso. Unter „Ursprünge“ versteht die Schau Picassos Verbundenheit mit den Traditionen seiner Heimat Spanien und den antiken Kulturen des



Aus Picassos produktiver Werkstatt: Werke des Künstlers in der gegenwärtigen Ausstellung in der Hallenser Kunsthalle Talstraße

Mittelmeerraums. Zusätzlich dazu sind in Halle (Saale) in der Kunsthalle Talstraße unter dem Titel „BEGEGNUNG“ Picasso-Werke neben denen des französischen Keramikers Jean Lurçat ausgestellt.

Seit den 1920er Jahren ergänzte Picasso seine Signatur um das tagesgenaue Datum und gelegentlich sogar die Uhrzeit. Seine Werke bezeichnete er als die Seiten seines Tagebuchs. Und das sind ungeheuer viele. Dem Picasso-Museum Münster zufolge brachte er 16.051 Gemälde und Zeichnungen, 1200 Skulpturen, 3000 Keramiken und viele tausend Druckgraphiken hervor. Gerade letztere nahmen nach dem Zweiten Weltkrieg als für ein breites Publikum erschwingliche Lithographien und Linoldrucke breiten

Raum in seinem Schaffen ein. Sie förderten die Bekanntheit Picassos ungemein.

Seine Karriere begann der vom Vater geförderte Pablo bereits in Kindertagen. Er war ein frühreifes Genie akademisch realistischer Malkunst, wie etwa das großformatige Gemälde „Wissenschaft und Nächstenliebe“ (1897) zeigt. Ähnlich rührselig ist sein berühmtes „Selbstbildnis mit Mantel“ (1901). Picasso stellt sich in blauen Tönen als frierenden Hungerleider mit eingefallenen Wangen dar.

Aber bald ging es aufwärts mit dem seit 1904 in Paris lebenden Bohemien. Auf die „Blaue Periode“ folgte die von Harlekinen und anderen Zirkusleuten bevölkerte „Rosa Periode“. Dann erfand er mit Georges Braque die Formzerlegungen des

„Kubismus“. Sein darauffolgender „Neoklassizismus“ setzt ungeheuer voluminöse Gestalten ins Bild und sein „Surrealismus“ zeigt monströse Figuren, deren Gesichter und Körperteile zerlegt und neu zusammengesetzt erscheinen. Ebenso einfallsreich sind Picassos Skulpturen.

Münster stellt alle Werkphasen vor, beschreibt Meisterwerke wie das mit fünf monströsen Frauenakten bestückte Gemälde „Les Femmes d'Alger“ (1911) und das erschütternde Antikriegsbild „Guernica“ (1937). Solche Hauptwerke bereite Picasso mit Hunderten von Zeichnungen vor. Mehr und mehr ging er aber zur „Serienproduktion“ über. Unzählige Bilder sind dem Thema „Maler- und Modell“ gewidmet. In langen Bildfolgen

trat er in den Dialog mit den Gemälden alter Meister wie Cranach, Rembrandt oder Velazquez.

Picasso nutzte seine Lebenspartnerinnen als Modelle. Seiner ersten Ehefrau huldigte er mit dem naturalistischen Gemälde „Olga im Lehnstuhl“ (1917). Das Gemälde „Großer Akt im roten Armsessel“ (1927) präsentiert hingegen ein dürres Ungeheuer. Soll das etwa Olga sein? Im Entstehungsjahr des Gemäldes lernte er Marie-Thérèse Walter kennen, die in seinen Werken als voluminöse Aktfigur auftritt. Dora Maar wird von Picasso als schrill weinende Frau mit Hut dargestellt.

Es folgt die zur Blume verwandelte Françoise Gilot. Kuratorin und Biographin Ina Conzen wundert sich über die „erstaunliche Selbstverständlichkeit, mit der der Künstler zwischen den nun drei Lebenspartnerinnen Françoise Gilot, Dora Maar und Marie-Thérèse Walter navigierte – und dies zusätzlich mit der unglücklichen Olga immer in der Nähe.“

Picasso heiratete 1961 Jacqueline Roque. Sie harrte bis spät in die Nacht bei ihm im Atelier aus, während er Werk um Werk hervorbrachte. In ihnen tritt er als Musketier und in vielen anderen Rollen auf oder lebt seine erotischen Fantasien aus. Picasso war sich gewiss: „Ich habe immer mehr zu sagen und immer weniger Zeit.“ Er starb am späten Vormittag des 8. April 1973 in seiner Villa Notre-Dame de Vie in Mougins bei Cannes. Am Vorabend hatte er noch an einem Gemälde gearbeitet.

● **Der andere Picasso**, bis 21. Mai in der Moritzburg von Halle (Saale), www.kunstmuseum-moritzburg.de; **BEGEGNUNG. Pablo Picasso trifft Jean Lurçat**, bis 29. Mai in der Kunsthalle Talstraße, Halle (Saale), www.kunstverein-talstrasse.de; **Eine Hommage zum 50. Todestag Pablo Picassos**, bis 7. Mai im Kunstmuseum Pablo Picasso in Münster, www.kunstmuseum-picasso-muenster.de. **Lesetipp:** Ina Conzen, „Pablo Picasso“, C. H. Beck, 12 Euro

TV-KRITIK

Karlas letzter Weg

Wenn der finale Vorhang fällt – Iris Berben glänzt in einem Film, der vom Tod erzählt, ohne traurig zu sein

Es gibt diese Filme, die eine traurige Geschichte erzählen und trotzdem heiter stimmen. „Und dann steht einer auf und öffnet das Fenster“ (Karfreitag im Ersten um 20.15 Uhr) gehört dazu. Da ist die schwer kranke Karla Jenner (Iris Berben), die in ihrer schon halb leer geräumten Altbauwohnung ihre Erinnerungen als Fotografin sortiert und durchaus skeptisch einen Sterbebegleiter empfängt.

Unsicher ist dieser unscheinbare Mann, der da vor ihr sitzt, die Aktentische auf dem Schoß, als wäre er ein Vertreter. Weil Fred Wiener (Godehard Giese) vor Jahren seine Frau verloren hat, will er nun andere auf ihrem Weg zum endgültigen Abschied begleiten. Aber anders als in seinem Beruf als Qualitätsmanager für Lichtsignalanlagen gibt es für sein neues Ehrenamt weder Ablaufpläne noch einen Schalter, um die passende Tonlage und das richtige Maß an Mitgefühl aufzurufen. Prompt macht er alles falsch. Zu jovial, zu beherzt tritt Wiener der Kranken gegenüber – die guckt ihn nur schweigend an.

Kann man in Kursen lernen, eine Sterbende zu begleiten, wenn man selber gesund ist? Kann man lernen, Hilfe zu dosieren und gegen Ende hin einfach nur still zu werden? Die Künstlerin hat nichts mehr zu verlieren. Sie darf brüsk sein, und ist es auch: „Können wir das mit dem Small Talk nicht einfach überspringen?“

Nach hilflosen Minuten schickt sie ihn weg, empfängt dafür aber seinen Sohn Phil (Claude Heinrich), der die Fotos ihres Lebens digitalisieren soll. Dem schüchternen Jungen wird es gelingen, eine Verbindung aufzubauen zu der spröden, abweisenden Frau in ihrer am schmalen Körper hängenden Hippie-Montur.

Wie diese drei Menschen aus unterschiedlichen Generationen zusammenfinden, wie es ihnen gelingt, die letzte Strecke gemeinsam zu gehen, einander ohne viele Worte beizustehen, ist ein anrührender Beitrag zum heiß diskutierten Thema Sterbehilfe. Berben, die bei Filmpremiere auf roten Teppichen die glamouröse Diva ist, verzichtet hier auf jegliche Eitelkeit. Ihre Karla Jenner ist von der Krankheit gezeichnet bis hin zur gebrechlich wirkenden Statur. Und wenn sie sich doch raus in die Welt wagt, dann tarnt sie sich trotzigt mit riesigem Hut und Sonnenbrille. Carla wird sterben, und sie will diesen Weg selbstbestimmt abkürzen. Ihr Sterbebegleiter soll dabei nichts weiter tun. Es reicht, dass er an ihrer Seite ist, ihre Hand hält und später – wenn alles vorbei ist – die Gardinen zurückzieht und weit die Fenster öffnet.

Es gibt diese tröstlichen Filme, die angesichts des Todes von den Lebenden erzählen, von kostbaren Momenten, die sie miteinander teilen, bevor der Vorhang fällt.

Anne Martin



Noch voller Lebensfreude: Karla (Iris Berben) bleiben nur noch wenige Monate

MELDUNGEN

Der Tod im Berliner Schloss

Berlin – Mit „unendlich. Leben mit dem Tod“ beleuchtet eine Ausstellung im Humboldt-Forum bis zum 5. November verschiedene Aspekte des Sterbens und Umgangs mit dem Tod. Besucher begeben sich dabei auf die Bühne der Endlichkeit und erkunden Szenen und Fragen des Todes. Internet: www.humboldtforum.org tws

Römischer Antimachiavell

Rheinsberg – Bei den Osterfestspielen Schloss Rheinsberg kommt am Karfreitag und Ostersonntag erstmals seit 300 Jahren Carl Heinrich Grauns Oper „Silla“ zur Aufführung. Am 8. April ist Jean Racines „Britannicus“ zu erleben, auf den Friedrich der Große in seinem Manifest „Der Antimachiavell“ Bezug nimmt. Karten unter: www.musikkultur-rheinsberg.de tws

POL POT

„Jetzt ist er fertig“

Vor 25 Jahren starb der einst mächtige Führer der Roten Khmer – mutmaßlich von eigener Hand

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die meisten großen Massenmörder der Geschichte nahmen ein ebenso jämmerliches wie einsames Ende. Das gilt auch für Saloth Sar alias Pol Pot alias Bruder Nr. 1 alias Onkel Sekretär alias Großvater 87, den politischen und militärischen Führer der maoistisch-nationalistischen Roten Khmer, die ab 1975 ein Schreckensregime in Kambodscha errichteten. In den 1364 Tagen von Pol Pots Herrschaft kamen pro Tag im Durchschnitt um die 1500 Menschen durch brutale Gewalt in

den Foltergefängnissen des Regimes und auf den Schlachtfeldern oder infolge von Hunger um – bei einer Gesamtbevölkerungszahl von acht Millionen. Damit war Pol Pot für prozentual mehr Tote unter dem eigenen Volk verantwortlich als die Diktatoren Hitler, Stalin und Mao.

Der Bruder Nr. 1 starb vor 25 Jahren, am 15. April 1998, im Wald von Dangrek unweit des Dorfes Kbal Ansoang in der Provinz Anlong Veng an der kambodschanisch-thailändischen Grenze, wo sich die Roten Khmer versteckten, seit sie Anfang 1979 durch eine Intervention des Nachbarstaates Vietnam gestürzt worden wa-

ren. Dort hatte der öffentlichkeitsscheue Pol Pot, der immer noch hoffte, seine steinzeitkommunistischen Utopien durch die Rückkehr an die Macht verwirklichen zu können, Ende 1995 einen Schlaganfall erlitten. Das hinderte ihn aber ebenso wenig wie die kurz darauf erhaltene Krebsdiagnose, im Juni 1997 seinen abtrünnigen Gefolgsmann Son Sen mitsamt der ganzen Familie hinmetzeln zu lassen.

Machtverlust in der Partei 1997

Hieraufhin kippte die Stimmung unter den Spitzen der Roten Khmer, die nun teilweise Versöhnungsgespräche mit der neuen Regierung in Phnom Penh führten, dramatisch. Wegen der Ermordung Son Sens wurde Pol Pot am 25. Juli 1997 in einem eilends inszenierten Schauprozess zu lebenslanger Haft verurteilt und danach unter Hausarrest gestellt.

Am 15. April 1998 erfuhr der nunmehr zum Verräter Abgestempelte, dass seine Überstellung an die Justiz des wiedererrichteten Königreiches Kambodscha bevorstehe und er sich somit sehr bald auch wegen Völkermord verantworten müsse. Am Abend desselben Tages wurde Pol Pot tot aufgefunden.

Offiziell soll der ehemalige Diktator einem Herzleiden erlegen sein, wenn auch die äußeren Umstände eher auf Suizid durch Medikamente hindeuten. Jedenfalls wurde der Leichnam des ehemaligen Bruders Nr. 1 kurz der Presse präsentiert und am 18. April ohne jede Zeremonie zusammen mit Abfall und alten Autoreifen verbrannt. Sein Nachfolger Ta Mok alias Chhit Choeun alias Bruder Nr. 3 alias „Der Schlächter“ höhnte: „Jetzt ist er fertig. Er hat nicht mehr Macht, er hat nicht mehr Wert als Kuhmist. Ein Kuhfladen ist wichtiger als er. Er kann als Dünger verwendet werden.“

Der dergestalt ruhm- und würdelos zu Ende gegangene Lebensweg von Pol Pot begann entweder am 19. Mai 1925 oder irgendwann im Jahre 1928 in dem kleinen Dorf Prek Sbauv unweit der Provinzhauptstadt Krong Kampong Thom in der Mitte Kambodschas, das damals zu Französisch-Indochina gehörte. Seine Eltern entstammten dem Volk der Khmer und waren wohlhabende buddhistische Reisbauern mit engen persönlichen Verbindungen zum Königshaus. Daher konnten sie dem jungen Saloth Sar auch eine Ausbildung an der katholischen

Schule École Miche in Phnom Penh finanzieren. Allerdings war der spätere Diktator offenbar intellektuell minderbegabt, denn er fiel mehrmals durch die Abschlussprüfung und versagte anschließend auch an der weiterführenden Schule, sodass ihm nur eine Lehre als Zimmermann blieb. Ab 1947 begann Saloth Sar sich für die linksgerichtete Demokratische Partei zu engagieren.

Im Sommer 1949 verließ er Kambodscha, um in Paris Vorlesungen in Elektrotechnik zu besuchen. Während seines Aufenthaltes in Frankreich trat Saloth Sar 1952 der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF) bei. Da er während des Studiums keine Prüfungen machte, wurde er Ende 1952 exmatrikuliert.

Der Rückkehr in die Heimat folgten der Eintritt in die Kommunistische Partei Indochinas (PCI) sowie diverse Tätigkeiten im Untergrund. Zur Tarnung arbeitete Saloth Sar, der innerhalb der PCI seit 1953 bloß noch als Pol Pot auftrat, an der hauptstädtischen Privatschule Chamraon Vichea als Lehrer für Französisch, Geschichte, Geographie und Staatsbürgerkunde. 1962 wurde er Erster Sekretär der Arbeiterpartei Kampuchas, die aus der Revolutionären Volkspartei der Khmer hervorgegangen war und sich ab 1971 Kommunistische Partei Kampuchas nannte. Deren Anhänger wurden 1965 von dem damaligen Staatsoberhaupt Prinz Norodom Sihanouk erstmals „Rote Khmer“ genannt, ein Begriff, der sich nachfolgend allgemein einbürgern sollte.

Bis 1970 lebte Pol Pot in ständig wechselnden Guerillalagern und entwickelte

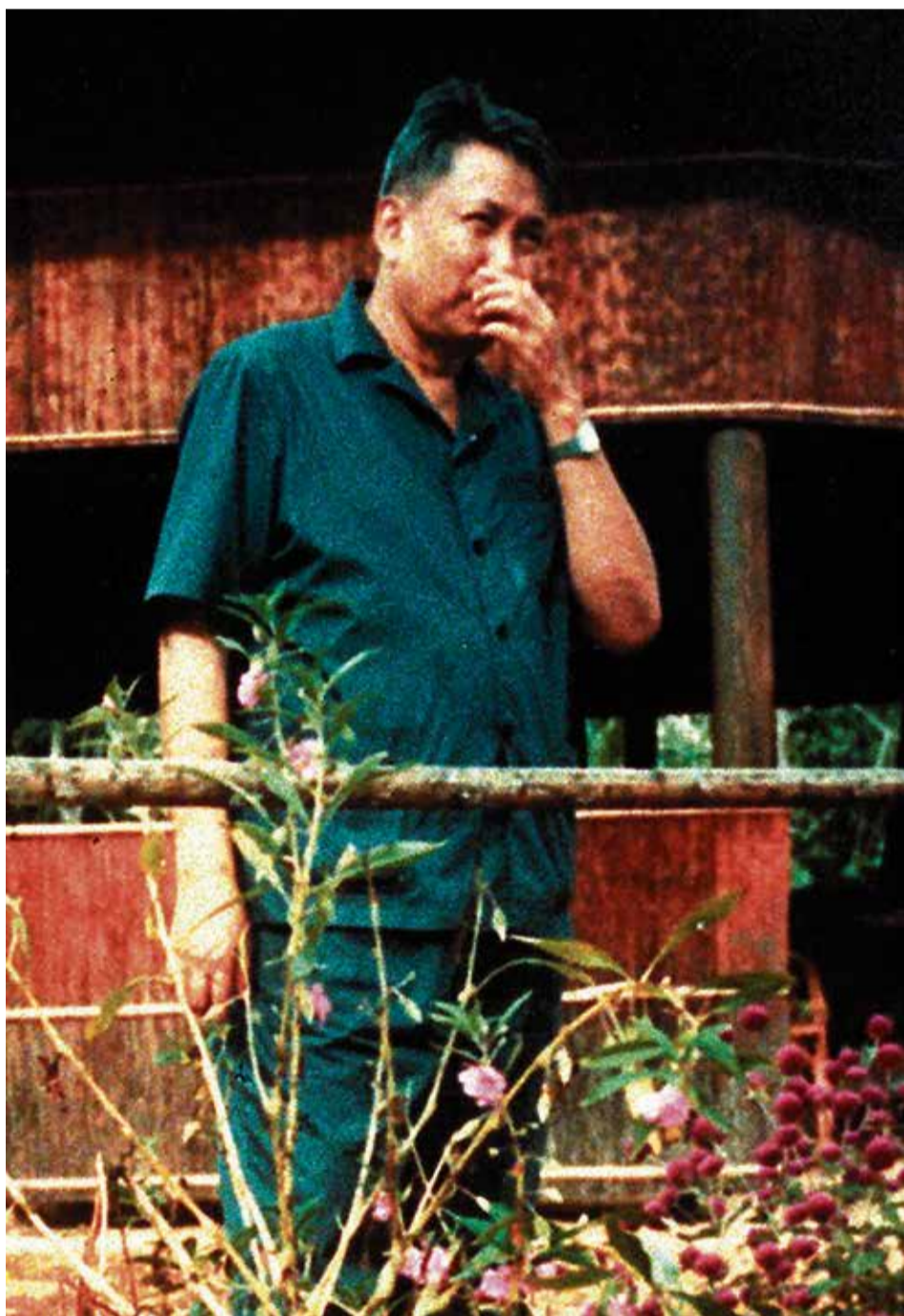
dabei gemeinsam mit seinen engsten Kampfgefährten die mörderische Vision von einem Agrarkommunismus ohne Geld und „reaktionäre bürgerliche Elemente“, der nach dem Sieg der Roten Khmer verwirklicht werden sollte. Maßgeblich inspiriert wurde der Bruder Nr. 1 dabei von den Ideen und Praktiken des Maoismus, die er 1966 in China kennenlernen konnte.

Dass die Roten Khmer immer mehr Zulauf erhielten und schließlich die Regierung des von den Vereinigten Staaten unterstützten Putsch-Generals Lon Nol zu stürzen vermochten, resultierte ganz maßgeblich aus den Flächenbombardements der Grenzgebiete zu Vietnam durch die US-Luftwaffe. Diese trieben der kommunistischen Untergrundbewegung unzählige neue Kämpfer zu.

Machtverlust im Land 1979

Die Roten Khmer marschierten am 17. April 1975 in Phnom Penh ein und begannen sofort mit der Deportation der vergleichsweise US- und Lon-Nol-freundlichen Stadtbevölkerung. Dem folgten Massenhinrichtungen und die Etablierung eines einzigartig menschenverachtenden Terrorregimes, auf dessen Konto um die zwei Millionen Tote gehen.

Der Spuk, der unter radikalen Linken im Westen durchaus auch Zustimmung fand, dauerte bis zum 7. Januar 1979. An jenem Tage war die vietnamesische Offensive gegen die Roten Khmer, die mit chinesischer Rückendeckung immer wieder auch das Nachbarland attackiert hatten, von Erfolg gekrönt.



Nach dem Sturz des Regimes der Roten Khmer: Pol Pot Ende der 80er Jahre

Zeitweilige Verbündete Pol Pots

Son Sen war ab dem Jahr 1985 der offizielle Führer der Nationalarmee des Demokratischen Kambodscha, des militärischen Arms der Roten Khmer.



Ta Mok, Son Sens durch Pol Pot eingesetzter Nachfolger, entmachte 1997 seinen Gönner und ließ ihn wegen Verrats zu lebenslanger Haft verurteilen.



Norodom Sihanouk war von 1960 bis 1970, zu Beginn der Herrschaft der Roten Khmer 1975 und 1976 sowie 1993 bis 2004 Staatsoberhaupt Kambodschas.

WILHELM KÜLZ

Reichsinnenminister und Vorsitzender der ostzonalen Liberalen

Der Politiker war sowohl in der Weimarer als auch in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg von nationaler Bedeutung

Der deutsche Politiker Wilhelm Külz kam am 18. Februar 1875 zur Welt. Er war damit fast derselbe Jahrgang wie Konrad Adenauer. Das legt einen Vergleich nahe. In der Tat gibt es Parallelen. Beide gehören zu den nicht vielen deutschen Politikern, die sowohl in der Weimarer als auch in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in der Oberliga mitspielten. Beide waren Parteivorsitzende. Adenauer brachte es immerhin bis zum Regierungschef der Bundesrepublik. Als Bundesrepublik und DDR gegründet wurden, war Külz schon tot. Dafür hatte er es in der Weimarer Zeit bis zu einem Kabinettposten geschafft.

Zu den Unterschieden gehört, dass Adenauer ein Exponent des politischen Katholizismus war und Külz des Liberalismus, und zwar sowohl der rechten wie der linken Spielart. Ein weiterer wichtiger Un-

terschied war, dass Adenauers Wiege im rheinländischen Köln und damit westlich des späteren Eisernen Vorhangs stand und Külz' im sächsischen Borna und damit östlich davon. Beide waren bürgerlicher Herkunft und studierten nach dem Abitur mit Abschluss Rechts- und Staatswissenschaften. Anschließend betätigten sie sich in der Kommunalpolitik und -verwaltung.

Anders als Adenauer nahm Külz als Soldat und Offizier am Ersten Weltkrieg teil. Die Kriegserlebnisse führten bei dem Liberalen zu einem Linksruck. Hatte er 1912 noch bei den Reichstagswahlen – erfolglos – für die rechtsliberalen Nationalliberalen kandidiert, fand er 1918 zur linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Für die saß er dann auch 1926 als Reichsinnenminister in den Kabinetten Luther und Marx.



Wilhelm Külz im Jahre 1946

In der Weimarer Republik war es üblicher als in der Bundesrepublik, dass Politiker nach der Reichs- in die Lokalpolitik zurückkehrten. 1929 ließ sich Külz in das Dresdner Stadtverordnetenkollegium wählen. Zwei Jahre später wurde er Oberbürgermeister der sächsischen Hauptstadt. Und zwei weitere Jahre später wurde er von den neuen nationalsozialistischen Machthabern dieses Amtes entthronen, unter anderem weil er sich geweigert hatte, deren Hakenkreuzflagge auf seinem Rathaus zu hissen. Külz zog sich ins Privatleben zurück und ging nach Berlin.

Dort gehörte er nach dem Ende der NS-Herrschaft und des Zweiten Weltkriegs zu den Gründern der Liberal-DEMokratischen Partei Deutschlands (LDP), deren Vorsitzender er noch 1945 wurde. Als Führer der ostzonalen Liberalen wur-

de er 1947 mit dem starken Mann der westzonalen Liberalen, Theodor Heuss, Vorsitzender der als gesamtdeutsches Dach gegründeten Demokratischen Partei Deutschlands (DPD).

Zur Spaltung zwischen Ost und West im organisierten Liberalismus kam es, als Külz am ostzonalen „Deutschen Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden“ teilnahm und dieses von den Westliberalen um Heuss scharf kritisiert wurde. Die Frage, wie weit Külz in seiner linksliberalen Konzilianz gegenüber Sozialisten und Sowjets zu gehen bereit war und ob er die weitere Entwicklung der LDP zu einer Blockpartei mitgetragen hätte, muss unbeantwortet bleiben. Vor der Stunde der Wahrheit starb Wilhelm Külz am 10. April 1948 in Berlin.

Manuel Ruoff

Es war ein steiniger Weg: Margarete von Wrangell wurde vor hundert Jahren als erste Frau auf eine ordentliche Professur in Deutschland berufen. Die Agrikulturchemikerin musste sich über viele Hindernisse hinwegsetzen. Als Professorin für Pflanzenernährung lehrte und forschte sie an der Universität Hohenheim in Stuttgart.

Die deutsch-baltische Adlige kam am 7. Januar 1877 in Moskau zur Welt und wuchs in Reval (Tallinn) auf. Zunächst wurde sie Lehrerin für Naturwissenschaften, doch dies füllte sie nicht aus. Ihre Berufung fand sie durch den Besuch eines Ferienkurses in Botanik an der Universität Greifswald. Sie schrieb sich als eine der ersten Studentinnen an der Universität Tübingen ein und promovierte 1909 in Chemie.

Anschließend forschte sie unter anderem mit dem Nobelpreisträger Sir William Ramsay in London und der Nobelpreisträgerin Marie Curie in Paris. 1912 übernahm sie die Leitung der Versuchstation des Estländischen Landwirtschaftlichen Vereins in Reval.

Während der russischen Oktoberrevolution floh sie 1918 an die Landwirtschaftliche Hochschule Hohenheim, an der sie 1920 habilitiert wurde. Es war die erste Hohenheimer Habilitation überhaupt. In ihrer Forschung beschäftigte sie sich intensiv mit dem Einsatz von Mineraldüngern und erwarb sehr schnell ein beachtliches wissenschaftliches Renommee. Dabei galt ihr Hauptaugenmerk dem Phosphat, ein bereits damals knapper Rohstoff.

1921 erhielt die Reichsregierung 75 Millionen Mark von der Düngemittel-Industrie zur Errichtung eines Instituts für Pflanzenernährung. Dieser Fonds war an die Baltendeutsche gebunden. Gegen den Widerstand mancher Hohenheimer Professoren wurde sie 1923 nicht nur Institutsleiterin, sondern entsprechend ihrer Forderung auch zur ersten ordentlichen Professorin Deutschlands berufen. Ihr Institut leitete sie bis zu ihrem frühen Tod am 31. März 1932. Noch heute bildet es, mittlerweile aufgegangen im Institut für Kulturpflanzenwissenschaften, eine wichtige Säule der agrarwissenschaftlichen Forschung an der Universität Hohenheim.

Vorletzten Montag würdigten die Universität Hohenheim, die Landeskonzferenz der Gleichstellungsbeauftragten an den wissenschaftlichen Hochschulen Baden-Württembergs (LaKoG), der Verband Baden-Württembergischer Wissenschaftlerinnen (VBWW) sowie das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst (MWK) die Forscherin mit einem Festakt an der Universität Hohenheim.

Geschichtswissenschaftliche Sicht

Die Pionierleistung der Baltendeutschen sei beachtlich, erklärte die Professorin für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Heidelberg, Katja Patzel-Mattem, in ihrem Vortrag „Margarete von Wrangells Weg auf die Professur – eine Karriere in ihrer Zeit“. „Sie war in erster Linie Wissenschaftlerin und nicht Frauenrechtlerin. Doch der Wert von Netzwerken, auch Frauennetzwerken, in denen sie sich engagierte, war ihr sehr bewusst. Sie waren eine Ressource für sie als erste ordentliche Professorin Deutschlands. Als erste Frau in dieser Position hatte sie gegen massiven Widerstand zu kämpfen.“

„Von Wrangells Forschung, unter anderem mit Nobelpreisträgerin Marie Curie, erregte großes Aufsehen, sodass sie 1920 an der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim habilitiert wurde“, berichtete die Expertin. „Doch ihre Forschungsleistung war nicht der alleinige Grund für ihre spätere Berufung: Die Düngemittel-Industrie stellte der Reichsregierung 75 Millionen Mark zur Errichtung eines Instituts für Pflanzenernährung zur Verfügung – gebunden an die Person von Wrangells.“

Als sie verlangte, auch einen ordentlichen Lehrstuhl übertragen zu bekommen, regte sich Widerstand im Hohenheimer Lehrerkonvent. Ihre späteren Kollegen



Im Jahr 1905: Margarete von Wrangell

Foto: Mauritius

MARGARETE VON WRANGELL

Deutschlands erste ordentliche Professorin

Festakt an der Universität Hohenheim aus Anlass der Berufung der Baltendeutschen vor hundert Jahren

bezweifelten bei einer Senatssitzung, „ob eine Frau in der Lage sei, ein Institut mit größerem männlichen Personal zu leiten“. Anfeindungen gab es auch auf fachlicher Ebene: Kurz vor ihrer Ernennung wurden Plagiats-Vorwürfe laut, die jedoch im Sande verliefen.

Die Baltendeutsche machte daraufhin ihren Einfluss in Berlin geltend und übergab damit den Hohenheimer Lehrerkonvent. „Das württembergische Ministerium reagierte: Hohenheim erfuhr zuerst aus der Presse von einem Erlass, nach dem von Wrangell mit Wirkung vom 1. Januar 1923 zur ordentlichen Professorin ernannt worden sei.“ Sie war für lange Zeit die einzige in Hohenheim – erst 1974 gab es mit Leonore Blosser-Reisen wieder eine ordentliche Professorin an dieser Universität.

Agrarwissenschaftliche Würdigung

„Margarete von Wrangells Herz schlug ganz und gar für die Wissenschaft – und

ihre Erkenntnisse waren richtungsweisend“, betonte Torsten Müller in seinem Vortrag „Margarete von Wrangells Forschung – immer noch aktuell?!“. Der 1961 in Kassel geborene Agrarwissenschaftler leitet das Fachgebiet Düngung und Bodenstoffhaushalt an der Universität Hohenheim und steht damit zusammen mit Uwe Ludewig vom Fachgebiet Ernährungsphysiologie der Kulturpflanzen in der Nachfolge der Pionierin.

Die Baltendeutsche beschäftigte sich vornehmlich mit Phosphor – neben Stickstoff eines der wichtigsten Elemente für Düngemittel. „Sie erkannte, dass schwer lösliche Phosphate im Boden in pflanzenverfügbare Formen umgewandelt werden können“, erklärte der Vorsitzende des Prüfungs- und Zulassungsausschusses des europäischen Master-Studiengangs Organic Agriculture and Food Systems. „Aufgrund dieser Erkenntnis konnte die Phosphatdüngung

in Deutschland reduziert und optimiert werden. Das machte die deutsche Landwirtschaft damals unabhängig von importierten Rohphosphaten.“

Denn Phosphat sei ein endlicher Rohstoff. Noch heute komme die landwirtschaftliche Produktion weltweit nicht ohne zusätzliches Phosphat aus, das in natürlichen Lagerstätten abgebaut werden müsse. „Gelingt es nicht, diese Ressource nachhaltiger zu nutzen, steuert die Menschheit auf eine ernste Krise zu. Phosphor ist als Nährstoff für Pflanzen, Tiere und Menschen unersetzlich.“

Die Universität Hohenheim arbeite daher noch heute in zahlreichen Projekten daran, Phosphat ressourcenschonend einzusetzen und aus nachhaltigen Quellen zu gewinnen – aus Bioabfällen, häuslichem Abwasser oder Gärresten aus der Biogasanlage. „Unser Ziel ist eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft im Sinn der Bioökonomie“, schloss Müller. E.B.

KRISENJAHR 1875

„Ist Krieg in Sicht?“

Spätestens seit dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 waren die deutsch-französischen Beziehungen schlecht. Vor anderthalb Jahrhunderten wurden sie noch schlechter. Gerüchte machten die Runde, Frankreich kaufe in großem Umfang militärisch wichtige Pferde in Deutschland auf. Die deutsche Seite reagierte darauf am 4. März 1875 mit einem Verbot des Pferdeverkaufs an Frankreich. Acht Tage später hat Paris ein Kadergesetz zur Heeresvermehrung beschlossen. Es roch nach Kriegsvorbereitung. In diese Lage platzte am 8. April 1875 der Zeitungsartikel „Ist Krieg in Sicht?“, in dem Frankreich mit einem Präventivkrieg für den Fall einer weiteren Aufrüstung gedroht wurde.

Weder die Zeitung, „Die Post“, noch der Autor, Constantin Rößler, waren Unbekannte. Die „Post“ galt als Organ der Bismarck-freundlichen, linkskonservativen Deutschen Reichspartei. Und Rößler zählte zu Bismarcks sogenannten Pressbanditen. Da lag es nahe, hinter dem Artikel die Regierung in Berlin zu vermuten. Neuerdings wird – von Johannes Janorschke – die Ansicht vertreten, der Vortragende Rat und Pressechef des Auswärtigen Amts Ludwig Aegidi habe hinter dem Artikel gesteckt. Bis dahin wurde Otto von Bismarck selbst als Urheber vermutet. Eine endgültige Klärung steht noch aus.

Wichtiger als die Frage, wer konkret hinter der Veröffentlichung stand, ist die Tatsache, dass Bismarcks Zeitgenossen im In- wie Ausland davon ausgingen, er stecke dahinter, und wie das Ausland auf das vermeintliche deutsche Säbelrasseln reagierte. Die mächtigen Flügelmächte boten Deutschland weder ihre Unterstützung oder zumindest wohlwollende Neutralität in einem erneuten deutsch-französischen Waffengang an noch übten sie erkennbaren Einfluss auf Paris aus, auf weitere Provokationen Richtung Berlin zu verzichten. Stattdessen gaben Großbritannien wie Russland Bismarck unmissverständlich zu verstehen, dass sie eine weitere Machtverschiebung von Paris Richtung Berlin als Folge eines erneuten von Deutschland gewonnenen Krieges gegen Frankreich nicht akzeptieren würden.

Sofern er es nicht schon vorher gewusst hatte, musste der Reichskanzler spätestens nun zur Kenntnis nehmen, dass er und das von ihm geschaffene Reich sich auf ganz dünnem Eis bewegten und es keine vernünftige Alternative dazu gab, sich „saturiert“ zu geben und das auch zu bekunden. Das Reich konnte bei einem Krieg viel verlieren, aber nichts gewinnen.

Einst hatte Preußen als jüngste und kleinste der fünf europäischen Großmächte das Wohlwollen der europäischen Gleichgewichtspolitiker genossen. Nun wurde Preußen-Deutschland als die größte der Großmächte von den Gleichgewichtspolitikern mit Argusaugen beobachtet.

Entsprechend vorsichtig und zurückhaltend versuchte Bismarck fürderhin, auf internationalem Parkett zu agieren. Es war ein Drahtseilakt: Einerseits galt es zu verhindern, dass andere europäische Großmächte sich gegen Deutschland verbündeten. Zum anderen sollten sich diese Mächte untereinander auch nicht derart verfeinden, dass sie in einen Krieg gegen einander gerieten. Denn in einen solchen wäre Deutschland als Macht in der Mitte mit hoher Wahrscheinlichkeit hineingezogen worden. Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 17. Oktober 2009 berief der damalige Präsident der Malediven, Mohamed Nasheed, eine Kabinettsitzung ein, welche sechs Meter unter der Wasseroberfläche unweit des Eilands Girifushi stattfand. Mit dem medienwirksamen Spektakel wollte Nasheed darauf hinweisen, dass seinem Land die Überflutung drohe, wenn sich der Anstieg des Meeresspiegels durch den Klimawandel fortsetze.

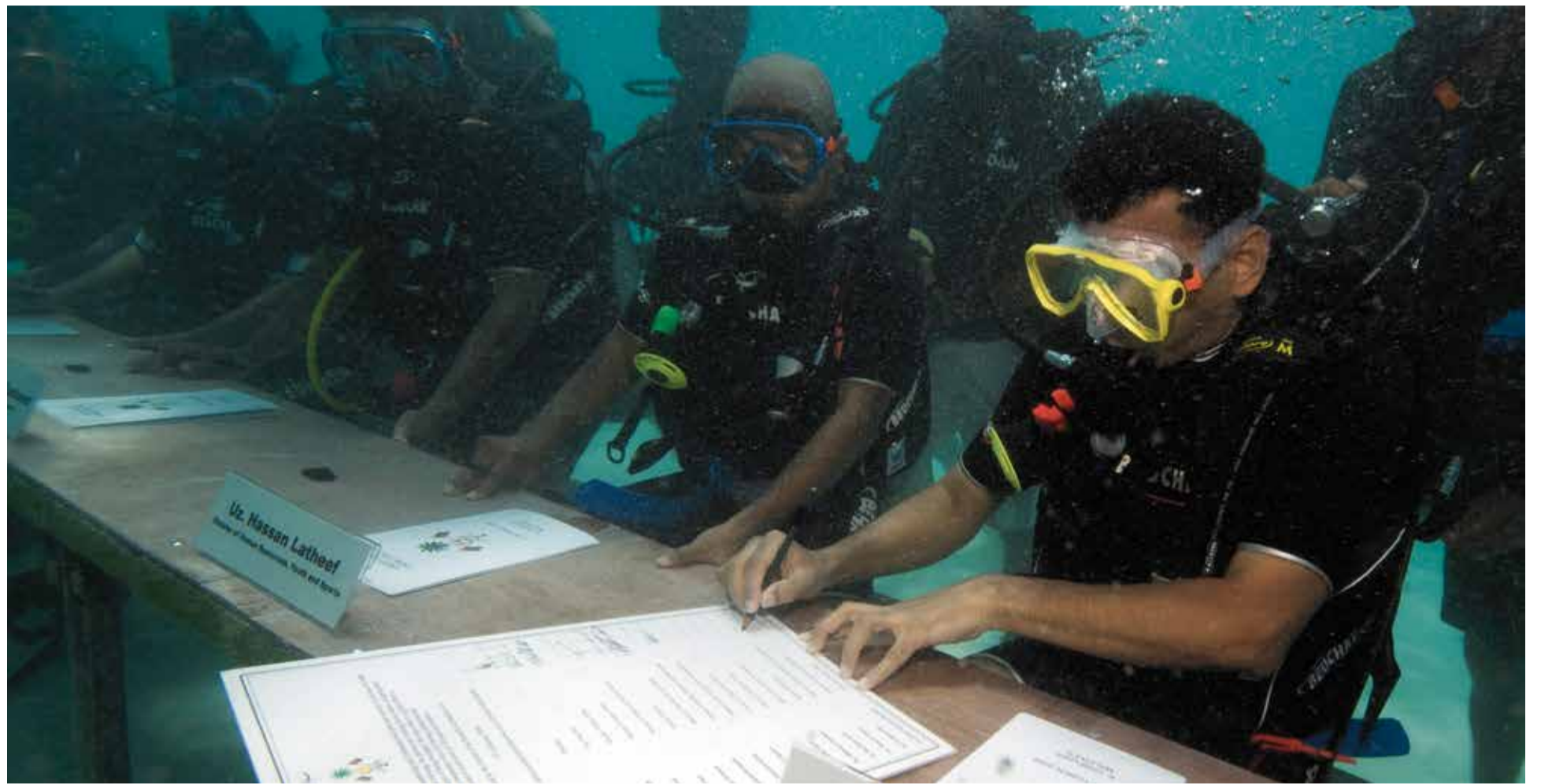
Ähnliche Befürchtungen äußerten in der Folgezeit auch Politiker aus weiteren Inselstaaten im Pazifischen und im Indischen Ozean wie Kiribati, Tuvalu und der Föderation von Mikronesien. Dabei bezogen sie sich nicht zuletzt auf zwei Warnungen der Vereinten Nationen aus den Jahren 1989 und 2005, in denen vom baldigen Untergang der tropischen Paradiese auf den flachen Koralleninseln die Rede war.

Allerdings musste der Weltklimarat IPCC seine Prognosen hinsichtlich des Anstiegs des Meeresspiegels in der Folgezeit permanent revidieren: Nachdem er 1990 noch von 100 Zentimetern bis zum Jahre 2100 ausging, blieben davon ab 2007 lediglich 38 Zentimeter übrig. Doch selbst das könnte maßlos übertrieben sein. Wie eine Langzeitstudie des australischen Ozeanographen Simon Holgate ergab, hob sich das Niveau des Meeresspiegels zwischen 1904 und 1953 lediglich um zehn Zentimeter und zwischen 1954 und 2003 dann sogar nur noch um 7,25 Zentimeter.

„Keine Anzeichen“

Aber damit nicht genug: Die Koralleninseln sind durch den Anstieg auch kaum geschrumpft, sondern stattdessen in aller Regel sogar gewachsen. Das geht aus einer ganzen Reihe von Untersuchungen hervor, die zwischen 2010 und Januar 2023 veröffentlicht wurden. Zuletzt berichtete eine Forschergruppe um den Geologen Paul Kench von der National University of Singapore im Wissenschaftsmagazin „Nature Communications“, dass „die jüngsten Veränderungen der Küstenlinie (± 40 Meter in 50 Jahren)“ der Malediven-Insel Kandahalagalaa „von den Veränderungen der Küstenlinie (± 200 Meter in 100 Jahren), die in den 15 Jahrhunderten zuvor stattfanden, in den Schatten gestellt“ würden.

Dies passt zu den Befunden des Teams um Gennadii Donchyts von der niederländischen Delft University of Technology vom August 2016 in „Nature Climate Change“: „In den vergangenen Jahrzehnten gab es auf den Atollinseln keine Anzeichen für eine physische Destabilisierung angesichts des Meeresspiegelanstiegs. 88,6 Prozent der Inseln waren entweder stabil oder nahmen an Fläche zu, während nur 11,4 Prozent schrumpften. Bemerkenswert ist, dass keine Insel von mehr als zehn Hektar Ausdehnung an



Spektakuläre Inszenierung: 2009 tagte das Kabinett der Malediven demonstrativ unter Wasser

Foto: pa

KLIMAPOLITIK

Die Mär vom Untergang der Südsee-Inseln

Wegen der Erderwärmung schrumpfen die tropischen Paradiese, heißt es. In Wahrheit jedoch wachsen die meisten von ihnen sogar, wie umfangreiche Langzeituntersuchungen ergeben haben

Größe verlor. Diese Ergebnisse zeigen, dass die Flächenstabilität von Atollen und Inseln ein globaler Trend ist, unabhängig von der Geschwindigkeit des Meeresspiegelanstiegs.“

Und dies wiederum korrespondiert mit weiteren Beobachtungen des gebürtigen Neuseeländers Kench und seines Kollegen Arthur Webb von der Pacific Islands Applied Geoscience Commission mit Sitz in Suva, der Hauptstadt der Republik Fidschi, über welche die beiden im Juni 2010 im Fachjournal „Global and Planetary Change“ informierten: Eine Auswertung der Luftaufnahmen von 27 kaum über den Meeresspiegel aufragenden Inseln im Pazifik habe ergeben, dass seit 1951 nur vier dieser Atolle an Größe verloren hätten. Die Grundfläche der übrigen sei hingegen konstant geblieben oder gewachsen.

Im Inselstaat Tuvalu betreffe das beispielsweise sieben von neun Eilanden. Dabei sorgten selbst schwere Naturkatastrophen wie der Weihnachts-Tsunami

von 2004 oder der Hurrikan Bebe im Oktober 1972 für keine Verkleinerung der Inseln. Im Gegenteil: Auf den Malediven bewirkte der Tsunami einen Höhenzuwachs von bis zu 30 Zentimetern, während der Wirbelsturm die Hauptinsel von Tuvalu namens Fongafale um zehn Prozent vergrößerte.

„Nur für das Thema benutzt“

Im Normalfall resultierte das Inselwachstum laut Kench und Webb aber aus der kontinuierlichen Anspülung von zermahlenden Korallenbruchstücken aus den umliegenden Riffen, wo die Korallen als lebende Organismen ständig neues Material produzieren. Die Riffe liefern also permanent Nachschub an Sand, der den Anstieg des Meeresspiegels ausgleicht oder sogar überkompensiert.

Diesen bemerkenswerten Umstand versuchen die Klima-Alarmisten durch Verweise auf das vermeintliche Korallensterben in der Südsee aufgrund steigender Wassertemperaturen zu relativieren.

Doch das Letztere ist ebenso ein Mythos wie der Untergang der Inseln infolge des Klimawandels. So bewies der australische Physiker Peter Ridd 2021, dass sich der Korallenbestand im Great Barrier Reef seit 1985 deutlich vermehrt anstatt verringert hat. Und auch die mittleren Wassertemperaturen im Bereich des 2300 Kilometer langen und damit größten Riffs der Erde erfuhren seit 1871 keinerlei Veränderungen. Das fand der frühere Mitarbeiter des Landesumweltministeriums des australischen Bundesstaates Neu-Süd-Wales, Bill Johnston, 2022 beim Studium von alten Expeditionsberichten heraus.

Andererseits drohen den Malediven und einigen weiteren Inselgruppen im Indischen Ozean wie auch im Pazifik dennoch Überflutungen. Das ist freilich keine Folge des angeblich vom Menschen verursachten Klimawandels, sondern einiger kontraproduktiver Verhaltensweisen der Insulaner, welche gern mit dem Finger auf die großen Industrienationen zeigen und

diese der Vernichtung ihrer Lebensgrundlagen bezichtigen. Wie der US-Meeresbiologe Bernhard Riegl nachweisen konnte, tragen Papageienfische große Mengen von zermahlenem Korallenkalk aus den Riffen an die Strände. Diese Tiere werden aber häufig gefangen und verzehrt. Ein anderer schwerer Fehler ist die rücksichtslose Gewinnung von Baumaterial aus dem Uferbereich.

Dass sie selbst für die Erhaltung der Inseln verantwortlich sind und im Übrigen von der Klimalobby instrumentalisiert werden, haben inzwischen auch manche Bewohner der Atolle im Indischen und Pazifischen Ozean erkannt. Zu diesen zählt beispielsweise die Umweltschützerin Elisala Pita aus Tuvalu: Ihre Heimat werde „nur benutzt für das Thema Klimawandel“. Dabei sei die Erosion der Küste auf Funafuti, welche man gerne in Dokumentationen der europäischen Fernsehsender zeige, ganz klar die Folge der exzessiven privaten Bauvorhaben eines einheimischen Ministers.

FREMDENERKEHR

Urlaub machen in einem Land im Krieg

Trotz des größten Waffengangs in Europa seit 1945 lockt die ukrainische Tourismusbranche mit zahlreichen Angeboten

Die Bilder erregten erhebliches Aufsehen und vielfach auch Befremden: Am 25. Juli 2022 protesteten die deutsche Innenministerin Nancy Faeser und ihr Kabinettskollege Arbeitsminister Hubertus Heil (beide SPD) sowie die deutsche Botschafterin Anka Feldhusen dem Kiewer Bürgermeister Vitali Klitschko auf dem Balkon von Feldhusens Residenz in der ukrainischen Hauptstadt sichtlich vergnügt mit Sekt zu. Zu diesem Zeitpunkt war der russisch-ukrainische Krieg bereits 151 Tage alt und viele Menschen hierzulande glaubten, die drei Deutschen hätten sich eine bizarre Extravaganz erlaubt.

Doch was Faeser und Co. damals recht war, könnte auch dem normalen Bundesbürger billig sein. Denn die Ukraine ist nach wie vor ein Urlaubsland für jedermann. Das geht aus den Angeboten mehrerer Tourismusunternehmen hervor.

Hierzu zählt Visit Ukraine Today, dessen Angebotspalette besonders beeindruckend daherkommt und nahezu alle Geschmäcker bedient. So kann man sich einen Bergführer mieten und die östlichen Karpaten erkunden – eingeschlossen die Besteigung des Howerla, mit 2061 Metern der höchste Gipfel der Ukraine. Auf die weniger Ambitionierten warten luxuriöse

Wintersporthotels, Käse- und Wein-Touren sowie ausgedehnte Bäderlandschaften zum Entspannen.

Des Weiteren vermittelt Visit Ukraine Today Familienausflüge wie beispielsweise zum Schneckenrennen im Ethnopark Ladomyria. Und auch die Kulturinteressierten kommen keineswegs zu kurz: Denen winken unter anderem die Besichtigung von fünf Schlössern und Burgen bei Kamjanez-Podilskyj für 38 Euro, diversen architektonischen Perlen rings um Lemberg für 27 Euro oder eine Tour durch 1300 Jahre Geschichte in Tschernihiw für 60 Euro. Ebenso können sich Neugierige

in den Industrieanlagen von Dnipro herumführen lassen, wo schon mehrmals russische Raketen einschlugen. Gleichermaßen auf dem Programm steht eine Tour unter dem Motto „Unbesiegbares Kiew“ für 70 Euro.

Wie Visit Ukraine Today auf seiner Internetseite informiert, ist die Einreise in das angegriffene Land aus Polen, der Slowakei, Ungarn, Rumänien und der Republik Moldau per Zug, Bus oder Pkw problemlos möglich. Bundesbürger benötigen für Aufenthalte von bis zu 90 Tagen auch kein Visum – der Reisepass genügt vollkommen. Allerdings wird der Ab-

schluss einer Versicherung für 2,20 Euro pro Tag empfohlen, die unter anderem mögliche „Kriegsrisiken“ abdeckt. Darüber hinaus sollten die Touristen eine App auf ihr Mobiltelefon laden, die meldet, wenn es Luftalarm gibt.

Laut den Angaben der Leiterin der Staatlichen Tourismusagentur der Ukraine (SATD), Mariana Oleskiw, haben die touristischen Angebote 2022 mehr als zwei Millionen Ausländer in die Ukraine gelockt. Dass in einem kriegführenden Land in Europa derart viele Menschen aus aller Welt Urlaub machen, ist in der Geschichte bislang wohl einzigartig. W.K.

ALLENSTEIN

„Geiseln eines politischen Ziels“

Reduzierung des Deutschunterrichts in Polen – Die Deutsche Minderheit wehrt sich gegen ihre Diskriminierung

VON UWE HAHNKAMP

Für die Deutsche Minderheit in der Republik Polen war es eine Woche der deutlichen Signale: In Opatów und Ratibor sowie Ende März auch in Allenstein hatte sie Pressekonferenzen anberaumt, um gegen die Kürzung der Wochenstundenzahl im Unterricht von Deutsch als Minderheitensprache zu protestieren. Änderungen von Seiten der Regierung und des Ministers für Erziehung und Wissenschaft sind derzeit nicht in Sicht.

Es begann mit einer Diskussion zum polnischen Staatshaushalt im Herbst 2021. Auf der Suche nach möglichen Kürzungen kam der als vehement antideutsch bekannte Opatówer Abgeordnete Janusz Kowalski auf die Idee, im Bildungsetat zu streichen und Gelder in Höhe von umgerechnet 8,5 Millionen Euro ausschließlich aus Mitteln für den Unterricht in Deutsch als Sprache der nationalen Minderheit für das Schuljahr 2022/23 zu streichen.

Anfang 2022 wurde der Vorschlag dank der Förderung durch den Opatówer Minister für Erziehung und Wissenschaft, Przemysław Czarnek, binnen kürzester Zeit zu einer Verordnung, obwohl sie die Kinder diskriminiert, die Deutsch als Minderheitensprache lernen. Für sie gibt es statt drei nur noch eine Wochenstunde, für den Unterricht aller anderen Sprachen von nationalen und ethnischen Minderheiten jedoch weiterhin drei Stunden.

Trotz aller Proteste nicht nur von Seiten der Deutschen Minderheit in Polen, sondern auch von anderen nationalen Minderheiten, die sich solidarisierten, sowie von Lehrern, Schülern und Eltern wurde diese Verordnung durchgezogen. Auf eine Petition mit immerhin 15.000 Unterschriften polnischer Staatsbürger vom März 2022 ist bis heute keine Reaktion erfolgt. Jegliche Kontakt- und Gesprächsversuche der Deutschen Minderheit wurden vom Minister abgeblockt. Schon im Januar 2022 hatte auch bei der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM) eine Pressekonferenz



Protestierten gegen die Kürzung des Deutschunterrichts: Piotr Dukat, Lech Kryszalowicz und Wiktor Marek Leyk (v.l.)

stattgefunden, die aber so gut wie ohne Echo in der lokalen und regionalen Presse blieb.

Bislang keine Besserung

Zumindest in diesem Punkt war am 23. März eine positive Änderung zu sehen. Zwei Kameras standen im Saal der AGDM, in der die Pressekonferenz stattfand. Auch Journalistinnen lokaler Radiosender und Zeitungen waren gekommen. In der Sache des Unterrichts gab es aber keine Besserung.

Zwar hatte sich Minister Czarnek am 22. Januar in seinem Wahlbezirk Opatów mit führenden Vertretern der Deutschen Minderheit getroffen und unter Bedingungen ein Ende der Diskriminierung angekündigt, passiert ist jedoch seither nichts. „Das sollte uns den Wind aus den Segeln nehmen – nach dem Motto, es ist doch schon etwas in Bewegung. Aber so lange die Verordnung nicht zurückgenommen wird, ist das nur warme Luft“,

sagte in Opatów der Abgeordnete der Deutschen Minderheit im Sejm, Ryszard Galla, deutlich.

Es sind viele Fragen, die in Allenstein am 23. März gestellt wurden. „Was ist mit den 50.000 Kindern, polnischen Bürgern, die im polnischen Bildungssystem wegen ihrer Nationalität diskriminiert werden?“ – hakte der Redakteur der Monatsschrift der Deutschen Minderheit in Ermland und Masurien, Lech Kryszalowicz, der sich sehr gut mit der Lage der Schulen in der Woiwodschaft auskennt, nach, und er konkretisierte: „Wie soll ich einem Kind in einer Grundschule in Schlobitten erklären, dass es nur eine Stunde Deutsch hat und sein ukrainischer Freund drei Stunden Ukrainisch?“ Der Vorsitzende der AGDM, Piotr Dukat, schlug in dieselbe Kerbe: „Wir können nicht schweigen, wenn unseren Kindern ein Leid geschieht, das ihnen von der eigenen Regierung zugefügt wird. Wir appellieren an Sie, dieses Vorgehen aufzugeben.“

Die Folgen reichen aber noch weiter, als es auf den ersten Blick scheint, wie eine weitere Frage zeigte: „Was ist mit den Hunderten Lehrern und Germanisten, die von jetzt auf gleich ihre Arbeit verloren haben?“ Sebastian Jabłoński, selbst Deutschlehrer und Vorsitzender der Sensburger Gesellschaft der Deutschen Minderheit, kennt dieses Problem bei seinen Kollegen: „Zum Teil müssen sie an zwei Schulen arbeiten oder fachfremde Stunden übernehmen. Wichtig ist aber auch, dass gerade die Inhalte, die den Unterschied zu Deutsch als Fremdsprache ausmachen, etwa regionale Geschichte und Bräuche, in der jetzt zur Verfügung stehenden Zeit nicht vermittelt werden können.“ Auf Nachfrage einer Journalistin der lokalen „Gazeta Wyborcza“ ergänzte Kryszalowicz: „Ich konnte einige Schulen mit Deutsch als Minderheitensprache in der Region erreichen. An einer ist eine Lehrerin in Ruhestand gegangen, eine andere arbeitet auch in

der Bibliothek der Schule. Das ist keine Lösung.“

Zerstörung des Bildungssystems

Unterstützung erhielt die regionale Deutsche Minderheit von Wiktor Marek Leyk, dem Bevollmächtigten des Marschalls von Ermland-Masuren für Minderheitenfragen. Er hatte die Schulen im Blick: „Grundsätzlich werden durch die Reduzierung der Stunden jungen Menschen Chancen genommen. Besonders hier auf dem Lande sind einige Grundschulen für den Überleben auf die Subventionen für den Deutschunterricht angewiesen. Wenn diese wegfallen, sind die Bildung auf dem Land und weitere Lehrerstellen gefährdet.“ Verstörend fand er auch den Mechanismus der Entstehung der Verordnung. „Es reichte die Laune eines Abgeordneten, und eine Woche später war es Gesetz. Wenn man so die gesellschaftlichen Beziehungen in Polen regeln kann, trifft es bald jede andere Sprache, oder jede Gruppe, die wir nicht leiden können“, kritisierte er.

Außerdem breche die polnische Regierung mit der Diskriminierung eigener Staatsbürger deutscher Nationalität die polnische Verfassung und darüber hinaus internationale Vereinbarungen zum Schutz von Minderheitensprachen, die sie unterschrieben hat, so Leyk. Jarosław Słoma, der Vorsitzende der Kommission für Minderheitenfragen beim Sejmik von Ermland-Masuren, fügte hinzu: „Die Kinder, Eltern und Lehrer werden zu Geiseln eines politischen Spiels mit dem Ziel, die Unterstützung nationalistischer und xenophober Kreise zu bekommen und Polen gegen seinen westlichen Nachbarn aufzubringen.“ Denn auch die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Polen werden in dieser Frage instrumentalisiert.

Ein Ende des perfiden Spiels des Abgeordneten Kowalski, von Minister Czarnek und der polnischen Regierung ist im Moment noch nicht abzusehen. Mit ihren Pressekonferenzen hat aber die Deutsche Minderheit in Polen ein deutliches Signal gesetzt.

KÖNIGSBERG

Erneuter Wintereinbruch im März

Starke Schneefälle verwandelten Straßen in Rutschbahnen – Straßendienste waren nicht vorbereitet

Starke Schneefälle und Temperaturen unter dem Gefrierpunkt sind Mitte März selten. In diesem Jahr hatte das Wetter die Bewohner des nördlichen Ostpreußen jedoch schon im zeitigen Frühjahr wieder mit Winterwetter überrascht, sodass die kommunalen Dienste der Stadt mit der Situation überfordert waren. Sie hatten schlicht nicht damit gerechnet, dass eine ganze Märzwoche eine Mischung aus Graupel und gefrierendem Regen bringen könnte.

Die Leiterin der Königsberger Verwaltung, Jelena Djatlowa, hat sich über die sozialen Medien bei den Bürgern der Stadt für die Unannehmlichkeiten entschuldigt, die der Schneefall für sie mit sich gebracht hat. Ihr zufolge arbeiteten die Mitarbeiter der kommunalen Dienste weiterhin „im Wintermodus“.

Das städtische Unternehmen „Tschis-tota“ (Sauberkeit) arbeitete rund um die

Uhr. 520 Menschen waren gekommen, um die Gehwege und öffentlichen Flächen zu säubern. In erster Linie räumten

sie den Schnee von Fußgängerüberwegen und Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel. Sechzig Fahrzeuge waren an der



Gefahr durch Glätte: Bürger säubern Gehwege selbst

Foto: J.T.

Straßenreinigung beteiligt. Der Bürgermeister gab bekannt, dass die für die Stadt zuständigen Stadtreiniger sieben Tage die Woche arbeiteten und von allen städtischen Behörden unterstützt würden, die über Personal, Schaufeln und Ausrüstung verfügten.

Die Direktionen von Parks, Schulen und Kindergärten reinigten nach Möglichkeit nicht nur ihre eigenen Flächen, sondern auch die angrenzenden Gehwege auf städtischem Grund. „Solange es schneit, ist es leider unmöglich, die Stadt schnell zu säubern“, sagte Djatlowa entschuldigend und wandte sich mit einem Appell an die Bürger: „Wir werden uns bemühen, die Straßen so schnell wie möglich wieder sauber zu bekommen, aber wenn es weiter schneit, ist das nicht einfach. Bitte seien Sie vorsichtig, wenn Sie Ihr Haus verlassen und nach draußen gehen.“

Jurij Tschernyschew

● MELDUNG

Ermländische Hütte

Alenstein – Zum 550. Geburtstag von Nikolaus Kopernikus gibt es viele Veranstaltungen im südlichen Ostpreußen. Dazu gehört unter anderem eine Ausstellung in der Grundschule Nr. 30 in der Stadt Allenstein mit dem Titel „Ermländische Hütte – Stube mit historischen Exponaten und der Volksarchitektur“. Das verglaste Objekt im ersten Stock der Schule enthält Ausstellungsstücke wie ein Bett, eine Wiege, ein Bügeleisen und eine Petroleumlampe. Schmuckstück der Ausstellung ist eine Tracht, die früher der Patronin der Schule, Maria Zientara-Malewska, gehörte. Abgesehen von einer finanziellen Unterstützung durch die Firma Michelin entstand die Ausstellung mit Eigenmitteln und in Eigenarbeit mit Hilfe der Eltern der Schüler.

U.H.

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Kleimann, Marta, geb. **Itzek**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 7. April

ZUM 100. GEBURTSTAG

Kirschbacher, Paul, aus Groß Budlacken, Kreis Wehlau, am 12. April

Krohn, Ellinor, geb. **Hinz**, aus Klein Engellau, Kreis Wehlau, am 8. April

Macheit, Gisela, geb. **Rose**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 10. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Abelmann, Hildegard, geb. **Redszus**, aus Streulage, Kreis Elchniederung, am 7. April

Borutta, Gerhard, aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, am 12. April

Lindemann, Karl Wilhelm, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 10. April

Medendorp, Christel, geb. **Mauritz**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 7. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Certa, August, aus Seubersdorf, Kreis Mohrungen, am 1. April

Dittrich, Gerda, geb. **Kuck**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 11. April

Dronsek, Herbert, aus Hennenberg, Kreis Lyck, am 8. April

Klein, Reinhold, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. April

Mitzig, Eleonore, aus Lyck, am 13. April

Schmall, Elisabeth, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 7. April

Wetzel, Hildegard, geb. **Metschulat**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 7. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Dettmann, Hans, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. April

Naujok, Bruno, aus Klein Ponnau, Kreis Wehlau, am 7. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kulessa, Marga, geb. **Reinoß**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 7. April

Rohde, Edelgard, geb. **Lendle**, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 10. April

Rüppel, Lieselotte, geb. **Wasschulewski**, aus Schuchten, Kreis Treuburg, am 13. April

Ziebell, Herta, geb. **Jenzewski**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 10. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Adermann, Eva, geb. **Ruge**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 13. April

Bernhard, Toni, geb. **Puchalski**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 9. April

Hammer, Hildegard, geb. **Pren- gel**, aus Allenstein, am 7. April

Kniest, Ruth, geb. **Joswig**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 9. April

Müller, Hannelore, aus Friedrichsfelde, Kreis Ortelsburg, am 9. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Gäth, Rosemarie, geb. **Henseleit**, aus Wehlau, am 13. April

Hoff, Erika, geb. **Brzosda**, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 7. April

Holzhausen, Käthe, geb. **Sbrzesny**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 10. April

Kulschewski, Reinhold, aus Milucken, Kreis Lyck, am 13. April

Neubert, Irmgard, geb. **Radtke**, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 8. April

Rohloff, Irmgard, geb. **Gumz**, aus Wehlau, am 9. April

Scharnweber, Gertrud, geb. **Walbeck**, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 9. April

Spieß, Georg, aus Lyck, Lycker Garten 13, am 10. April

Zoellner, Sidonie, geb. **Fink**, aus Holländerei, Kreis Wehlau, am 12. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Barske, Käthe, geb. **Sand**, aus Treuburg, am 10. April

Bogdahn, Ursula, aus Tranatenberg, Kreis Elchniederung, am 8. April

Fries, Hedwig, geb. **Solinski**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 7. April

Gassewitz, Martin, aus Lyck, Freystraße 10, am 10. April

Hesse, Hildegard, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Kowalzik, Alfred, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 13. April

Löbert, Konrad, aus Horn, Kreis Mohrungen, am 12. April

Pawelzick, Herbert, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 10. April

Pruß, Hans, aus Narthen, Kreis Neidenburg, am 13. April

Scharnowski, Werner, aus Krokau, Kreis Neidenburg, am 11. April

Schulze, Magdalena, geb. **Zachrau**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 11. April

Seinwill, Herbert, aus Narwickau, Kreis Ebenrode, am 12. April

Trilat, Liselotte, geb. **Lottermoser**, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 12. April

Ungermann, Herta, geb. **Schwiderowski**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 8. April

Wieck, Annemarie, geb. **Brenneisen**, aus Fuchshagen, Kreis Ebenrode, am 10. April

Wunderlich, Helene, geb. **Nürnberg**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 11. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Baumeister, Liesbeth, geb. **Geschwendt**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 7. April

Häfliger, Frieda, geb. **Perkampas**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 11. April

Lischke, Doris, geb. **Mattukat**, aus Fuchsberg, Kreis Fischhausen, am 8. April

Ludwig, Eva, geb. **Link**, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 13. April

Mirkens, Charlotte, geb. **Pohl**, aus Mohrungen, am 8. April

Polok, Lieselotte, geb. **Gallmeister**, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 12. April

Preuß, Eva, geb. **Schulz**, aus Bartkeng, Kreis Neidenburg, am 13. April

Reetz, Adelheid, geb. **Pentzek**, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 11. April

Reiß, Frieda, geb. **Rogowski**, aus Finsterwalde, Kreis Lyck, am 8. April

Vogelgesang, Arno, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 10. April

Wagner, Lydia, geb. **Goy**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 11. April

Wetzelt, Hildegard, geb. **Nitzkowski**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 12. April

Beer, Hermann, geb. **Wagner**, aus Kaiser-Wilhelm-Straße 111, am 13. April

Bischoff, Günter, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 13. April

Brodoch, Else, geb. **Wilamowski**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 9. April

Danowski, Kurt, aus Langheide, Kreis Lyck, am 8. April

Dost, Paul, aus Jäskendorf, Kreis Mohrungen, am 10. April

Flügel, Waltraut, geb. **Wischnetzki**, aus Metgethen, Kreis Fischhausen, am 9. April

Gesewsky, Manfred, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 7. April

Gröbert, Brigitte, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 12. April

Grönke, Egon, aus Reichau, Kreis Mohrungen, am 9. April

Jennert, Dora, geb. **Thiel**, aus Altdümpelkrug, Kreis Elchniederung, am 11. April

Jeroch, Siegfried, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 12. April

Jurr, Gertrud, geb. **Barth**, aus Klinglacken, Kreis Wehlau, am 13. April

Krüger, Ursula, geb. **Masuch**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 13. April

Pinger, Josef, aus Wehlau, am 8. April

Rehbein, Waltraut, geb. **Schedwill**, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 12. April

Rück, Ursula, geb. **Werner**, aus Wiese, Kreis Mohrungen, am 2. April

Zander, Gertraud, geb. **Gruszla**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 12. April

Ziemens, Hertha, geb. **Korallus**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 11. April

Baier, Traute, geb. **Bemba**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 7. April

Brauns, Ursula, geb. **Warschat**, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 12. April

Ceranski, Günter, aus Großwalde, Kreis Neidenburg und aus

Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 9. April

Dyballa, Inge, geb. **Rupertus**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 7. April

Fromme, Doris, geb. **Potzal**, aus Seefeld, Kreis Fischhausen, am 8. April

Funk, Alfred, aus Pregelwalde, Kreis Wehlau, am 11. April

Gambal, Leonhard, aus Legenquell, Kreis Treuburg, am 9. April

Kamlade, Vera, geb. **Adomeit**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 9. April

Klimmek, Edeltraut, aus Neidenburg, am 8. April

Kühnemann, Ursula, geb. **Belusa**, aus Heinrichstal, Kreis Treuburg, am 9. April

Masuhr, Fritz, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 13. April

Oberle, Käthe, geb. **Warda**, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, am 10. April

Prägl, Emil, aus Koltene, Kreis Mohrungen, am 10. April

Rottmoser, Elfriede, geb. **Sabrowski**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 8. April

Strüwe, Gisela, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 12. April

Waimann, Ruth, geb. **Dege**, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, am 8. April

Witt, Alfred, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 12. April

Wollesen, Lilly Martha, geb. **Hardt**, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 13. April

Baumann, Erika, geb. **Stanschus**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 9. April

Bendig, Irmgard, geb. **Massalski**, aus Heideckshof, Kreis Elchniederung, am 12. April

Gothsche, Ursula, geb. **Nitschmann**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 11. April

Herrendorfer, Hans-Günther, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 7. April

Juterzenka, Renate, geb. **Martens**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 12. April

Kaltenbacher, Annemarie, geb. **Niklaß**, aus Statzen, Kreis Lyck, am 8. April

Klingbeil, Gisela, geb. **Hecht- fisch**, aus Brandenburg, Kreis Elchniederung, am 9. April

Kuchenbecker, Werner, aus Arissau, Kreis Fischhausen, am 7. April

Meis, Lieselotte, aus Lyck, am 7. April

Rekittke, Leonore, aus Sillehnen, Kreis Mohrungen, am 3. April

Schröder, Fritz, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 11. April

Seele, Wilhelm, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 8. April

Mecklenburg-Vorpommern in Neubrandenburg

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

9. bis 15. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

7. und 8. Oktober: 14. Deutsch-Polnischer Kommunalpolitischer Kongress (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein

10. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

11. und 12. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Timsries, Edeltraut, geb. **Trunschel**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 11. April

Tschüter, Lieselotte, geb. **Pilchowski**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 8. April

Weinert, Hans, geb. **Moszejewski**, aus Bittkau, Kreis Treuburg, am 10. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Baginski, Ottfried-Paul, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, am 1. April

Bresch, Gertrud, geb. **Preuß**, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 10. April

Delias, Brigitte, geb. **Lehmann**, aus Monken, Kreis Lyck, am 11. April

Licht, Horst, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 9. April

Nowak, Kurt, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 11. April

Plewa, Elli, geb. **Polgsties**, aus Aschpalten, Kreis Elchniederung, am 12. April

Quass, Egbert, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 12. April

Symanzik, Ruth, geb. **Marks**, aus Kiöwen-Gut, Kreis Treuburg, am 10. April

Wohlgemuth, Klaus-Dieter, aus Neulinkuhnen, Kreis Elchniederung, am 10. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Eichler, Reinhard, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 8. April

Klatt, Hartmut, aus Geidau, Kreis Fischhausen, am 10. April

Kniza, Piotr, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 11. April

Lukaschewski, Heinrich, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 11. April

Seidel, Edmund, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 13. April

Spauschus, Frank, aus Kuglack, Kreis Wehlau, am 8. April

Zusendungen für die Ausgabe 16/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 16/2023 (Erstverkaufstag 21. April) **bis spätestens Dienstag, den 11. April**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2023 der Landsmannschaft Ostpreußen

15. und 16. April: **Arbeitstagsung Deutsche Vereine** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Sensburg

21. bis 23. April: **Kulturseminar** in Helmstedt
26. bis 28. Mai: **Sommerolympiade** in Sensburg
24. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Wuttrienen

15. bis 17. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
7. Oktober: **Landestreffen**

Mecklenburg-Vorpommern in Neubrandenburg

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

9. bis 15. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

7. und 8. Oktober: 14. Deutsch-Polnischer Kommunalpolitischer Kongress (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein

10. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

11. und 12. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Treffen der Insterburger

Darmstadt/Dieburg – Wie geplant trafen sich die Gruppe der Insterburger und der LOW Darmstadt/Dieburg am 11. März zum ersten gemeinsamen Beisammensein in diesem Jahr im Bürgermeister-Pohl-Haus in Darmstadt-Wixhausen. Es war wieder eine gutbesuchte Veranstaltung. Der Sprecher an diesem Tag war der Vorsitzende der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Kreisgruppe Darmstadt/Dieburg, Gerhard Schröder. Das Thema war das Frühlingserwachen, und es wurden uns zahlreiche Gedichte zu Gehör gebracht. Auch der ostpreußische Dialekt kam dabei nicht zu kurz.

Wurzeln in Ostpreußen und Ahnenforschung ist für Fritz Loseries ein großes Aufgabengebiet, das er sich vor noch nicht allzu langer Zeit zu seiner Hauptlebensaufgabe gemacht hat. Sein Vortrag sorgte für ausgiebigen Gesprächsstoff bei den Teilnehmern und nahm viel Zeit in Anspruch. Loseries wurde mit Fragen überschüttet, die er auf die Schnelle aber nicht umfassend beantworten konnte. Er gab aber zu verstehen, dass jeder, der Fragen zu dem Thema habe, sich gerne persönlich an ihn wenden könne. Seine großen Verbindungen zu allen möglichen Ämtern geben ihm die Chance, entsprechende Daten zu erhalten.

Mit dem Genuss von spendiertem Kaffee und Kuchen verging die Zeit wie im Fluge, und man rüstete sich für den Nachhauseweg. Im Gedenken an den Weltfrauentag am 8. März gab Renate Buslaps jeder Frau aus dem Teilnehmerkreis einen Strauß Tulpen mit auf den Nachhauseweg.

Termin verschoben

Unser nächstes Treffen findet nicht wie geplant am 12. Mai statt, sondern erst am 20. Mai zur gewohnten Zeit. *Christian Keller*

Filmvortrag

Wetzlar – Dienstag, 18. April, 11 Uhr, Gaststätte Matchball beim Tennisplatz, Bodenfeld, 35576 Wetzlar, Telefon (06441) 45439; „Thomas Mann – Mein Sommerhaus“, Film-Vortrag von Herrn Kuno Kutz. Weitere Informationen beim Referenten, Heinzewies 6, 35625 Hüttenberg, Telefon (06441) 770559, E-Mail: kuno.kutz@t-online.de, Fax (06441) 770558.

Nikolaus Kopernikus

Wiesbaden – Sonnabend, 15. April, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Monatstreffen, Nikolaus Kopernikus: ein Astronom, der die Welt veränderte. Vortrag mit Bildern von Dieter Schetat. Vor 550 Jahren wurde Nikolaus Kopernikus in Thorn an der Weichsel geboren. Berühmt wurde er als Begründer des heliozentrischen Weltbildes. Abweichend von der bisherigen Meinung bewies er, dass nicht die Erde unbeweglicher Mittelpunkt des Weltalls ist, sondern die Sonne, um die alle anderen Himmelskörper kreisen ... auch die Erde.

PAZ wirkt!

Mittagessen

Wiesbaden – Donnerstag, 20. April, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46, zu erreichen mit der ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße: Gemeinsames Mittagessen à la carte. Wegen der Platzdisposition bitte anmelden bis spätestens 14. April bei Helga Kukwa unter Telefon (0611) 373521 oder Ilse Klausen, Telefon (06122) 14808.



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhnke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Frühlingsfest

Wesel – Sonnabend, 22. April, 14.30 Uhr, Gemeindesaal, Gnadenkirche, Wackenbrucher Straße 80, 46485 Wesel: Frühlingsfest mit Kaffee und Kuchen. Bitte bis Sonnabend, 15. April anmelden bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403.



Allenstein-Land

Kreisvertreter: Andreas Galenski, Sauerbruchstraße 2, 42549 Velbert, Tel. (02051) 87729, **Kreisvertreter-Allenstein@t-online.de**, **www.allenstein-landkreis.de**
Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen. Tel. (05401) 9770

Ergebnis zur Kreistagswahl

Hagen a.T.W. – Der Wahlleiter gibt das Ergebnis der Wahl zum 10. Kreistag der KG Allenstein bekannt: Der Wahlausschuss hat die Wahlauszählung am 25. Februar vorgenommen.

Nach der Befragung der Gewählten, ob sie ihr Amt annehmen, setzt sich der zukünftige Kreistag wie folgt zusammen. Hier in Reihenfolge nach den erlangten Stimmen. Die drei Letztgenannten rücken auf, sobald sich in der 15-köpfigen Kreisversammlung Änderungen ergeben: Andreas Galenski, Artur Korczak, Andreas Grunwald,

Johann Certa, Jan August Hacia, Waldemar Lehnardt, Beate Frenschkowski, Bernhard Grodowski, Michael Oppermann, Sabine Kerk, Reinhold Beuth, Siegfried Keuchel, Günter Wagner, Josef Schilakowski, Oswald Maßner und Hubert Schulz, Günter Makolla, Edmund Mathia.

Die Sitzung der neuen Kreisversammlung ist für den 29. April in Hagen am Teutoburger Wald geplant.

Andreas Grunwald, Wahlleiter



Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. **Stellv. Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Regionaltreffen Nord in neuen Räumen

Lübeck – Sonntag, 23. April, 11 Uhr (Einlass), 11.30 Uhr (Beginn), Zur Blockhütte, Koggenweg 1, 23558 Lübeck: Regionaltreffen Nord.

Die Veranstaltung findet in neuen Räumen statt. Es ist keine Anmeldung erforderlich. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Heidi Mader unter Telefon (0421) 67329026 oder per E-Mail: heidimader@gmx.de.

12. Lycker Treffen

Bremen – Donnerstag, 16. November, 13 Uhr, Beginn um 14 Uhr, Best Western Hotel zur Post: Lycker Treffen in Bremen unter neuer Leitung.

Wilhelm Norra hat die Organisation an Heidi Mader abgegeben. Nähere Auskünfte bei Heidi Mader: E-Mail: heidi-mader@gmx.de oder unter Telefon (0421) 67329026. Eine verbindliche Anmeldung ist erforderlich.

Publikation über das östliche Samland

Der 1867 in Fischhausen geborene Oskar Schlicht veröffentlichte 1922 in seiner Kunstanstalt für Farbenreproduktionen in Dresden die zwei Bände „Das westliche Samland – Ein Heimatbuch des Kreises Fischhausen“ und 1927 „Die Kurische Nehrung in Wort und Bild“ bei Gräfe und Unzer in Königsberg. Ein Buch über das östliche Samland, zu dem auch die Bereiche Labiau und Tapiau an der Deime gehören, wurde vermutlich bisher nicht veröffentlicht, auch wenn sich Karl Emil Neugebauer in „Kunde des Samlandes“ (Königsberg 1844) mit diesem Landschaftsbereich beschäftigt hat.

Aus diesem Grund hat der Autor des Buches „Das Tannenbergs-Denkmal – Die kleine Geschichte eines großen Monuments“, Jürgen Ehmann, verfügbare Informationen zu einem Aufsatz gesammelt, der wegen des umfassenden Materials keine Vollständigkeit beansprucht und zum weiteren Studium der samländischen Geschichte anregen möchte. Der Aufsatz mit zahlreichen Bildern und Karten



umfasst neben einer kurzen geographischen Beschreibung der Region die Zeitspanne von der Frühzeit bis zum Orkan 1818.

Wegen der hohen Druckkosten ist der Aufsatz, 63 Seiten, zurzeit nur als PDF-Datei erhältlich. Der Erlös von 7,- Euro je Datei geht an die Kreisgemeinschaften Königsberg-Land, Labiau und Fischhausen. Die Datei kann unter der E-Mail-Adresse: Ordensland@web.de per Vorkasse bestellt werden. *J. E.*



Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Winddeck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de
Geschäftsstelle: Hans-Joachim Scheer, Wrister Str. 1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192) 4374, E-Mail: hans-joachim.scheer@t-online.de

Mitgliederversammlung 2023

Lüneburg – Freitag, 19. Mai, 14 Uhr, Hotel Bergström, Bei der Mühle,

21335 Lüneburg, Telefon (04131) 3080: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit mit folgender Tagesordnung:

TOP 1: Eröffnung der Mitgliederversammlung und Begrüßung durch den Kreisvertreter, TOP 2: Wahl des Protokollführers, TOP 3: Totenehrung, TOP 4: Wahl des Versammlungsleiters, TOP 5: Vorstellung der Tagesordnung durch den Versammlungsleiter, TOP 6: Bericht des Kreisvertreters, TOP 7: Bericht des Schatzmeisters, TOP 8:

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
 - Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.



Prämie 2: Renaissanceglobus

Prämie 2: Renaissanceglobus
 Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Bericht des Dateiverwalters, TOP 9: Bericht des Geschäftsführers und Verantwortlichen für die Internetseite, TOP 10: Abstimmung über drei Satzungsänderungen: 1. Paragraph 9,9 (alt): „Der Kreistag ist beschlussfähig, wenn mindestens 13 Mitglieder anwesend sind.“ (neu): „Der Kreistag beschließt mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt.“ 2. Paragraph 9,13 Spiegelstrich (alt): „Der Kreistag beschließt über alle Angelegenheiten des Vereins, insbesondere über die Entlastung des Kreisausschusses.“ (neu): „Der Kreistag beschließt über alle Angelegenheiten des Vereins, insbesondere über die Entlastung des Vorstands.“ 3. Paragraph 10,8 (alt): „Der Kreisausschuss ist berechtigt, bei Bedarf Kirchspielvertreter kommissarisch einzusetzen.“ (neu): „Der Kreisausschuss ist berechtigt, bei Bedarf Vereins-

mitglieder kommissarisch mit Ämtern zu betrauen.“, TOP 11: Vorstellung des Wahlablaufs durch den Versammlungsleiter, TOP 12: Wahl des neuen Kreistages für die Wahlperiode 2023 bis 2027, TOP 13: Bekanntgabe des Wahlergebnisses.

Der Kreistag besteht aus 21 Mitgliedern, aus den Kirchspielvertretern und den sogenannten weiteren Vertretern. Zur Wahl stehen Vertreter für die meisten der folgenden Kirchspiele: Altenkirch, Argenbrück, Breitenstein, Groß Lenkenau, Hohensalzburg, Königskirch, Rautenberg, Sandkirchen, Schillen, Trappen, Ragnit-Land/Tilsit-Land, Neuhof-Ragnit/Stadt Ragnit.

Als sogenannte weitere Vertreter sollen gewählt werden: der Kreisvertreter, der Geschäftsführer, der Schatzmeister, der Protokollführer, der Beauftragte für die Chronik und das Archiv, der Dateiverwalter, zwei Revisoren, ein stellvertretender Revisor, der Beauftragte für Sonderaufgaben, der

Betreuer der Heimatstube, der Zuständige für Rückläufer von Heimatbriefen, der Beauftragte für die Öffentlichkeitsarbeit. Kreistagsmitglieder können mehrere Ämter innehaben. Der Wahl schließt sich die konstituierende Sitzung des neu gewählten Kreistags an. Nach dem gemeinsamen Abendessen ist ein gemütliches Beisammensein geplant. Es empfiehlt sich sehr, die folgende Nacht in Lüneburg zu verbringen, um am Nachbarschaftstreffen teilnehmen zu können, das am 20. Mai ebenfalls in Lüneburg, in unmittelbarer Nähe zu unserem Tagungshotel, stattfindet.

Dieter Neukamm Kreisvertreter

Nachbarschaftstreffen

Lüneburg – Sonnabend, 20. Mai, 9 Uhr Einlass, 10 Uhr Beginn, Krone Bier- und Event-Haus, Heiligengeiststraße 39-41, 21335 Lüneburg: Nachbarschaftstreffen.

Das letzte Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit fand 2018 in Eitorf statt. Corona verhinderte die Durchführung zwei Jahre später. Die Elchniederung als Organisatorin verspricht für die Veranstaltung im Mai ein interessantes Programm, wie den Besuch des neu gestalteten Ostpreußischen Landesmuseums oder alternativ eine Brauereiführung. Falls Sie sich nicht mehr zutrauen, eine Reise nach Lüneburg selbst durchzuführen, bitten Sie doch Ihre Kinder oder Enkel, Sie zu fahren – die Veranstaltung gefällt mittlerweile auch denen.

Dieter Neukamm, Kreisvertreter

Ostpreußisches Landesmuseum

Ein Ort der Bildung, Wissenschaft und Kultur - zu den Perspektiven der Nutzung von Schloss Steinort/Sztynort in Masuren. Vortrag von Prof. Dr. Dieter Bingen, Einführung: Dr. Joachim Mähnert, Sonnabend, 15. April, 18.30 Uhr, Eintritt frei!

Professor Bingen ist zusammen mit Professor Robert Traba der Moderator eines etwa einjährigen Diskussionsprozesses unter 34 Experten aus der BRD und der Republik Polen um die Zukunft von Schloss Steinort am Mauersee in Masuren. Nach Jahren der Notsicherung, rückt nun der Wiederaufbau des Schlosses in den Vordergrund. Die inhaltliche Konzeption, Grundlage für die weitere Planung, wurde im März in Warschau vorgestellt. Was soll

in Steinort unter dem gewaltigen Dach des Schlosses eine neue Heimat finden? Wie verbindet man an einem Ort wie diesem deutsche Erinnerungen mit aktuellen regionalen Erwartungen? Welche Impulse sollen von Steinort in der Zukunft ausgehen? Bingen berichtet aus der intensiven Arbeit der Expertengruppe und lädt ein zum Gespräch über ein geplantes „Zentrum für Europäischen Dialog“ in einer Region, die durch den Überfall Putins auf die Ukraine in eine ganz neue Rolle für die Zukunft Europas gerückt ist.

Professor Dieter Bingen ist Historiker und Politikwissenschaftler, Mitglied des Vorstands der Deutsch-Polnischen Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz. Er war von 1999 bis 2019 Direktor

des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt und ist derzeit Honorarprofessor an der Hochschule Zittau/Görlitz. Bingen war Mitinitiator des Aufrufs zur Errichtung eines Denkmals für die Opfer der deutschen Besatzungspolitik 1939-1945 in der Republik Polen. Darüber hinaus hat er zahlreiche Publikationen veröffentlicht und wurde mit hohen deutschen und polnischen Auszeichnungen geehrt.

Für die Veranstaltung des Kulturreferats für Ostpreußen und das Baltikum in Zusammenarbeit mit der Lehndorff-Gesellschaft Steinort e.V. ist eine Anmeldung erforderlich unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de, Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg



„Schloss Steinort/Sztynort“: Bild von Gudrun Jakubeit

Foto: Bettina Bouresh

Gerhart-Hauptmann-Haus

Montag, 17. April, 19 Uhr, Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf: Die Stalingrad-Madonna. Entstehung, Rezeption, Bedeutung, Vortrag von Pfarrer i. R. Edgar L. Born

Mittwoch, 19. April, 18.30 Uhr, Stadtfenster der Zentralbibliothek im KAP1, Konrad-Adenauer-Platz 1, 40210 Düsseldorf: „Wir lassen uns nicht unterkrie-

gen“ – Jüdische Widerstände und Geschichtspolitik, Lesung und Podiumsdiskussion

Freitag, 21. April, 18 Uhr, Bismarckstraße 90, Düsseldorf: Vom ukrainischen Holodomor bis zur Vertreibung der Deutschen? Der weite Begriff des Genozids und sein Schöpfer Raphael Lemkin, Vortrag von Prof. Dr. Manfred Kittel

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 4x4 grid and a 6x6 grid at the top left.

Sudoku

6x6 Japanese number puzzle grid with some numbers filled in.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonal crossword puzzle grid with numbers 1-6 indicating word positions.

Diagonalrätsel

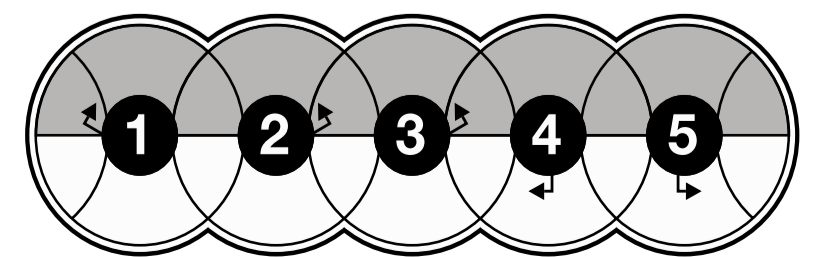
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Namen aus dem Alten Testament.

- 1 verschwommen
2 Gong; Becken
3 nicht öfter
4 Unfug, Dummheit
5 den Wunsch haben
6 Schwermetall

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine mittelamerikanische Wasserstraße.

- 1 hölzerne Wandvertäfelung, 2 Zirkusarena, 3 Film-, Video- und Fotoapparat, 4 offen, unbesetzt, 5 entgegenkommend



VOLKSTUM

„Darf ich bitten?“

Eine Kennerin über ostpreußische Volkstänze, die Spaß, Musik, Gesellschaft und Kopfarbeit vereinen

VON JUTTA STAROSTA

Nach der Definition im Dancilla Wiki, einer online-Volkstanzplattform, sind „Volkstänze überlieferte Tänze oder Tänze im überlieferten Stil.“ Volkstänze wurden und werden zu traditionellen Festen getanzt. Sie kommen praktisch in allen Kulturen vor und bilden zusammen mit der Volksmusik eine Einheit. Im Gegensatz zu Standardtänzen sind die Bewegungsabläufe nicht strikt festgelegt und weisen regionale Variationen auf. Die zum Tanz getragene Tracht unterscheidet sich je nach Region durch die Stoffe, die Machart und die Ausschmückung deutlich von der Alltagskleidung. Heute werden Volkstänze vor allem in regionalen (Volks-)Tanzgruppen oder bei speziellen Veranstaltungen, zum Beispiel bei Brauchtumsveranstaltungen und der Europeade, getanzt.

Generell kann unterschieden werden zwischen echten, das heißt: überlieferten und im Volk aufgezeichneten Volkstänzen, die in Noten und Beschreibungen aus alten Zeiten stammen, Jugendtänzen, die in der Zeit der Jugendbewegung Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden, und sogenannten folkloristischen Tänzen, denen eine moderne Choreographie zugrunde liegt, die häufig mit Elementen aus dem Ballett arrangiert ist und viel Theatralik beinhaltet. Aber auch die sogenannten echten Volkstänze sind zum überwiegenden Teil Modetänze früherer Generationen, meist aus dem 19. und beginnenden 20. Jahrhundert. Genauer ist nicht erforscht. Aber tauchte irgendwann irgendwo ein „Modetanz“ auf, wurde dieser nach einiger Zeit auch im kleinsten Dorf getanzt und konnte dort als „echter deutscher Volkstanz“ aufgezeichnet werden. Ein Beispiel dafür ist die Kuckuckspolka, deren Melodie ein in Hamburg 1893 komponierter Schlager ist.

Aenne Goldschmidt schrieb das „Handbuch des deutschen Volkstanzes“, sie unterteilte die Volkstänze in folgende Hauptgruppen: Gruppentänze, Paartänze, Trioformen.

Viele Tänze erzählen eine Geschichte, die von alltäglichen Dingen wie Arbeit, Handwerksberufe, Brautschau oder Brautwerbung handelt. Manche Volkstänze lassen sich nur zu einer bestimmten Melodie tanzen, wie die Schusterpolka. Weit mehr



Auf zum Tanz: Tanzpaare vor der Schule in Alt Gertlauken, Kreis Labiau, auf einer Aufnahme aus dem Jahr 1935

Foto: Ostpreußisches Bildarchiv

Tänze sind zu vielen Melodien der gleichen Rhythmusgruppe tanzbar und werden zu verschiedenen Melodien getanzt, wie die Bayrisch-Polka. Häufig hat ihnen die Volkstanzpflege jedoch eine bestimmte Kennmelodie zugeordnet.

Bei den Volkstänzen erfolgte die Weitergabe zu Anfang sicherlich durch Zusehen und Mitmachen. Ein Teil der Tänze wurde durch Musikanten verbreitet. Es gab schon immer Berufsmusiker, die von Ort zu Ort zogen, und diese nahmen natürlich ihre Tänze und auch die im Dorf gesehenen Tänze mit. Da viele dieser Musiker ohne Noten spielten oder auch gar keine Noten kannten, entstanden so verschiedene Varianten in der Musik und in der Beschreibung, denn verschriftlicht wurden Musik und Tanz zunächst nicht.

Die ostpreußischen Volkstänze

In Ostpreußen gab es die einfachen Tänze, die zu Liedern getanzt wurden, die jeder kannte. „Wenn hier e Topp met Bohne stalht“, „Herr Schmedt, Herr Schmedt, Herr Schmedt, wat kregt de Jule met?“, „Siste woll, doa kemmt er“, „Et schient de leewe Mond so hell“, „Lott es dot“ oder „Hei, Hacke, Spetze, Hacke“ waren kleine Singtänze, mit denen man überall vertraut war. Diese Tanzlieder werden meist als Paartänze getanzt und auch „kleine Bunte“ oder Rundtänze genannt. Es tanzen beliebig viele Paare auf der Umzugsbahn. Normalerweise wechselt eine Tanzfigur mit einem Rundtanz wie beim Schottisch, Walzer oder der Polka. Daher der Name „kleine Bunte“ im Gegensatz zu den Vierpaartänzen, den „großen Bunten“, die aus drei, vier und mehr verschiedenen Teilen, die man Kehren nennt, bestehen. Obligatorisch war bei allen Tänzen die höfliche Begrüßung der Tanzpartner während des Vorspiels. Dauerte die Einleitung länger, wurde die Reverenz zuerst dem eigenen, dann dem fremden und zuletzt wieder dem eigenen Partner erwiesen.

Als Beispiel für die sogenannten Kleinen Bunten möchte ich den Tanz „Lott es dot“ ausführlicher beschreiben, denn dieser gehört zu den Tänzen, die sehr weit verbreitet sind. Im gesamten niederdeutschen Raum sowie in den Niederlanden und Skandinavien findet man seine Variationen. Dabei gibt es bei Melodie und Tanzbeschreibung nur kleine Unterschiede, während die Liedtexte variieren. Die Paare stellen sich in beliebiger Zahl auf der Kreisbahn auf. In gewöhnlicher Fassung oder in Zweihandfassung geht es mit vier

langsamen Nachstellschritten in Tanzrichtung. Die nachgestellten Füße schleifen etwas. Manchmal werden die Nachstellschritte nicht in Tanzrichtung, sondern zur Kreismitte gegangen. Geübtere Tänzer bewegen bei dieser Variante mit Zweihandfassung die gefassten Arme mit jedem Schritt etwas nach oben, sodass am Ende des vierten Taktes die Arme waagrecht sind. Mit acht schnellen Galopp-schritten geht es dann zurück zur Ausgangsposition. Diese Figur wird wiederholt. Anschließend folgt ein Polkarundtanz. Danach beginnt das Ganze von vorne. Eine Aufnahme dieses Tanzes findet sich unter <https://www.youtube.com/watch?v=mJXqGKILthk>

Zu den sogenannten Großen Bunten gehören die Vierpaartänze wie das Insterburger Viergespann oder die Tangermünder Quadrille. Beim Insterburger Viergespann handelt es sich jedoch nicht um einen der alten ostpreußischen Fischertänze, sondern um einen neu choreografierten Jugendtanz. Diese Quadrille ist somit in erster Linie kein ostpreußischer Volkstanz, sondern ein Volkstanz, der in Ostpreußen entstanden ist. Der ursprüngliche Tanz wurde dem Insterburger Tanzkreis 1932 gewidmet. Beim Insterburger Viergespann stellen sich vier Paare im Kreuz auf, also in einem Viereck. Mit Geh- und Laufsritten geht es durch die Kehren. Begonnen wird, wie in vielen Volkstänzen mit einem Anfangskreis, der zur ersten der vier Kehren gehört. Danach begeben alle Paare die vier Seiten des Vierecks mit je vier Schritten, durch den Kreis in offener Fassung, die Außenseiten einzeln über die Ecken. Diese Figur wird bei jeder Kehre wiederholt. Zum Abschluss des ersten Teils wird in Paarkreisfassung je einmal Hacke-Spitze links und rechts mit Anheben des Standfußes getanzt, der Platz in vier Gehschritten links herum gewechselt und das Ganze wiederholt.

Die zweite und dritte Kehre sind der Torumlauf. Zuerst ziehen die Tänzer des ersten und zweiten Paares ihre jeweilige Tänzerin in Schubkarre rechts ausweichend auf den Gegenplatz, stellen sie in der Kreismitte Rücken an Rücken und heben die gefassten Hände zum Tor. Die Tänzer der Paare drei und vier ziehen in Schubkarre durch die Tore zum Gegenplatz, dann weiter durch das linke Tor, stellen die Tänzerin in der Kreismitte ab und bilden selbst ein Tor. Nun durchziehen Paar eins und zwei das Tor, und alle gehen auf den Ausgangsplatz zurück. Da-

nach werden das Viereckgehen und das Hacke-Spitze wiederholt. Die dritte Kehre wird wie die zweite Kehre getanzt, nur beginnen nun die Paare drei und vier. Wieder folgt der sich wiederholende Teil. Die schwierigste Figur, die Mühle, eröffnet die vierte Kehre. Die Tänzer klatschen einmal in die Hände, laufen in der Mitte eine rechtshändige Mühle und kehren zur eigenen Tänzerin auf den Platz zurück. Die Tänzerinnen klatschen ebenso einmal in die Hände, formieren sich mit Laufsritten zu einer linkshändigen Mühle, laufen in der Mitte einmal herum und gehen an der linken Seite des eigenen Tänzers auf ihren Platz zurück. Nach der Wiederholung dieser Figur folgen wieder Viereck und Hacke-Spitze. Der Tanz endet nach einem Vierpaarkreis links und rechts in der Anfangsaufstellung.

Die dritte Gruppe der ostpreußischen Volkstänze sind die Trioletts wie die Allemande, der Ostpreußische Fischertanz. Bei den Trioletts tanzen immer drei Personen zusammen, üblicherweise ein Bursche rechts und links flankiert von je einem Mädchen. Trioletts treten sowohl als Kolonnen- und Kreistänze als auch als Quadrillen auf wie zum Beispiel das Große Triolett. Man nimmt an, dass diese Tanzformation sich aus dem Männermangel nach den Kriegen entwickelt hat. Allemande heißt eigentlich „Deutscher Tanz“. Der Name wird schon im 16. Jahrhundert erwähnt, ist aber wohl ein Überbegriff für den geraden Takt im Deutschen Tanz. Die Version mit vier Dreiergruppen im Kreuz stammt aus Ostpreußen. Es gibt auch eine Variante als Zweier-Reihentanz, also immer zwei Trios einander gegenüber.

Fischertanz – die Allemande

Der ostpreußische Fischertanz, die Allemande, vereint höfische Elemente des Menuetts mit Bewegungen aus der Lebenswirklichkeit der Fischer. Im Wechsel sind die Begrüßungstour, die Drehtour und das Flaggenschwenken zu beobachten. Die Dreiergruppen nehmen mit Tüchern im Kreuz Aufstellung. Bei den einzelnen Kehren führt der Herr seine Damen mithilfe der Tücher durch die Figuren. Nach dem Anfangskreis stellen sich die Dreiergruppen mit dem Herrn in der Mitte im Kreuz auf. Abwechselnd begrüßen sich die Trios gegenseitig. Gruppe eins schreitet mit vier Gehschritten auf die gegenüberliegende Gruppe zu, begrüßt diese und geht rückwärts wieder zu ihrem Platz. Es folgen die Gruppen zwei, dann drei, dann vier. Da-

nach folgt die Drehtour. Die jeweils rechte Tänzerin jeder Dreiergruppe dreht sich zuerst mit zwei mal vier Schritten unter dem Arm ihres Tänzers nach innen und danach ebenfalls mit zwei mal vier Schritten von ihm weg. Danach wiederholt die linke Tänzerin die Figur. Dabei halten sie jeweils einen Tuchzipfel. Es folgt wieder die Begrüßungstour. Jetzt geht es ans Flaggenschwenken. Die Tänzer heben die Arme und die Tänzerinnen umrunden den Tänzer zweimal mit jeweils acht Schritten. Dabei begegnen sich die Tänzerinnen vorne und hinten, wobei sie abwechselnd durch das von Tänzer, Tanzpartnerin und Tuch gebildete Tor schlüpfen. Nach der Besuchstour werden die Drehtour und das Flaggenschwenken noch einmal wiederholt. Der Tanz endet nach dem Schlusskreis in der Anfangsaufstellung.

Europeade der Volkskulturen

Dass der Volkstanz sich großer Beliebtheit erfreut, kann man heuer wieder vom 12. bis 16. Juli in Gotha, Thüringen, bei der 58. Europeade der Volkskulturen hautnah erleben. Die Europeade ist das größte jährlich stattfindende europäische Trachten- und Folklorefestival, dessen Veranstaltungsorte überall in Europa liegen. Diese Großveranstaltung kehrt nach der 50. Ausgabe zurück nach Gotha. Die maximale Teilnehmerzahl von 4000 Besuchern ist überschritten, weshalb keine weiteren Anmeldungen für diese Veranstaltung mehr angenommen werden. Die Volkstänzer werden aus mehr als 20 Ländern Europas anreisen und die Straßen und Plätze fast rund um die Uhr mit ihren bunten Trachten, Tänzen und Konzerten beleben.

Wie aktuell die Ostpreußischen Volkstänze immer noch sind, zeigte sich im Jahr 2020, als die 57. Europeade 2020 in Memel aufgrund der weltweiten Corona-Krise abgesagt werden musste. Mario Hecker, Mitglied im Vorstand des DGV und der LAG Tanz Hessen aus Oberursel, schrieb für die Europeade 2020 in Memel den Tanz „Europa-Gespann“. Es ist ein Tanz für zwölf Paare, so viele Paare wie Sterne auf der Europafahne. Als Vorlage diente das „Insterburger Viergespann“, nach der Choreographie und Musik Hermann Huffzigers.

Wem die Tanzbeschreibungen Lust auf mehr gemacht haben, der kann sich auf Youtube die Tänze „live“ anschauen. Noch besser ist es natürlich, selbst das Tanzbein zu schwingen und sich einer der vielen Volkstanzgruppen anzuschließen, die es in ganz Deutschland gibt.

Zur Person

FOTO: JUTTA STAROSTA

Jutta Starosta, hier beim Ostpreußischen Fischertanz, leitet seit über 30 Jahren die Volkstanzgruppe in Hof. Die Gruppe tanzt Volkstänze aus den Vertreibungsgebieten und aus ganz Europa. Bei Auftritten tragen die Tänzer je nach Anlass beziehungsweise Wunsch der Gastgeber entweder die Ermländer Festtags-tracht oder eine schlesische Riesengebirgstracht.

In Aktion kann man die Gruppe im Internet beim Fischertanz und Tangermünder Quadrille ab Minute 28 unter <https://www.youtube.com/watch?v=bweGkNRlo38> sehen oder bei der 58. Europeade der Volkskulturen, 12. bis 16. Juli in Gotha.



OSTERN

Vom Schmackostern und Wasserholen

Ostpreußische Bräuche von Gründonnerstag bis Ostermontag – Wie das Fest in der Literatur beschrieben wurde

VON BÄRBEI BEUTNER

Vielleicht lag es an dem langen ostpreußischen Winter, dass Ostern in Ostpreußen eine besondere Bedeutung hatte. Andererseits werden Frühlingsfeste in allen Kulturen seit Jahrtausenden opulent gefeiert. Man begrüßt das neue Leben, die wiederwachende Natur. Im Judentum wird das Passah-Fest zum Gedenken an den Auszug aus Ägypten gefeiert. Der Opfertod Christi und vor allem seine Auferstehung fanden am Passah-Fest in Jerusalem statt und machte Ostern zum höchsten christlichen Fest des Jahres.

Viele Bräuche kommen aus heidnischen Kulturen, und in Ostpreußen haben sie sich bis zur Vertreibung erhalten, besonders auf dem Lande. Hedwig von Löhffell-Tharau hat die Bräuche gesammelt, und Hanna Wangerin, die langjährige Kulturreferentin der Landsmannschaft Ostpreußen, gab ein Arbeitsheft heraus, aus dem die folgenden Angaben stammen.

Die Karwoche hielt schon manches typische Brauchtum bereit. Das Wort „Karwoche“ soll von dem althochdeutschen Wort „Kara“ für „Trauer“ und „Klage“ kommen, wie es in dem Buch „Feste und Bräuche“ von Sybil Gräfin Schönfeldt, Ravensburg 1987, nachgelesen werden kann.

In Ostpreußen backte man am Gründonnerstag den „Gründonnerstagskringel“, ein Hefekuchen, der das ganze Backblech einnahm. Er symbolisiert die Fessel, mit der Jesus gebunden wurde. Der Kringel wurde mitunter mit Birkengrün geschmückt und dann gemeinsam gegessen. Dabei gab es verschiedene Traditionen. So zogen in Mehlsack alle Anwesenden an dem Kringel, und wer das größte Stück bekam, durfte sich etwas wünschen. Der Wunsch sollte in Erfüllung gehen. Woanders wurde der Kringel sitzsaft aufgeschnitten, bevor alle „ran durften“.

Die Farbe Grün dominierte am Gründonnerstag in vielen Gegenden, auch bei

den Speisen. Man aß Grünkohl und grüne Suppe mit Kräutern und grüne Pfannkuchen. Am Gründonnerstag sollte man in Ostpreußen, wenn draußen alles zu grünen begann, im Garten pflanzen, die Obstbäume beschneiden und säen, das garantierte eine gute Ernte.

Dabei geht das Wort „grün“ auf das mittelhochdeutsche „greinen“, das heißt, „weinen“ und „klagen“ zurück. Daraus wurde „Greindonnerstag“ und schließlich „Gründonnerstag“. In Ostpreußen aber hatte sich das Wort „greinen“ erhalten. „Was greinerst du?“, wurde gefragt, wenn Tränen nicht unbedingt angebracht waren.

Wasser spielte bei allen Bräuchen in Ostpreußen eine wichtige Rolle. In der Ballade „Das Opfer“ von Agnes Miegel bringen die bedrängten Samländer, obwohl sie schon längst Christen sind, dem Meeresherrn einen Widder zum Opfer, und sie beten: „Du, aus dessen Samen dies Land und wir alle gekommen“. Aus dem Wasser ist also das Leben entstanden, zum Leben ist es nötig, für die Fruchtbarkeit und die Lebenserhaltung.

Dem Osterwasser wurden nicht nur heilende Kräfte zugeschrieben. Es musste am Ostermorgen bei Sonnenaufgang aus einem fließenden, klaren Wasser geschöpft werden – die Aufgabe der jungen Mädchen. Bei dem Gang zum Wasserschöpfen durften sie nicht sprechen und nicht lachen und sich nicht umschauen, bis sie mit dem vollen Krug wieder nach Hause kamen. Das Osterwasser diente unter anderem der Schönheit, und es konnte sogar geschehen, dass im Fluss oder Bach das Bild des zukünftigen erschien.

Mädchen und Frauen wurden auch mit Wasser begossen, das diente der Fruchtbarkeit. Es ist ebenfalls ein polnischer Osterbrauch. Im Ermland, in Masuren und in Klein-Litauen verjagte man in der Woche vor Ostern den „Rasemuck“, eine Art Kobold, der auf der Lucht, also auf dem Dachboden der Scheune hauste. Die Mädchen mussten ihn mit der Schürze auffangen und bekamen dabei einen Wasserguss über den Kopf. Hier fand offenbar ein letztes Winteraustreiben statt. Der Rasemuck musste raus,

damit der Boden für die neue Ernte frei und „rein“ war.

Eine Art Winteraustreiben gab es auch in Schlesien, aber in christlicher Form als „Judas-Austreiben“. Ein junger Mann in roter Weste wurde in der Karwoche mit viel Lärm aus der Kirche getrieben, ein großer Spaß für die Jugend.

War der Ostersonntag da, spielte natürlich die Eiersuche eine große Rolle. Buntgefärbte Eier gab es in China schon vor 5000 Jahren, ebenso im alten Ägypten. Das Ei ist das wichtigste Fruchtbarkeitsymbol. In Ostpreußen versteckte wie anderenorts der Hase die Ostereier. Es soll den Osterhasen erst seit dem 16. Jahrhundert geben, aber der Hase war in der Antike das Tier der Liebesgöttin Aphrodite, also für die Fruchtbarkeit zuständig. Das hängt wohl mit seiner reichen und raschen Nachkommenschaft zusammen. Im germanischen Bereich soll er Begleiter der Erdgöttin Holda, aber auch der Frühlingsgöttin Ostara sein, von der sich das Wort „Ostern“ ableitet.

Ein typisch ostpreußischer Brauch war das „Schmackostern“. Am Morgen des Ostersonntags, wenn noch alle in den Betten lagen, kamen Kinder mit Ruten aus Weiden oder Birken und schlugen den Schlafenden auf die Beine und Füße. Das sollte die Lebensgeister wecken und Gesundheit bringen. Auch das ist ein altes

Fruchtbarkeits- und Reinigungsritual, wie das Wassergießen und Untertauchen. Die Kinder sagten dabei: „Oster, schmackoster, bunt Oster, / fief Eier, Stück Speck, / vom Koke de Eck, / eh'r goh wi nich weg!“

Das muss wohl nicht übersetzt werden. Es handelt sich hier um einen „Heische-gang“. Die Kinder wollen etwas „erheischen“, also erbetteln, Eier und Speck und Süßigkeiten, eben eine Ecke vom Kuchen. Natürlich mussten auch in Ostpreußen zu Ostern, Haus und Hof gründlich gereinigt und aufgeräumt werden. Und das Festessen spielte eine große Rolle, wie überall. Die Russen backen die „Kulitschki“, Osterkuchen aus einem üppigen Hefeteig mit in Rum gequollenen Rosinen und dickem Zuckerguss. Eine lange und aufwendige Zubereitung ist dafür nötig. Als festliche Ostertorte könnte es in Ostpreußen die „Louisen-Torte“ gegeben haben, für die Hans-Joachim Engel in seiner bibliophilen Schrift „Reisen & Speisen mit Königin Louise“ das Rezept verrät: „Zutaten: 180 g Butter, 150 g Zucker, 6 El. Sauermilch, 1 Pfd. Mehl, dazu abgeriebene Zitronenschale sowie 1 Päckchen Backpulver. Zur Füllung: Vanillecreme, Schokoladencreme und Himbeerkonfitüre.“ Damit ahnt man schon, dass hier ein Kunstwerk entstehen soll. Das bestätigt die Backanleitung: „Butter schaumig rühren, Zucker, Mehl, Zitronenschale und Backpulver zugeben, alles zusammenarbeiten und daraus vier runde Tortenböden backen. Nach dem Abkühlen den ersten Boden mit Vanillecreme bestreichen, den zweiten Boden darauf legen, mit Himbeerkonfitüre oder Gelee „Rouge“ (ein Dessert aus Sauerkirsch-Saft, Himbeeren, Gelierzucker und Himbeergeist) bestreichen, darauf den vierten Boden geben und mit Vanille- und Schokoladencreme ansehnlich verzieren und mit frischen Himbeeren oder Konfitüre dekorieren.“

Zur Zeit von Königin Luise wurden wohl noch keine Kalorien gezählt. Stattdessen schuf man kunstvolle Torten und genoss. So wünschte man sich „Frohe Ostern!“



Ostpreußischer Brauch: Osterwasserholen

Foto: Archiv PAZ

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Jäger der Merkwürdigkeiten

Der Publizist Dawid Smolorz hat gemeinsam mit dem Fotografen Thomas Voßbeck deutsch-polnische Grenz kuriositäten gesucht

Die Grenzziehung 1945 entlang der Neiße machte das sächsische Städtchen Reichenau [Bogatynia] zu einem Teil der Volksrepublik Polen. Dass der sogenannte Reichenauer Zipfel nach dem Krieg nicht einfach „rasiert“ wurde, hängt damit zusammen, dass hier der Tagebau die Republik Polen in den Besitz der wichtigen Kohle brachte. Zunächst war der Zugang aus der übrigen Volksrepublik jedoch durch darauf nicht ausgerichtete Verkehrswege ein riesiges Hindernis.

Zusammen mit dem Berliner Fotografen Thomas Voßbeck begab sich der oberschlesische Publizist Dawid Smolorz aus Gleiwitz in dieses Landstück. Er war auf den Geschmack gekommen, nachdem er in Oberschlesien bereits viele Besonderheiten einer kuriosen Grenze quer durch seine Heimatregion erforscht hatte. In Büchern und Filmen stellt er Straßenbahnverbindungen mit Grenzkontrollen in der Zwischenkriegszeit vor oder erläutert, wie die Grenzproblematik von Stollen unter Tage im Alltag behandelt wurde.

Einige filmisch aufgezeichnete Zeitzeugeninterviews aus dem Reichenauer Zipfel hat er auf einer Referatsreise zusammen mit Voßbeck und Ariane Afsari vom Kulturforum östliches Europa in Zehdenick bei

Berlin, zweisprachig in Ost-Görlitz [Zgorzelec] vorgestellt. Seine Protagonisten, Grenzanrainer in dieser kuriosen geografischen Lage aus den Republiken Polen, Tschechien und Bundesrepublik, berichten davon, wie sie mit der Grenze aufwuchsen. Zwei Stimmen aus dem Zipfel berichten davon, dass in der Kindheit die Neugier zu schauen, wie es beim tschechischen Nachbarhaus aussieht so groß war, dass man es auf eine Grenzverletzung ankommen ließ. Ein Schulausflug ins deutsche Zittau habe nach einigen Jahren eine faszinierende Welt geöffnet. Auf einmal habe es eine Stadt um die Ecke gegeben, in der Leben sprühte und es doch ein Spielzeuggeschäft gab.

Zwar gehören das sächsische Reichenau und umliegende Dörfer zur Woiwodschaft Niederschlesien, der gänzlich verschwundene Teil des zwischen den Republiken Tschechien und Polen geteilten Ortes Weigsdorf trug auf polnischer Seite nach 1945 jedoch den Namen Wigancie Żytawskie – übersetzt Weigsdorf im Zittauschen, womit seine historische Ausrichtung zum in der Bundesrepublik verbliebenen Zittau sogar betont wurde. Der Ort Grünau [Krzewina Zgorzelecka] bietet bis heute ein Eisenbahn-Kuriosum. Bis zur Stilllegung der polnischen Eisenbahn-

verbindung Görlitz-Moys [Zgorzelec]–Reichenau wurde der Bahnhof von der deutschen und der polnischen Eisenbahn genutzt, ohne dass hier jedoch ein Umstieg zwischen polnischen und deutschen Zügen möglich war. Beim Eisenbahnbau der Strecke Görlitz-Zittau, der 1875 abgeschlossen wurde, konnte natürlich niemand die spätere Grenze an der Lausitzer Neiße vorhersehen. So verläuft die 33 Kilometer lange Trasse nach wie vor zwölf Kilometer auf

dem heute zur polnischen Republik gehörenden Ostufer und wird bis dato nur noch von bundesdeutschen Personenzügen befahren.

Die Bewohner von Ostritz können eine Fußgängerbrücke über die Neiße zum Bahnhof Krzewina Zgorzelecka nutzen, die einst nach Abfahrt des deutschen Zuges von Görlitz nach Zittau wieder geschlossen wurde. Um den Reichenauer Zipfel mit dem polnischen Teil von Görlitz zu verbind-

den, wurde eine neue Strecke aus Bruchstücken zusammengepuzzelt.

Die polnischen Personenzüge führen bis zum Jahre 2000 auf einem Stück der alten Strecke Görlitz–Lauban, um dann auf die frühere Privatbahn Nikolausdorf [Mikulowa]–Schönberg [Sulików] abzubiegen. Von Schönberg aus wurde eine Verlängerung in südwestlicher Richtung ange-schlossen, die auf die von der Strecke Görlitz-Zittau abzweigende Strecke über Tschernhausen ins böhmische Friedland [Frydlant] führte. Von dieser Strecke wurden nur wenige Kilometer genutzt, da eine südlich von Radmeritz [Radomierzycy] errichtete Kurve zur hier östlich der Neiße verlaufenden und somit in polnischem Besitz befindlichen Strecke Görlitz-Zittau führte, um darüber Reichenau und die Kohlegrube zu erreichen.

Reichenau, das vor dem Krieg über die einen ost-westlichen Verlauf nehmende Strecke Zittau–Friedland sächsisch-böhmisch angeschlossen war, sah sich nun über Versatzstücke ausschließlich von Norden her angebunden. Um die Kuriosa zu vervollständigen – wurde das kleine Reichenau sogar von Kurs-Schlafwagen aus Warschau angesteuert.



Einst das Ende der Welt: Das Städtchen Reichenau hat sich zuletzt gemauert

Till Scholtz-Knobloch

HEIMAT VERBINDET

Großes Pommerntreffen in Anklam

Wer nicht dabei war, hat etwas verpasst

VON FRIEDHELM SCHÜLKE

Das Landestreffen der Pommern MV 2023 in Anklam war ein rauschendes Fest. Eine „Zitterpartie“ zuvor blieb dem Veranstalter jedoch nicht erspart – kommen auch genügend Besucher, zumal nach zwei Jahren Corona-Zwangspause? Und tatsächlich: Rund 600 Teilnehmer von nah und fern füllten am 18. März das „Volkshaus“ bis zum letzten Platz. Nicht einmal die Essenmarken reichten aus – zum Glück aber das auf

lenburg-Vorpommern aus Schwerin unter der Leitung von Christof Koert professionell und stimmungsvoll umrahmt.

Festlich geschmückt

Nach der herzlichen Begrüßung durch den BdV-Landesvorsitzenden Manfred Schukat hielt Pfarrer Bernd-Ulrich Gienke aus Demmin die Andacht. Engagierte offizielle Grußworte überbrachten Philipp Amthor MdB, Marcel Falk MdL und Landrat Michael Sack. Ausgerichtet wurden die Grüße von Margrit Schlegel, Bundesvorsitzende der Pommerschen Lands-

benen MV die längst fällige Übersetzung des Pommernliedes ins Polnische.

Als besondere Gäste stellten sich zwei pommersche Herren in historischen Kostümen vor: Der Gründer des Weltpostvereins, Erfinder der Postkarte und Generalpostmeister des Deutschen Kaiserreiches, Heinrich von Stephan aus Stolp (1831–1897), dargestellt von Dr. Wilfried Hornburg, sowie Friedhelm Schülke, alias Adolf Pompe aus Stettin (1831–1889), später Superintendent in Lauenburg und Demmin, der 1851 als Student auf einer Harzwanderung das Pommernlied dichtete.

liche und Erwachsene in alten pommerschen Pyritzer Weizacker-Trachten ein wunderschönes Folklore-Programm auf.

Auch die polnischen Lieder und Tänze im zweiten Teil nach der Kaffeepause begeisterten die Zuschauer, die kräftig Applaus spendeten und fast alle bis zum Schluss blieben. Zuletzt wurden sämtliche Gäste aus dem heute polnischen Hinterpommern zum großen Finale auf die Bühne gerufen. Sie bedankten sich bei den Gastgebern mit dem Volkslied „Szla dziewczeczka do laseczka, do zielonego“ (Ging ein Mädchen in das Wäldchen, in



In prachtvollen Trachten und mit viel Schwung: Die Gruppe „Lieder und Tänze“ aus Pyritz zeigt ihr Können

Fotos: Steffen Thomassek, Gesa Bierwerth, Brigitte Höppner

pommersche Art reichlich bestellte Essen. Die Auswertung der Tischlisten ergab 70 Landsleute, die erstmals dabei waren.

Als Ältester wurde Erhard Littmann aus Greifswald, früherer Woltersdorf/Kreis Greifenhagen mit 96 Jahren, als Jüngster der dreijährige Winrich Bierwerth aus Anklam ermittelt. Auch einige Betreuer hinterpommerscher Heimatkreise waren angereist, so Heidemarie Schaller (Pyritz), Silke Lüders (Arnsvalde), Wolfgang Dahle (Stettin), Rainer Steingraber (Stolp), Uwe Thiel (Neustettin), Ernst Schröder und Detlef Arndt (Kolberg).

30 ehrenamtliche Helfer hatten die Mehrzweckhalle mit leuchtenden Osterglocken und Forsythien sowie den Fahnen und Schildern aller hinterpommerschen Heimatkreise festlich geschmückt und sorgten für einen reibungslosen Ablauf am Einlass, den Verkaufsständen und der Essenausgabe. Der gesamte Vormittag wurde vom Landespolizeiorchester Meck-

mannschaft, und Prof. Ivan Seibel von den Pomeranos aus Brasilien, der vor einem Jahr in Anklam dabei war.

Weitere Informationen gaben Friedemann Gillert vom Christlichen Zentrum Stettin, Bernd Jordan von der Gesellschaft für Pommersche Geschichte und Pastor Bernhard Riedel vom Konvent Evangelischer Gemeinden aus Pommern. Sehr angetan zeigten sich auch die Kulturreferentin im Pommerschen Landesmuseum Greifswald, Dorota Makrutzki, und die Geschäftsführerin der Deutsch-Polnischen Gesellschaft MV, Bärbel Sass aus Ferdinandshof.

Direkt aus der Heimat grüßten Detlef Rach aus Stolp, Alfons Rekowski aus Rummelsburg, Thomas Krause aus Stettin und Peter Nycz aus Stargard von den dortigen deutschen Vereinen. Insgesamt waren über 100 Landsleute aus dem polnischen Hinterpommern nach Anklam angereist. Mit ihrer Hilfe plant der Bund der Vertrie-

Mit allen fünf Strophen der stehend gesungenen Heimathymne von Pommern und der „Post im Walde“ vom Landespolizeiorchester endete diese Feierstunde.

Vor der Mittagspause stärkten sich alle Besucher noch mit einer Saalrunde „Stargarder Mampe halb & halb“, die der Veranstalter zu jedem Pommerntreffen spendiert. Nach dieser Stärkung trat erstmals der 30-köpfige Volkschor Kemnitz auf und brachte eine Stunde lang sehr schöne Volks- und Heimatlieder zu Gehör, die teilweise mitgesungen wurden. Natürlich durfte zur Feier des Tages am Ende auch das Pommernlied nicht fehlen.

Aus allen Teilen Pommerns

Dem Bund der Vertriebenen MV war es auch gelungen, Kontakt zum Ensemble „Lieder und Tänze“ (Pieśni i Tańce) in Pyritz aufzunehmen und nach Anklam einzuladen. Unter der Leitung von Joanna Suwińska führten über 40 Kinder, Jugend-



In historischen Kostümen: Dr. Wilfried Hornburg (r.) alias Heinrich von Stephan aus Stolp, Gründer des Weltpostvereins, und Friedhelm Schülke (l.), alias Adolf Pompe aus Stettin, Verfasser des Pommernliedes

das Grüne). Sowohl vom Besuch wie von der Atmosphäre war es eines der schönsten Pommerntreffen in Anklam, dazu dank vieler Spenden ohne Minus. Wer nicht dabei war, hat etwas verpasst.



Großes Interesse am Büchertisch



Das Landespolizeiorchester Mecklenburg-Vorpommern



Blick in den vollbesetzten Saal

Frohe Ostern
STRALSUND

Nostalgische Ostern



FOTO: STRALSUND-MUSEUM

Eine Rarität ist der fellartig bezogene Albinohase mit roter Filzschürze

Im Museumshaus zeigt das Stralsund-Museum in einer Ostervitrine bis zum 16. April eine nostalgische Sammlung von Osterhasen, Ostereiern und Küken. Einige der Objekte waren bereits in Ausstellungen zu sehen, andere schlummerten bisher in den Regalen des Depots. Die beliebten Osterhasen wurden traditionell aus Holz, Pappmaché und Gips hergestellt. Einerseits werden die Hasen naturgetreu dargestellt, andererseits werden sie häufig, wie in vielen Kinderbüchern, durch ihre Bekleidung vermenschlicht.

Weiterhin finden sich Küken und Hühner aus verschiedenen Materialien unter den Objekten mit Bezug zum Osterfest, ebenso gefärbte Eier sowie Eier aus Porzellan und Pappmaché, die damals wie heute mit Süßigkeiten gefüllt wurden. Diesen Brauch findet man in Vorpommern schon seit dem 19. Jahrhundert. Die Geschichte vom Hasen als Eierbringer setzte sich dann Anfang des 20. Jahrhunderts durch.

• www.stralsund-museum.de

Ostern im Zoo

1000 Körbchen, dazu eine Osterausstellung mit Spaziergang, eine Tiershow und vieles mehr: Ab Gründonnerstag wird eine Osterausstellung im Stralsunder Zoo zu besichtigen sein. Hier kann man Gründonnerstag bis Ostermontag in der Zeit von 10 bis 17 Uhr den ersten Nachwuchs aus der Brutstation bestaunen. „Wir haben von allen unseren Hühnerrassen rechtzeitig Eier gesammelt und sie so in unsere Brutapparate gelegt, dass unser Zoo viele der niedlichen Osterküken präsentieren kann“, sagt der Inspektor des Zoos, Kay Deichfischer.

Am Ostermontag um 10 Uhr lädt der Zoogärtner zu einem Osterspaziergang ein. Da der Zoo Stralsund als Park angelegt wurde, beherbergt er neben seinen tierischen Bewohnern eine Vielzahl von Pflanzen, die ebenfalls um die Aufmerksamkeit der Gäste werben. So können Osterspaziergänger erfahren, woher der Wolfszahn seinen Namen hat, dass etliche Pflanzen, die wir nur aus Ziergärten kennen, durchaus auch eine Karriere in unserer Küche verdient haben, und viele Bäume des Parks aus einer recht exotischen Heimat entstammen.

• www.zoo.stralsund.de

„Dilettantisches Agieren der Kabinettsmitglieder“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Die PAZ ist sehr informativ, neutral und vielseitig. So wie es sein sollte. Weiter so!“

Karin Erdmann, Usedom

UNSÄGLICHE ENTWICKLUNG

ZU: DAS KABINETT DER „KARLATANE“ (NR. 12)

Ein großes Kompliment für diesen PAZ-Artikel von Frau Dr. Cora Stephan. Fundiert und mit Ironie beschreibt die Autorin hier treffend das dilettantische Agieren der deutschen Kabinettsmitglieder zum dramatischen Nachteil ihrer Bürger. Ein Ende dieser unsäglichen Entwicklung ist für uns Betroffene leider nicht absehbar. *Ralf Schröder, Eckernförde*

EIN PÄPSTLICHER FREUND

ZU: FRANZISKUS SCHWEIGT ZU MISSTÄNDEN (NR. 12)

In dem Beitrag wird Papst Pius XII. wegen seiner angeblich nicht erfolgten Verteidigung der Juden, wegen seines behaupteten Schweigens kritisiert. Dazu sei angemerkt:

Am 6. Oktober 1943 bat Heinrich Himmler in einer Rede vor Reichs- und Gauleitern in Posen, „wirklich nur zu hören und nie darüber zu sprechen“, dass jüdische Frauen und Kinder gleich den Männern auszurotten seien. Es war also allgemein nichts von den Mordplänen der deutschen NS-Regierung gegen Juden bekannt. Selbst die in den Osten deportierten Juden wussten lange nicht, welches Schicksal sie dort erwartete.

So musste der Vatikan, wollte man nicht seine Neutralität einbüßen und somit noch weniger Möglichkeiten zur Hilfe für die Verfolgten haben, auf belastbare Beweise für die behaupteten Verbrechen warten: dies auch in Kenntnis der Gräuelpopaganda gegen die Deutschen im Ersten Weltkrieg, die sich nach 1918 als falsch erwiesen hatte.

Ein öffentliches Anprangern von Verbrechen führte, wie die Kirche am Beispiel der Proteste gegen die antijüdischen Ausschreitungen in der „Reichskristallnacht“ am 9. November 1938 sah, im besten Falle zu nichts beziehungsweise im schlimmsten, so 1942 nach der Verurteilung der Judentransporte in den Niederlanden, zu

deren Beschleunigung und Verschärfung, was die Ermordung unter anderem auch von Schwester Theresia Benedicta a Cruce (Edith Stein) nach sich zog. Nebenbei sei nur an die Weihnachtsansprache Pius XII., der in seiner Zeit als Nuntius im Deutschen Reich in 44 Reden 40 Mal die nationalsozialistische Lehre verurteilte, aus dem Jahr 1942 erinnert, in der er sich für jene einsetzte, die „bisweilen nur um ihrer Volkszugehörigkeit oder Abstammung willen dem Tode geweiht“ waren.

Festzustellen bleibt, dass unter Pius XII. die katholische Kirche, die in dieser Hinsicht mehr tat und erreichte als alle anderen Helfer zusammen, zwischen „mindestens 700.000, wahrscheinlich aber ... 860.000 Juden vor dem sicheren Tod“ rettete, so Pinchas E. Lapide. Michael Hesemann schätzt die Zahl der Geringeren sogar auf „rund 960 000“. Gott und Pius XII., einem Freund auch der Deutschen und besonders der deutschen Vertriebenen, sei Dank. *Alexander Ehm, Schardenberg/Oberösterreich*

EIN GENIALER COUP

ZU: GEFAHR FÜR DEMOKRATIE UND WOHLSTAND (NR. 12)

Der Artikel zeigt, dass die Idealisten und die Realisten keine Kommunikationsbasis haben. Hierfür ist auch eine – gewollt? – unscharfe Sprache verantwortlich. Bei näherem Hinsehen beschreiben die „Klimaschutzziele“ nicht ein mit den deutschen Maßnahmen zu erreichendes Weltklima, sondern Emissionswerte in Berlin. Den Vertretern radikaler „Klimaschutzmaßnahmen“ ist damit ein genialer Coup gelungen: Denn ob Klimaschutzziele erreicht oder verfehlt werden, wird sich nie feststellen lassen. Der Einfluss deutscher Klimaschutzmaßnahmen auf das Weltklima liegt unterhalb der Nachweisgrenze.

Wenn man nun auf das Personal der Grünen schaut, fällt auf, dass die Vermeidung von Erfolgskontrollen (Bildungs- und Berufsabschlüsse) bei der Mehrheit Tradition hat und nun als Erfolgsrezept fortgeführt wird. Das wäre nicht schlimm,

wenn von den anderen Parteien hieraus Stimm-Kapital geschlagen würde. Aber nein, im Gegenteil, die Konkurrenz hat den Charme des Konzepts erkannt und klemmt sich ebenfalls hinter den „Klimaschutz“. Mit dem Nebeneffekt, dass sich Misserfolge in traditionellen Politikfeldern wie Wohlstands- und Wohnraumsicherung gut mit „höheren“ Zielen erklären lassen. *Jörg Neubauer, Neu-Isenburg*

EIN FINANZ-KAUERWELSCH

ZU: DA KIPPT ETWAS (NR. 12)

Die Ausführungen im (satirischen) Wochenrückblick beschreiben den Sachverhalt sehr treffend. Auch mir ist das Schreiben des Finanzamtes, das ich auf die eingereichte Grundsteuererklärung erhielt, ziemlich unverständlich.

Ich habe mal ein paar dieser „Fachbegriffe“ aus dem Schreiben notiert: Hauptveranlagung, Grundsteuermessbetrag, Steuermessbetrag, Grundsteuerwert, Steuermesszahl, Grundsteuerbescheid, Grundsteuermessbescheid, Grundlagenbescheid, Grundsteuerwertbescheid, Ertragswertverfahren, Liegenschaftszinssatz, Kapitalisierter Reinertrag, Abgezinsten Bodenwert und so weiter.

Soll der Normalbürger einen Lehrgang besuchen, um dieses „Finanz-Kauerwelsch“ zu verstehen?

Wolfgang Leistriz, Leipzig

OB „DIE WAHRHEIT SIEGT“?

ZU: MORD, SELBSTMORD ODER UNFALL? (NR. 10)

Wie der langjährige Botschafter der Tschechoslowakei in Großbritannien, Außenminister der Exilregierung dieses Landes in London und Außenminister des wiederentstandenen Staates (Dritte Republik), Jan Masaryk, am 10. März 1948 durch den Sturz aus einem Fenster seiner Dienstwohnung im Prager Czerninpalais zu Tode gekommen ist, wird wohl weiter ein Rätsel in der 100-jährigen Geschichte Böhmens bleiben. Ein Mord durch den

sowjetrussischen KGB oder seinem tschechoslowakischen „Bruderdienst“ ist wohl am wahrscheinlichsten. Damit entledigte man sich des letzten bürgerlich-demokratischen Ministers der nach dem Putsch der Kommunistischen Partei und ihrer „Volksmilizen“ im Februar gebildeten neuen Regierung.

Aber auch ein Selbstmord ist nicht auszuschließen, denn der Sohn des Gründerpräsidenten, Tomas Garrigue Masaryk, war ein demokratisch erzogener und handelnder Mann, der sowohl durch das Wirken seines Vaters wie auch durch Aufenthalte in den USA und Großbritannien geprägt war. Dass er zu ehrlichem Handeln bereit war, beweist die Tatsache, dass Jan Masaryk während des Ersten Weltkrieges als österreichisch-ungarischer Frontoffizier getreu seinem Eid auf Kaiser und Reich handelte und dafür noch im Oktober 1918 wegen besonderer Tapferkeit befördert wurde. Und das, obwohl sein Vater mit anderen tschechischen Politikern in den USA seit 1914 die Grundlagen für die Gründung der zukünftigen Tschechoslowakei schuf, Tausende von tschechischen Soldaten zu den Russen, Franzosen und Serben überliefen und dort die Tschechoslowakische Legion bildeten, deren Angehörige in der Ersten Republik eine staatstragende Rolle spielten.

Vielleicht sah er den Selbstmord als Fanal dafür, dass die überwiegende Mehrheit der Tschechen und Slowaken das politische Erbe seines Vaters und der Ersten Republik bewahrte. Trotz Staatsbegrüßung wurde sein Leben und Wirken, wie auch das seines Vaters, bald im neuen volksdemokratischen Staat verschwiegen und vergessen und erfährt erst seit der Samtenen Revolution von 1990 die entsprechende Beachtung und Würdigung.

Vielleicht kommt doch noch einmal Licht ins Dunkel des Endes von Jan Masaryk gemäß dem Zitat des tschechischen Reformators Jan Hus „Die Wahrheit siegt“, das von seinem Vater 1916 als Wahlspruch des zu gründenden Staates vorgeschlagen wurde und bis heute Inschrift der Präsidentenstandarte ist. *Manfred Prediger, Turawa/Oberschlesien*



Ausgabe Nr. 13

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Die Plünderung Deutschlands geht weiter!

■ 2016 erschien der Bestseller *Beuteland*, der in der Zwischenzeit den Status eines unerreichten Standardwerks erlangt hat.

2023 besaß Deutschland, größte Volkswirtschaft Europas und viertgrößte der Welt, mehr denn je einen unvergleichlich hohen Beutewert: als Hauptfinanzier der EU und ihrer monströsen Bürokratie und Umverteilung. Als Kreditgeber der letzten Instanz und Garant der nur notdürftig zusammengehaltenen Eurozone. Als verlockendes Fluchtziel für Migranten aus aller Welt. Als unentbehrliche logistische Drehscheibe für die Kriege der USA. Als Absatzmarkt für das teuerste Erdgas, das die Bundesrepublik je bezog. Als Geldquelle für die Profiteure der Energiewende und ihrer Lobby. Und nicht zuletzt als Verfügungsmasse einer links-grünen politischen Klasse, die sich den Staat zur Beute gemacht hat.

Zeit also für Bruno Bandulet, seinen Bestseller fortzuschreiben.

Er widerlegt gängige Legenden und Märchen mit Zahlen, Daten und Fakten. So zum Beispiel, dass Deutschland

ein reiches Land sei. Während das Pro-Kopf-Vermögen in Deutschland bei umgerechnet 60 600 Dollar liegt, kommen die vermeintlich armen Italiener auf 112 000 Dollar, die Schweizer sogar auf 168 000 Dollar.

Über allem liegt der Schleier einer ideologiegeladenen Propaganda, die den Erhalt von Macht und Pfründen absichert, die falsches Bewusstsein schafft und deren Methoden in diesem Buch akribisch aufgedeckt werden. Um Widerstände kleinzuhalten, werden die 12 dunklen Jahre der deutschen Geschichte instrumentalisiert. Schuldbewusstsein fungiert als Herrschaftsinstrument. So wird die vorliegende Bestandsaufnahme der deutschen Krise zu einer Absage an Propaganda und Schönfärberei und zu einem Plädoyer für eine neue Politik, die die wohlverstandenen Interessen der Nation wieder in den Mittelpunkt rückt.

Wie lange soll Deutschland noch zahlen?

Bruno Bandulet: *Rückkehr nach Beuteland* gebunden • 301 Seiten • Best.-Nr. 988 400 • 22,99 €



Bruno Bandulet: *Beuteland* gebunden • 333 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 952 400



Bruno Bandulet: *Beuteland* DVD • Laufzeit ca. 105 Minuten Best.-Nr. 958 600

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

* Früherer gebundener Ladenpreis

OSTERN

Handwerker mit göttlichem Auftrag

Zimmerermeister Bernhard Thoma hat seit 30 Jahren in 14 Ländern Kirchen gebaut – Einige der Bauten liegen heute in Krisengebieten

VON MARKUS BAUER

Drei Jahre kann Gott mit mir machen, was er will!“ Das versprach Bernhard Thoma 1992 nach der Freisprechungsfeier im Zimmererhandwerk. Nun ist der Zimmerermeister 30 Jahre ein Kirchenbauer – im wahrsten Sinne des Wortes: Über 30 Gotteshäuser hat er mit über 500 freiwilligen Helfern in 14 Ländern gebaut oder dabei geholfen, dass Kirchen und Klöster wieder aufgebaut werden konnten. Als „einen Zimmermann im Auftrag des Herrn“ beschreibt er sich selbst.

Kirchlich engagiert war der im Juni 1967 in Ingolstadt geborene und in Schamhaupten (Landkreis Eichstätt) beheimatete Thoma schon von Jugend an. Als Handwerker – von 1983 bis 1985 machte er die Ausbildung zum Zimmermann – lag die Mitarbeit in der Kolpingjugend nahe. Schnell avancierte er zum Jugendgruppenleiter und brachte sich überregional in die Kolping- und BDJK-Arbeit ein. Ein für später wichtiger Aspekt ergab sich beim Wehrdienst in Ingolstadt 1988 bis 1989. Er machte den Führerschein Klasse II, mit dem er Lkw mit über 7,5 Tonnen fahren durfte. Das sollte nicht nur für seine Handwerkstätigkeit von Vorteil sein.

Auch im Handwerk wollte er vorankommen – den Meistertitel. Hierfür besuchte er von 1990 bis 1992 die Fachschule für Bautechnik/Meisterschule für das Bauhandwerk – Fachrichtung Hochbau in München. Diese Ausbildung schloss er als Zimmerermeister und staatlich geprüfter Bautechniker ab.

Doch Thoma hatte ganz spezielle Pläne. Er hatte den in der Bolivien-Mission tätigen Franziskanerpater Reinhold Brumberger kennengelernt und wollte Entwicklungshelfer werden. Thoma absolvierte einen Kurs für den Entwicklungshelferdienst und hatte sogar eine freie Stelle in Tansania in Aussicht, die er aber wegen der klimatischen Rahmenbedingungen nicht annahm.

Eine überkonfessionelle Tätigkeit

Nach der Freisprechungsfeier in München meditierte er in der Bürgersaalkirche am Grab von Pater Rupert Mayer über



Vom Verein „Kirchen für den Osten“ 2004 für die Ukraine errichtet und heute im Kriegsgebiet der von Russland proklamierten „Volksrepublik Donezk“: Kirche in Pisky

seine Zukunft. Sein dort gegebenes Versprechen, dass Gott drei Jahre lang mit ihm machen könne, was er wolle, sollte bald auf besondere Weise umgesetzt werden. Zunächst arbeitete Thoma ab 1992 als Zimmerermeister in einem Holzbaubetrieb, wo er vor allem im Fertigungsbau von Holzhäusern tätig war. In dieser Zeit hörte er einen Vortrag von Hubert Liebherr,

der nach seinem Ausstieg aus der bekannten Baumaschinenfirma ab 1988/89 seinen christlichen Glauben ins Zentrum seines Lebens rückte. Mit dabei war auch der 2010 verstorbene Förster im Staatsdienst Axel Weidinger. Dieser organisierte mit der Aktion „Bauern helfen Bauern“ Holz von seinen Waldbauern, transportierte dieses während des Balkankrieges nach

Jugoslawien und konnte dort damit über 100 kleine Holzhäuser bauen lassen.

Genau das war es! Thoma sagte seine Mithilfe zu. Vor allem beim Bau dieser Nothäuser in Kroatien wirkte er mit. In einem Dorf wurde ein Holzhaus zur Kapelle umfunktioniert, weil die eigentliche Kirche zerschossen war. Diese Idee gelangte nach einem Hilfstransport nach Moskau zum dortigen Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz. Dieser fragte an, ob solche Kapellen auch für Russland möglich wären. Liebherr, Weidinger und Thoma sagten zu. In nur zwei Monaten entstand in Freizeitarbeit die erste Kapelle für Russland in Rostow am Don.

Russland und frühere Sowjetrepubliken bildeten bald den Schwerpunkt, so auch die Ukraine. Die meisten dort aufgebauten Kirchen sind für die römisch-katholische Kirche, teils auch für die griechisch-katholische und die orthodoxe Kirche. „Wir sind überkonfessionell tätig, wo gerade Bedarf ist“, betont Thoma. Bis heute hat er höchsten Respekt vor der über viele Jahrzehnte unterdrückten Kirche in der früheren UdSSR, zum Teil erfahren heute noch die nicht-orthodoxen Konfessionen in Russland Benachteiligung und Behinderung.

Ukraine soll Schwerpunkt bleiben

Erzbischof Kondrusiewicz erbat weitere Unterstützung. Um geordnete Strukturen zu schaffen, gründeten die bisher Aktiven mit Mitstreitern am 17. Juni 1994 den Verein „Kirchen für den Osten“. Hier ist Thoma 2. Vorsitzender und technischer Leiter und – nach Kündigung beim bisherigen Arbeitgeber – beim Verein angestellt. „Neben der Fertigung der Kirchen bauten wir Ausbildungsbetriebe im Handwerk auf und unterstützten über 50 Klöster, Kirchen und Schulen in der Planung, Logistik und Finanzierung“, blickt er zurück.

In der Regel geht die Initiative von einer Pfarrei beziehungsweise einem Priester im jeweiligen Land aus. Dies wird dann als Projekt fixiert und beim zuständigen Bischof zur Genehmigung eingereicht. Liegt die Zulassung vor, können die Förderanträge (so über das Hilfswerk Renovabis) eingereicht werden. Das Hilfswerk bezahlt dann den Verein. Dieser verfügt

seinerseits über rund 4500 Spender, Helfer und Unterstützer in Deutschland, Österreich und der Schweiz sowie über 500 freiwillige Helfer. Bis etwa 2002 war das Modell „Blaue Kirche“ Usus, das heißt, der gleiche Typ wurde überall fast identisch aufgebaut. Danach entstanden Unikate, die vor Ort gefertigt und aufgestellt werden, zumal örtliche beziehungsweise regionale Handwerker einbezogen und junge Leute dort ausgebildet werden.

Zum Ursprungsland Jugoslawien beziehungsweise dessen Nachfolgestaaten wie Bosnien-Herzegowina oder das Kosovo kamen auf dem Balkan Bulgarien und Rumänien sowie Albanien dazu. Schwerpunkte sind aber Russland, die Ukraine und Kasachstan. Einzelne Projekte führten nach Polen, Litauen und Italien. Ein Projekt war in Alta im Norden Norwegens am Polarmeer. Hier stand eine Baustelle still, doch mit Unterstützung des Vereins gelang der Weiterbau und die Fertigstellung. Das südlichste Objekt lag in Uganda.

Die zuletzt errichtete Kirche war jene in Norwegen. Momentan lässt der Krieg in der Ukraine keine Aktivitäten dort oder auch in Russland zu. Aktuell läuft daher ein Vorhaben in Galatz in Ostrumänien. Geplant ist die Errichtung einer Kirche mit Sozialzentrum am Rande der Stadt Galatz nahe der Grenze zur Ukraine und zu Moldawien.

Die Ukraine soll auch künftig ein Schwerpunkt bleiben. „Wir wollen junge Ukrainer zu Baufachleuten umschulen, zum Beispiel eine Ausbildungsschreinerei mit aufbauen“, blickt Thoma nach vorne. In einem ersten Schritt sollen junge Ukrainer mit Deutschkenntnissen nach Bayern kommen und sich entsprechend qualifizieren, um dann in ihrer Heimat als Multiplikatoren zu wirken.



Bernhard Thoma: „Ein Zimmermann im Auftrag des Herrn. Erstaunliche Erlebnisse vom Wirken Gottes in unserer Zeit!“, Selbstverlag, 216 Seiten, 17,95 Euro

BINNENSCHIFFFAHRT

„Kaiser Friedrich“ auf Öko-Trip

Schwimmendes Vorbild für „Klimaneutralität“ – Historischer Berliner Dampfer erhält einen Elektroantrieb

Nach dem 99-Tage-Kaiser Friedrich III. sind zahlreiche Schiffe benannt worden. Dazu zählt eine ganze Klasse von Schlachtschiffen, die im Ersten Weltkrieg eingesetzt wurden, sowie ein Passagierschiff des Norddeutschen Lloyd, das 1916 – umbenannt in „Burdigala“ – im Ägäischen Meer auf eine Mine lief und versank.

Allen Widrigkeiten zum Trotz hat sich seit 137 Jahren das Berliner Fahrgastschiff „Kaiser Friedrich“ über Wasser gehalten. Nur der alte Dieselantrieb hat vor zehn Jahren schlappgemacht. Damit der Dampfer wieder Fahrt aufnehmen kann, wird er derzeit in Genthin (Sachsen-Anhalt) auf einen modernen Elektroantrieb umgerüstet, um dann unter der Flagge der Reederei „Berliner Welle“ im Berliner Fahrgastbetrieb eingesetzt zu werden.

Die „Kaiser Friedrich“ wurde 1886 als Doppelschraubendampfer für die „Spree-Havel-Dampfschiffahrt-Gesellschaft Stern“ in den Oderwerken bei Stettin gebaut. Mit ihren 30 Metern Länge und etwa 100 Tonnen Gewicht war sie danach fast

80 Jahre lang als Fahrgastschiff auf Berliner Gewässern unterwegs.

Im Jahr 1967 wurde das Schiff stillgelegt und später als Wohn- und Büroschiff genutzt. In diesem Zustand erwarb das

Museum für Verkehr und Technik, das heutige Deutsche Technikmuseum, 1986 den ehemaligen Personendampfer. Ziel des Museums war es, dem Dampfer dessen ursprüngliche Erscheinungsform zu-

rückzugeben und ihn wieder in Fahrt zu bringen. Dazu wurde das Schiff fast bis zur Wasserlinie heruntergebaut, konstruktive Teile erneuert und zwei baugleiche historische, stationäre Dampfmaschinen eingebaut. Die Adaption der Dampfmaschinen an den Schiffsbetrieb gestaltete sich schwierig, doch 1994 konnten die Arbeiten abgeschlossen werden.

Von 1997 bis 2009 war die „Kaiser Friedrich“ mit dem Schriftzug „Deutsches Technikmuseum“ in Berlin unterwegs und fuhr in der Flotte der „Stern und Kreisschiffahrt GmbH“ historische Stadtrundfahrten ab dem Nikolaiviertel. Doch der Fahrbetrieb des Schiffes wurde aufgrund des erhöhten Personalaufwandes und der großen Menge Diesel zur Befeuerung der Dampfmaschine immer unwirtschaftlicher und war bald auch ökologisch nicht mehr tragbar. 2011 und 2012 lag das Schiff mit Café-Betrieb am Rand von Berlin und fuhr keine Stadtrundfahrten mehr.

Nachdem die „Kaiser Friedrich“ nicht länger für Stadtrundfahrten eingesetzt

wurde, nahm das Museum das Schiff 2012 wieder zu sich und suchte eine wirtschaftlich vertretbare Nutzung in Fahrt und einen neuen Betreiber für das Schiff.

2022 wurde das Schiff von Volker Marhold und Julius Dahmen, dem die Reederei „Berliner Welle“ gehört, gekauft. Beide haben Erfahrung mit dem Umbau historischer Schiffe auf Elektroantrieb. Nun wird die „Kaiser Friedrich“ bei der Schiffbau- und Entwicklungsgesellschaft Tangemünde in Genthin mit einem maßgeschneiderten Hochleistungs-Antriebssystem ausgestattet.

Als Energiespeicher hat man Lithium-Ionen-Hochvoltbatterien mit einer Kapazität von 400 Kilowattstunden verbaut. Diese sind durch ihr robustes Design, ihre hohe Energiedichte, lange Lebensdauer sowie hohe Qualitäts- und Sicherheitsstandards gut für maritime Anwendungen geeignet. Da Berlin zum Vorreiter für „Klimaneutralität“ werden will, passt die „Kaiser Friedrich“ als vorbildliches Ökoschiff ideal auf die Spree. DTMB/H. Tews



Vorerst ausgebootet: Die „Kaiser Friedrich“ auf der Werft in Genthin

● FÜR SIE GELESEN

Alles aufs Spiel gesetzt

Marina Owsjannikowas Buch „Zwischen Gut und Böse. Wie ich mich endlich der Kreml-Propaganda entgegenstellte“ liest sich, als hätte man ein Déjà-vu. Ihr Bericht über die Folgen ihrer Aktion vom 14. März vergangenen Jahres, als sie während der Hauptsendezeit im russischen Fernsehen beim Sender Erster Kanal ein Anti-Kriegsplakat hochhielt, gleicht den Erlebnissen vieler Dissidenten der 80er Jahre. Man gewinnt den Eindruck, das heutige Russland habe sich wieder in die Sowjetunion zurückverwandelt.

Die Methoden bei der Verfolgung politischer Gegner scheinen dieselben zu sein wie früher, mit dem Unterschied, dass das Regime sich heute moderner Technik bedienen kann. Eine flächendeckende Kameraüberwachung mit Gesichtserkennung sowie Handyortung oder elektronische Fußfesseln gab es damals nicht.

Owsjannikowa war bewusst, dass sie mit der Aktion ihr sorgenfreies Leben aufs Spiel setzen würde. Dennoch entschied sie sich dazu, nicht länger zu schweigen, den Krieg in der Ukraine offen als solchen zu bezeichnen und die Propagandalügen des Kreml anzuprangern. Ausschlaggebend war der Bericht eines Ukrainers, der kurz zum Brotholen das Haus verlassen hatte. Bei seiner Rückkehr lag das Haus, in dem er seine Frau und seine kleine Tochter zurückgelassen hatte, in Schutt und Asche.

Die Journalistin hat eigene Kriegserlebnisse. Sie lebte mit ihrer Mutter in Grosnij, als der Tschetschenienkrieg losging. Sie schildert ihr Leben dort als ruhig und schön, sie war beliebt. Doch von einem Tag auf den anderen wurde sie als Feindin stigmatisiert. Die Mutter verließ schließlich Tschetschenien mit ihrer Tochter. Seit diesen Tagen hasst Owsjannikowa den Krieg.

Nach ihrer TV-Aktion konnte die mutige Frau nach Berlin fliehen, wo die „Welt“ ihr eine Stelle angeboten hatte. Sie wollte über die Ukraine berichten und scheute nicht davor zurück, ins Kriegsgebiet zu reisen. Bevor sie jedoch anfangen konnte zu arbeiten, ging im Internet eine Hasstirade los, die Owsjannikowa schier verzweifeln ließ und sie zutiefst verängstigte. Von russischer Seite wurde ihr vorgeworfen, eine ausländische Agentin zu sein, von ukrainischer Seite hieß es, ihre Aktion sei eine konzertierte Aktion des Kreml gewesen, dessen Propagandistin sie sei. Schließlich arbeitete sie für den staatlichen Fernsehsender Erster Kanal. Daraufhin kündigte ihr die „Welt“.

Da sie im Westen nichts ausrichten konnte und sie ohne ihre Tochter nicht leben wollte, kehrte Owsjannikowa nach Moskau zurück. Sofort verfolgten sie die Behörden und stellten sie unter Hausarrest. Ihr Sohn wandte sich von ihr ab und zog zu seinem Vater, der für den Propaganda-Sender Russia Today arbeitet.

Owsjannikowa erwartete in Russland eine langjährige Haftstrafe. Mit Hilfe von „Reporter ohne Grenzen“ gelang ihr gemeinsam mit ihrer Tochter eine abenteuerliche Flucht, über die sie noch keine Einzelheiten veröffentlichen möchte. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Marina Owsjannikowa: „Zwischen Gut und Böse. Wie ich mich endlich der Kreml-Propaganda entgegenstellte“

LangenMüller Verlag, München 2023, broschiert, 207 Seiten, 20 Euro

REISEFÜHRER DER WOCHE



Wunderschönes Franken

Die Neuauflage des Marco Polo Reiseführers führt zu Weltkulturobjekten, kulinarisch hochwertigen Gaststätten und abwechslungsreichen Naturparks, die zum Wandern oder Radfahren einladen

FOTO: IMAGO/WESTEND66

Kurz und bündig sind alle wichtigen Informationen im neuen Marco Polo Reiseführer „Franken“ zusammengefasst, die man benötigt, um Franken einen Besuch abzustatten. Malerische Städte wie Nürnberg, Würzburg und Bamberg, aber auch märchenhafte Orte wie Marktbreit oder Kitzingen sind mit Kurzinformationen zu den Sehenswürdigkeiten aufgeführt. Auch für Naturliebhaber hat Franken einiges zu bieten, beispielsweise im Fränki-

schen Seenland oder in der Bayerischen Rhön. Auf Kulturliebhaber warten historische Bauten und Museen.

Ein eigenes Kapitel ist Tourenvorschlägen und praktischen Tipps für Reise und Unterkunftsmöglichkeiten gewidmet. Im Umschlag befindet sich eine praktische Faltstraßenkarte der Region. Der Reiseführer kann auch per App aus dem Internet heruntergeladen werden. **MRK**



Marco Polo: „Franken“, Mair-Dumont Verlag, 15. aktualisierte Auflage, Ostfildern 2023, broschiert, 143 Seiten, 14,95 Euro

BIOGRAPHIE

Paradiesvogel und Salonlöwe

Der Soziologe Nicolaus Sombart führte ein Leben zwischen Erotik, Literatur und Wissenschaft

VON ANSGAR LANGE

Am 10. Mai wäre Nicolaus Sombart 100 Jahre alt geworden. Pünktlich zu diesem Jubiläum ist eine Biographie von Günther Erbe erschienen, die den Sohn des Soziologen und Nationalökonomens Werner Sombart als „Utopisten, Libertin und Dandy“ porträtiert.

Sombart war ein Bürger auf Abwegen mit einer ausgeprägten hedonistischen Ader. Aus einem großbürgerlichen Haushalt kommend, unterschied ihn sein Blick auf die Gesellschaft von anderen Soziologen und Publizisten seiner Zeit. Sehr ausgeprägt war sein Interesse an der Erotik. Dabei ging es ihm nicht nur um das Ausleben sexueller Bedürfnisse, sondern auch um soziologisches Erkenntnisinteresse.

Sombarts schriftstellerisches Werk fällt eher schmal aus. Zu nennen ist das frühe Stück „Capriccio Nr. 1. Des Wachsoldaten Irrungen und Untergang“, das schon 1947 erschien. Mit dieser Erzählung errang er einen Achtungserfolg bei der Gruppe 47, deren eher kleinbürgerliche Prägung dem elitären Sombart fremd blieb.

Einem größeren Publikum bekannt sein dürften die Bücher „Jugend in Berlin 1933–1945. Ein Bericht“ (erschienen 1984), „Pariser Lehrjahre 1951–1954“ (1994) und das provokante „Journal intime 1982/83“, in dem Sombart seine Zeit als Fellow an dem von dem Germanisten Peter Wapnewski geführten Wissenschaftskolleg in Berlin genauso detailreich schilderte wie seine häufigen Begegnungen mit Prostituierten. Alle drei auch beim Lesepublikum erfolgreichen Bücher bilden sozusagen seine Lebenserinnerungen.

Sombart ist weniger als Autor interessant denn als Gesamtkunstwerk und als Lebenskünstler, Dandy, Freigeist, Erotiker, Grandseigneur alter Schule und Betreiber eines intellektuellen Salons in Berlin nach seiner Pensionierung. Nach seiner nicht abgeschlossenen Habilitation fristete Sombart ab 1954 eine rund 30-jährige Beamtenlaufbahn beim Europarat in Straßburg – nach seinen eigenen Kriterien mag dies sehr bieder wirken, aber allein von Luft, Liebe und Literatur kann ja auch ein Lebenskünstler nicht leben, dem nach dem Zweiten Weltkrieg keine größeren materiellen Ressourcen mehr zur Verfügung standen.

Beamtenlaufbahn beim Europarat

Zu prägenden Figuren seiner intellektuellen Biographie gehörten der Soziologe Carl Schmitt und Ernst Jünger, von de-



Nicolaus Sombart im Jahr 2000

FOTO: IMAGO/FRANK SCHUBERT

nen sich der wendige Weltbürger später abwandte. Zeit seines Lebens schwankte Sombart zwischen Literatur und Wissenschaft und war in allem ein hochbegabter Dilettant, der es nicht so genau nahm mit den Fakten. Nicht ohne Larmoyanz beklagte er sich – zum Beispiel in Briefen an seine Mutter Corina – über seine materielle Not, die sicher nicht größer war als die seiner Zeitgenossen, nur waren seine Ansprüche höhere.

Sein Vater Werner Sombart galt als einer der bedeutendsten Wissenschaftler seines Faches, und dessen wesentlich jüngere Ehefrau betrieb einen literarischen Salon, in dem sich Künstler, Wissenschaftler und Diplomaten der Weimarer Republik zum geselligen Gespräch trafen.

An diese hohen Maßstäbe konnte der Sohn nie wirklich anknüpfen, und daher flüchtete er sich in die „Lebensphilosophie des Dandyismus“, wie Erbe schreibt: „Die großbürgerlich-aristokratische Lebensführung wird präntendiert, ideologisch verklärt und spielerisch in Anschlag gebracht, wohl wissend, dass ihr die materielle Grundlage fehlt. Der Dandyismus erlaubt es, die Legitimationslücke zu überbrücken, die durch eine als Deklassierung empfundene Lage entstanden ist. Diese Philosophie ist Ausdruck einer prekär gewordenen gesellschaftlichen Stellung.“ Der Bildungsbürger und verhinderte Grandseigneur, so Erbe, präsentiere sich daher in der Maske des Provokateurs und enfant terrible.

Im Anhang sind die Publikationen von Nicolaus Sombart abgedruckt. Von den 14 Buchpublikationen dürften die meisten vergessen sein – bis auf eben die drei Bücher, die quasi seine Memoiren darstellen. Auch die Zahl seiner Aufsätze, Artikel, Vorworte und Rezensionen ist für einen

Mann mit dem Anspruch und Selbstbewusstsein Sombarts nicht gerade ehrfurchtgebietend. Hier spielt zum Beispiel der Historiker des deutschen Bürgertums, Joachim Fest, wenngleich aus weniger grandiosen familiären Verhältnissen kommend, eindeutig in einer anderen Liga. Da gibt es zwar Aufsätze und Artikel im „Ruf“, in den „Frankfurter Heften“, im „Merkur“ und in sogenannten Qualitätszeitungen, doch mit etwas mehr Fleiß und Ernsthaftigkeit hätte Sombart sicher auch als Publizist eine größere Rolle spielen können.

Betreiber eines Salons in Berlin

Seine Berufung an das Berliner Wissenschaftskolleg im Grunewald stellte denn auch den Höhepunkt seiner intellektuellen Karriere dar. Doch mindestens ebenso wichtig waren ihm andere Höhepunkte, die er in exklusiven Berliner Bordellen suchte. Von der Lektüre des „Journal intime“, das Erbe der Gattung der erotischen Enthüllungsliteratur zurechnet, werden sich daher manche Leserinnen und vielleicht auch Leser – denn die Zeiten sind unzweifelhaft pruder und auch unfreier geworden – etwas pikiert abwenden. Als Pensionär und Betreiber eines Salons in Berlin war Sombart dann am Ende seines Lebens ganz bei sich selbst angekommen.



Günther Erbe: „Nicolaus Sombart. Utopist, Libertin, Dandy“, Böhlau Verlag, Köln 2023, gebunden, 319 Seiten, 45 Euro



Für Sie in Brüssel.

Nicolaus Fest

de.idgroup.eu

● AUFGESCHNAPPT

„Willst du auch eine: #MeldeheldIn sein? Dann schau jetzt bei unserem neuen Tool vorbei.“ Mit diesen Worten wirbt Greenpeace dafür, Gastronomen, die keine Mehrweggefäße für Mitnehm-Essen anbieten, bei der Organisation zu verpetzen, damit diese die Betriebe bei den Behörden anschwärzen kann. Das Echo auf dem Twitter-Portal der Organisation ist verheerend. Offenbar ist bei vielen Deutschen das historisch geschulte Sensorium für politische Abwege intakt. Es hagelt wütende Vergleiche mit den Spitzelsystemen in der DDR und im NS-Staat. So stellt jemand ein Foto aus der NS-Zeit ein, auf dem zwischen Hakenkreuzfahnen ein Transparent mit der Parole prangt: „Jeder tut mit. Jeder denkt nach. Jeder meldet.“ Auf die Vorwürfe reagiert Greenpeace unter anderem mit dem Hinweis: „Keiner kriegt direkt eine Strafe – sondern die Behörden werden aufgerüttelt, endlich aktiv zu werden ...“ Sicher, so sind die Denunzianten auch nur zur Gestapo oder zur Stasi gegangen, um die Behörden „aufzurütteln“. *H.H.*



Vorstoß in Kiew

● STIMMEN ZUR ZEIT

„Was ist das für eine Karikatur von Militär?“, fragen Jesko zu Dohna und Felix Hanika in der „Berliner Zeitung“ (1. April) nach dem Auftritt der Bundeswehr zum Besuch des britischen Königs Karl III.:

„Sackige hellgraue Uniformen mit Schlips, Hosen mit hohem Synthetik-Anteil in die Knobelbecher gesteckt. Unter ihren grünen Baretts trugen manche lange Haare und Spitzbärte wie jene Art von dicklichen jungen Männern, die gerne Videospiele zocken und die Haustür nur für den Pizzalieferanten öffnen ... Warum nicht mal wie zu Kaisers Zeiten ein paar Pferdchen und Kavallerieoffiziere mit glänzendem Kürassier und einem Säbel? Wenigstens für diesen einen Tag im Jahr?“

Schauspieler Til Schweiger lässt in der „Bild“-Zeitung (30. März) seinem Ärger über Grünen-Minister Habeck freien Lauf:

„Der richtet unser Land und unsere Wirtschaft zugrunde. Der Typ ist eine Katastrophe für unser Land. Der soll weiter Kinderbücher schreiben. Robert Habeck hat von Wirtschaft keine Ahnung.“

Jan Fleischhauer sieht auch nach dem „Heizungs-Kompromiss“ keinen Grund zur Entwarnung. Im „Focus“ (1. April) schreibt er:

„Die Energiewende ist ins Stadium der Torheit eingetreten. Auch nach dem Kri-sengipfel gilt: Ab Januar 2024 sollen keine neuen Öl- und Gasheizungen zugelassen werden. Dabei sind viele Häuser für Alternativen ungeeignet.“

Sven Korte zieht im Portal „ansage.org“ (3. April) ein bitteres Fazit der von Kanzler Scholz groß angekündigten „Zeitenwende“:

„Die Zeitenwende ist eine Nullnummer. Die Bundeswehr wurde seitdem regelrecht ausgeplündert, musste ihre Munition, Schutzausrüstung, Kampf- und Schützenpanzer sowie selbstfahrende Artilleriegeschütze an die Ukraine abgeben. Stand März 2023 wurde nicht ein Schuss Munition, nicht ein Panzer, nicht eine Panzerhaubitze bei der Industrie nachbestellt.“

Im „Hamburger Abendblatt“ (28. März) drückt Tübingens Bürgermeister Boris Palmer (Grüne) seine Sorge vor der Entindustrialisierung Deutschlands aus:

„Ich bin von Natur aus eher ein Mensch, der Probleme lieber löst, als zu lamentieren. Die Tatenlosigkeit, mit der wir dem Absturz unseres Landes zusehen oder ihn gar beschleunigen, empfinde ich aber mittlerweile als beängstigend.“

● WORT DER WOCHE

„Man gibt das Geld mit vollen Händen aus, spart dann aber an den eigenen Bediensteten. Es entsteht das Gefühl, dass man die eigenen Leute schlechter behandelt als andere.“

Gunnar Schupelius in der „B.Z.“ vom 29. März über den Unmut im öffentlichen Dienst, der zum Streik führte

DER WOCHENRÜCKBLICK

„Ich war das gar nicht!“

Warum vor „Ekel Alfred“ gewarnt werden muss, und wofür Angela Merkel ausgezeichnet wird

VON HANS HECKEL

Die ARD sendet die Kultserie „Ein Herz und eine Seele“ künftig mit einem „Warnhinweis“, dass sich der Zuschauer auf Fälle von Sexismus und Diskriminierung gefasst machen müsse. Damit uns nicht vor Schreck und Scham die Tasse aus der Hand rutscht, wenn Hauptfigur „Ekel Alfred“ seine Frau Else als „dusselige Kuh“ abkanzelt.

Das mit dem Hinweis wurde höchste Zeit. Nur verstehen wir nicht recht, warum man uns ausgerechnet vor Sexismus und Diskriminierung schützen soll. Ein anderer Warnhinweis hätte weit höhere Priorität verdient. Er müsste lauten: „Vorsicht! In dieser Sendung kommt es zur gänzlich ungewollten Enthüllung von Wahrheiten, die Sie verunsichern könnten.“

Um das „Ekel“ Alfred Tetzlaff, der natürlich ein „Rechter“ ist, als besonders bescheuert hinzustellen, lässt ihn Drehbuchautor Wolfgang Menge ständig mutmaßen, dass bei Umtrieben der bundesdeutschen Linken „der Osten“, also das SED-Regime, die Fäden zieht. Ha, ha! So ein reaktionärer Quatschkopf, mochten sich die linken Zuschauer der frühen 70er Jahre beölen. Mittlerweile wissen wir, dass wir damals mit Willy Brandt einen SPD-Kanzler hatten, dessen Rettung vor einem Misstrauensvotum 1972 in der Tat von Ost-Berlin gekauft war und dessen engster Mitarbeiter bei Markus Wolfs Stasi-Abteilung auf der Mitarbeiterliste stand – Sie erinnern sich an Günter Guillaume?

Alfred Tetzlaff wusste schon Bescheid, als wir alle noch im Dunkeln tappten. Die Pointe: Nicht einmal sein eigener Drehbuchautor ahnte etwas! Ja, Geschichte kann so böseartig sein, dass wir einen entsprechenden Warnhinweis für unerlässlich halten.

Einen Warnhinweis würde Peter Harzheimer vermutlich gern über so manches Freibad im Sommer hängen. In den Hitzemonaten des vergangenen Jahres kam es (nicht nur) in Berliner Bädern zu heftigen Gewaltausbrüchen, zu regelrechten Massenkrawallen. So übel ging es her, dass sich die Sicherheitsleute einmal in den Bademeisterturm flüchten mussten. Dass Harzheimer vor solchen Freibädern warnt, ist bemerkenswert – bei dem Mann handelt es sich nämlich um den Präsidenten des Bundesverbandes deutscher Schwimmmeister – Deutschlands obersten Bademeister gewissermaßen.

Die Tumulte waren ein sperriges Thema, weil sogar Innenministerin Nancy Faeser zugeben musste, dass die Gewalt vor allem von jungen Männern aus dem „migrantischen Milieu“ ausging. Wobei „vor allem“ bereits nach Themenschminke riecht, denn auf den unvermeidlichen Amateurvideos sind eigentlich ausschließlich Leute aus dem besagten „Milieu“ zu erkennen.

Also kein Vorgang, über den Faeser und andere Angehörige der tonangebenden Schicht in diesem Land gerne spricht. Es sei denn, man (er)findet einen politisch korrekten Auslöser für die Exzesse, der das „Migrantische“ aus dem Blickfeld schiebt. Die WDR-Sendung „Planet Wissen“ hat den eigentlich Schuldigen gefunden: Es ist der Klimawandel, der die Gewalt zum Kochen bringt. Weil es nämlich immer heißer werde, würden auch die jungen Leute immer aggressiver.

Wenn das so ist, müssten die Übergriffe dann nicht hauptsächlich von der germanischen Eingeborenen-Jugend ausgehen, die mit hohen Temperaturen im Schnitt schlechter zurecht kommen dürften als die Altersgenossen mit den Wurzeln im viel wärmeren Orient? Und müssten sich an den allsommerlich siedend heißen Stränden Spaniens, Italiens oder Griechenlands nicht regelrechte Massaker zutragen, wenn schon in Berlin die Stimmung überkocht? Wie hieß die Sendung noch gleich? „Planet Wissen“. Da sollte man etwas Passenderes finden.

Die Ehrung der Nebelwand

Ein nicht unerheblicher Teil jener hitzeempfindlichen Jungmänner aus dem Orient fand bekanntlich unter Kanzlerin Angela Merkel freien Eintritt in unser Land. Für diese und weitere große Leistungen wird die Ex-Regierungschefin mit dem höchsten Orden der Republik dekoriert, den bislang nur Konrad Adenauer und Helmut Kohl verliehen bekommen haben. Dabei fällt uns auf, wie wenig man sonst noch von oder über diese Kanzlerin hört. Die hat immerhin 16 Jahre lang regiert, spielt aber praktisch schon unmittelbar seit dem Ende ihrer Regentschaft nahezu keine Rolle mehr in den deutschen Debatten. Wie kann das angehen?

Nun, nicht erst in der Rückschau erscheint Kanzlerin Merkel wie eine große, wabernde Nebelbank. Nie bezog sie wirklich Position, und wenn doch, dann auch nur durch die Hintertür. Dann verkaufte sie ihre

Um das „Migrantische“ aus dem Blickfeld zu schieben, ist jetzt der Klimawandel schuld an den Krawallen in den Freibädern



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

Meinung eben als „alternativlos“. Ein glänzender Trick: Nicht nur, dass sie damit jede Diskussion, jede Abweichung ersticken konnte. Die entscheidende Botschaft lautete: „Ich war das gar nicht. Das kam alles ganz von alleine so, weil es – alternativlos eben – gar nicht anders kommen konnte. Also kann ich nicht die Schuld tragen an dem, was schief lief in meiner Regierungszeit.“

Das war Merkel immer das Wichtigste: An nichts schuld sein, für nichts die Verantwortung übernehmen. Und dafür bekommt sie den höchsten Orden der Bundesrepublik Deutschland.

„Nichts verantworten“ heißt in der Politik allerdings keineswegs „nichts bewirken“. Die Ära Merkel hat Spuren hinterlassen, und was für welche! Es findet sich eigentlich kein Sektor, auf dem Deutschland seit 2005 nicht zurückgefallen wäre im internationalen Vergleich. Die Nachfolgeregierung versucht, diesen zähen Niedergang dadurch zu toppen, dass sie ihn zu einem rasanten Absturz beschleunigt.

Das Problem in der Demokratie besteht indes im Wähler, der so einen Absturz viel deutlicher zu spüren bekommt als den gemächlichen Niedergang, was ihm die Laune verderben könnte. Und jetzt?

Na klar: Geld ausgeben, was das Zeug hält, um die gruseligen Folgen einer gruseligen Politik „sozial abzufedern“. Da gibt es allerdings ein Problem. Konnte sich der Staat bis vor Kurzem wegen der Nullzinsen quasi umsonst verschulden, muss er ab sofort richtig was hinlegen für seine Defizite. 2021 zahlte der Bund nur vier Milliarden Euro für die Staatsanleihen, mit denen er sich verschuldet hatte. Dieses Jahr wird es schon das Zehnfache sein, und danach wird es nicht besser. Irgendwann geht alles, was irgendwie lockerzumachen ist im Bundesetat, für den Schuldendienst drauf. Und dann?

Was soll's: „Es ist ja nur Geld“, wie unser Wirtschaftsminister zu sagen pflegt. Aus Habecks Mund spricht ein Milieu, für das der Wiederaufbau Westdeutschlands ein Geschenk der Amis war, während die Nazi-verseuchten Deutschen ihre Wirtschaftswunder-Wampe spazieren trugen. Und die Erholung der neuen Bundesländer allein eine Folge der „Aufbau Ost“-Subventionen statt von harter Arbeit. Was diese Leute wohl sagen, wenn sie erkennen müssen, dass es ein wenig anders war? Dass Geld und Wohlstand nicht von selbst kommen? Wird interessant.